Frühjahr 2017
Nr. 72, 23. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Das Ende der kapitalistischen Maschinerie - Seite 40

Kurdistan - Die Ökologiebewegung kommt voran - Seite 6

Postfaktische Gesellschaft?! - Seite 4

Inhaltsverzeichnis

Editorial

reka Auf ins Jahr 2017! Dieses Jahr ist genau wie diese Ausgabe des grünen blatts voll vielfältiger, bunter, widerständiger Aktionen und Gelegenheiten sich in die Bewegung einzubringen. Die Themen und Möglichkeiten des Engagements sind breitgefächert von Blockaden neuer Castortransporte, über die üblichen Sommercamps, bis hin zum Redaktionstreffen des grünen blatts im Juni oder den G20-Protesten Anfang Juli in Hamburg, welche „die größten deutschen Gipfelproteste aller Zeiten werden – größer noch als der G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007.“, vieles ist möglich.

Auch diese Ausgabe enthält etliche aktuelle Berichte über Aktionen gegen die Atomindustrie in Braunschweig und Bure (Frankreich) sowie die Situation der Widerstandsbewegung in Nordamerika gegen die Tar Sands-Industrie. Wobei zum Beispiel auch das postfaktische Zeitalter und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Diskurse angeschnitten werden. Des Weiteren gibt es einen interessanten Artikel der YPG über die Situation der Ökologiebewegung in Kurdistan. Also, seht selbst und lasst euch überraschen.

Diese Ausgabe wurde im Projekthaus Döbeln koordiniert, wir freuen uns aber immer über neue Gesichter und helfende Hände. Also, wer schreibt Texte? Wer hilft bei der Verbreitung und/oder Organisierung dieser Zeitschrift, die zu den wenigen offenen und unabhängigen Politmagazinen des Landes gehört... Auf in ein neues Jahr voll widerständiger Aktionen gegen die herrschenden Verhältnisse und die stärker werdende Rechte!

Impressum

grünes blatt – Zeitung für Umweltschutz von unten

http://gruenes-blatt.de

Redaktion

grünes blatt – Redaktion
Postfach 320119
D-39040 Magdeburg

Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:

GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag

SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe

Falk Beyer, Jean Trauerweide, Jörg Bergstedt, Sebastian, Reka (V.i.S.d.P.), u.a.

Satz und Layout

Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Dominik, Reka

Bildnachweis Cover

Foto: Reka, Graffiti von Anonym in Exarchia/Athen 2016

Auflage: 1050 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und / oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.



Einladung vom "grünes blatt"-Redaktionstreffen 2017

redaktion Die offene Redaktion lädt alle Interessierten zum Redaktionstreffen vom 9.-11. Juni ein, um gemeinsam über die Zukunft und die Weiterentwicklung des grünen blatts zu reden. Auf dem Wagenplatz in Göttingen können wir uns in entspannter Atmosphäre über Ideen und Pläne zum grünen blatt austauschen. Es soll gleichzeitig für alle Interessierten eine Möglichkeit des Kennenlernens sein, sodass es auch leichter ist sich in die Zeitung einzubringen. Sei es durch Artikel, Korrekturlesen, Layouten, künstlerische Tätigkeiten, Hilfe zur Finanzierung oder ganz anders… Wir freuen uns über Menschen, die sich in das grüne blatt einbringen wollen, denn nur gemeinsam schaffen wir es, dieses bewegungsübergreifende Medium zu erhalten und zu verbessern, so dass einzelne Aktive nicht dauheraft überlastet werden. Denn unser Wunsch ist es, dass dieses Projekt nicht nur dem "Konsum" von Inhalt dient, sondern von seinen Leser*innen mitgestaltet wird, um die Idee des grünen blattes als unabhängige „Zeitung für Umweltschutz von unten“ gemeinsam auf stabilere Füße zu stellen.

Wenn ihr jetzt neugierig geworden seid und euch schon vorher einbringen wollt, meldet euch unter mail@gruenes-blatt.de.

Weitere Infos zum Wann und Wo wird es dann zeitnah auf unserer Homepage geben :)

RADWANDLUNG "Wir radeln einen Wald"

Zwei Aktivistinnen möchten aktiv zum Klimaschutz beitragen. Mit ihrem Projekt RADWANDLUNG sammeln sie Spenden, von denen Bäume gepflanzt werden sollen. „Wir radeln einen Wald“. Unter diesem Motto sind Janina Wittneben und Najoka Janssen von April bis September 2017 auf ihren Fahrrädern durch Deutschland unterwegs: Während der sechsmonatigen Fahrradtour möchten sie Spenden sammeln, um ein Waldstück zu pflanzen. „Unser Ziel sind 1.000 Bäume“, so Wittneben, die mit Janssen in einer Wohngemeinschaft lebt. In diesem Zeitraum werden die beiden Hildesheimerinnen nicht nur kräftig in die Pedale treten, sondern auch über das Thema Klimaschutz informieren: „Wir planen Vorträge und Mitmachaktionen, unter anderem Spendenfahrten an Schulen.“ sagt Janssen. In Sachen Umweltbildung sind die beiden naturbegeisterten Pädagoginnen geübt und bringen zahlreiche Erfahrungen und Methoden mit.

Mit ihrem ehrgeizigen Ziel unterstützen die RADWANDLERINNEN, wie sie sich selbst bezeichnen, die gemeinnützige Organisation PrimaKlima: Diese sammelt die Spenden und pflanzt die Bäume: Gespendet werden kann über www.radwandlung.de (Stichwort RADWANDLUNG) bereits jetzt. Für ihr Projekt sind Wittneben und Janssen noch auf der Suche nach Unterstützung: „Von Ausstattung über Schlafplätze bis hin zu Vortragsmöglichkeiten ist jede Hilfe gerne gesehen“, so Janssen, die familiär in Sachen Umweltschutz „vorbelastet“ ist: „Mein Großvater hat sich über 40 Jahre aktiv in Bremen für den Umweltschutz eingesetzt – das prägt“.

Am 2. April starten die beiden Umweltaktivistinnen auf dem Hildesheimer Marktplatz und freuen sich dabei über eine Vielzahl von Interessierten und Mitradelnden. Während der Radtour durchfahren sie u.a. Bergisch Gladbach (Sitz von PrimaKlima), Münster, Bremen, Hamburg, Berlin, Dresden, Bamberg, Heidelberg, Fulda und Magdeburg (die gesamte Route mit Daten: http://www.radwandlung.de/ueber-uns/unsere-tour/).

Weitere Informationen und Kontakt: facebook.com/radwandlung, www.radwandlung.de

info@radwandlung.de

05121 – 927 37 86

Hintergrundinformation(en): Bäume erfüllen vielfältige Funktionen, zum Beispiel die Umwandlung von dem umweltschädlichen Treibhausgas CO2 in Sauerstoff. Sie bieten Lebensraum für zahlreiche Tiere, Pflanzen und Kleinstlebewesen, reinigen das Wasser und schützen die Böden. Darüber hinaus sind Sie Erholungsraum für Menschen.

Gerold Janssen: https://de.wikipedia.org/wiki/Gerold_Janssen

https://www.primaklima.org



Postfaktische Gesellschaft?!

sebastian Spätestens seit dem Wahlsieg von Donald Trump ist davon die Rede, dass wir in einer „postfaktischen Gesellschaft“ leben. Damit ist gemeint, dass nicht die Tatsachen zählen, sondern bloße Gefühle und Stimmungen, die obendrein durch Populismus aufheizt werden und dass auf diesen basierend Entscheidungen getroffen werden. Es ist zwar richtig, dass der öffentliche Diskurs zunehmend verroht (z. B. dadurch, dass man gegen Rechtspopulisten vorgeht, indem versucht wird sie rechts zu überholen), aber dass die Zeit vor den Wahlsiegen der Rechtspopulisten eine auf Fakten beruhende oder eine an Fakten sich orientierende gewesen sein soll, ist keinesfalls haltbar. Das soll im Folgenden an einigen Beispielen gezeigt werden.

Es ist an verschiedenen Stellen kritisiert und belegt worden, dass die Mainstreampresse ein einseitiges Bild von der Welt zeichnet[1]. Die Mainstreampresse bedient konkrete Interessen und ist oftmals nichts anderes als Hofberichterstattung. Nicht nur das: Geht es um politische und wirtschaftliche Interessen, wie sie beispielsweise beim Ukraine-Konflikt sichtbar wurden, wird von den Mainstreammedien nicht nur mit zweierlei Maßstab gemessen (Verletzung des Völkerrechts etwa), es wird auch Propaganda gemacht was das Zeug hält und politische Konflikte werden nach dem Format einer Verschwörungstheorie abgehandelt (der Westen will Menschenrechte und Frieden – der Putin aber Krieg und Macht)[2]. So ist auch hochgradig peinlich, wenn hiesigen Putinfans unterstellt wird, sie würden vom „Kreml“ manipuliert oder bezahlt; als wenn sie sich nicht aus freien Stücken dazu entschieden hätten in Putin ihre Sehnsucht nach Autorität erfüllt zu sehen![3]

Des Weiteren werden Kriege durch Gerüchte und durch Verdrehung der Tatsachen legitimiert; immer wieder wird der Schutz von Menschenrechten bemüht, um eine militärische Intervention zu rechtfertigen! Doch am Ende entpuppt sich so manche angeblich sichere Tatsache als handfeste Lüge, wie vor einiger Zeit beim Irakkrieg[4].

Viele heizen zudem in Zeiten des Konfliktes die Stimmung zusätzlich an, eine mögliche Eskalation wird in Kauf genommen, wie beispielsweise der FAZ-Redakteur Berthold Kohler, der bedauert hat, dass aus der Ukraine die Nuklearwaffen abgezogen worden sind[5]!

Die Schlussfolgerung, dass es sich hierbei um eine agitatorische „Lügenpresse“ handelt ist daher nicht weit. Sicher ist dieses Urteil in dieser Form zu kritisieren, aber andererseits ist es auch nicht wirklich falsch. Eine Kritik der Mainstreammedien führt aber zu nichts, wenn die eine Einseitigkeit durch eine andere (möglicherweise noch viel schlimmere) ausgetauscht wird. Es ist daher ein großes Problem, wenn die „Lügenpresse“-Schreihälse dann zu unkritischen Lesern von RT-Deutsch oder Compact mutieren. Eine ressentimentgeladene Medienkritik ist aber genauso abzulehnen, wie eine pauschale Verteidigung derselben. Im Medienbetrieb, wie z. B. auch im Staatsfernsehen, haben nicht Fakten und Inhalte Priorität, sondern Auflagen und Einschaltquoten d. h. Profit; dass das zu einem verzehrenden Blick auf die Faktizität der Außenwelt führt, ist naheliegend. Es ist also nicht unbedingt allein der direkte Wille zur Desinformation und Propaganda, strukturelle Ursachen und die Arbeitsbedingungen von Journalisten spielen eine ebenso wichtige Rolle[6].

Es ist auch bekannt, dass mit Statistiken gelogen wird, selbst wenn die Wahrheit gesagt wird. So kritisiert Gerd Bosbach („Lügen mit Zahlen“), dass Statistiken durch die Art und Weise wie sie sich darstellen, bestimmte Stimmungen erzeugen sollen, etwa dann, wenn ein winziges Wirtschaftswachstum als größer gefühlt werden soll, als es in Wirklichkeit ist. Bei den Statistiken der Arbeitslosenzahlen weiß ohnehin (fast) jeder/jede dass diese frisiert sind, so zählt jemand nicht als arbeitslos, wenn dieser/diese durch das Job-Center in eine „Maßnahme“ gesteckt wird. Allen diesen absurden Maßnahmen liegt die Tatsache der Krise der Arbeitsgesellschaft zugrunde – aber es wird vollkommen kontrafaktisch auf das persönliche Versagen Einzelner zurückgeführt. Es ist wie das Wüten einer irren Sekte – durch Beschäftigungstherapie soll eine Normalität simuliert werden, die sich nie einstellen wird, was viele wenigstens ahnen, aber kaum jemand spricht es offen aus. Betroffene sowie Kriti-

ker von Hartz IV sind da oft nicht weniger postfaktisch als die Verantwortlichen. Ähnlich wie die Anhänger Trumps sind viele Menschen rückwärtsgewandt und wünschen sich nostalgisch eine Welt der „Vollbeschäftigung" zurück!

Bei bei den immer wiederkehrenden „Armutsberichten" war der Skandal meist nicht der, dass es Armut gibt und sie sich ausweitet, sondern es wurde immer wieder kritisiert wie die Studien durchgeführt worden sind oder wie Armut „definiert" wurde; passt einem also das Ergebnis einer Studie nicht ins Konzept, so wird sie ohne Analyse einfach zurückgewiesen (das schließt nicht aus, dass es durchaus Studien gibt, die methodisch und begrifflich fragwürdig arbeiten). Dieses Vorgehen erinnert an diverse „Klimaleugner".

Auch ist jedem die Zerstörung der Umwelt, Klimakrise usw. bekannt und mittlerweile ist es offensichtlich, dass diese Probleme nicht unter kapitalistischen Bedingungen gelöst werden können (immer vorausgesetzt, dass es ist nicht schon objektiv zu spät ist)[7]. Aber wen kümmert es? Eher soll diese Welt untergehen, als dass man den Kapitalismus infrage stellt oder wenigstens die zahlreichen Weltprobleme mit ihm in Verbindung bringt (wäre ja immerhin ein Anfang – dazu müßte man aber auch verstehen was Kapitalismus überhaupt ist, mit Sarah Wagenknecht jedenfalls nicht.).

Es kann noch gefragt werden, warum eigentlich die Menschen, was die vielen Krisen angeht, sich zu ihnen postfaktisch oder verdrängend verhalten: Es hat meines Erachtens damit zu tun, dass würde zur Kenntnis genommen werden, dass der Kapitalismus objektiv an historische Grenzen stößt, dass dann die eigene Lebensart dann vollständig infrage gestellt werden müßte (Lohnarbeit, Geld, Warenkonsum). Da die meisten, das nicht wahrhaben wollen, wird entweder alles verdrängt oder die Menschen sehnen sich postfaktisch und nostalgisch in die Vergangenheit zurück. Die Leute würden ja auch erst einmal vor einem „Loch" stehen, würden sie tatsächlich eine Infragestellung wagen (für die meisten ist es aber unvorstellbar die Lohnarbeit infrage zustellen), denn ein „Masterplan", wie wir uns den Kapitalismus vom Hals schaffen könnten, gibt es nicht und eine praktische Infragestellung – wäre sie noch so bescheiden – würde auch Reaktionen seitens der Staatsgewalt auslösen…

Diese Gesellschaft ist definitiv eine die Fakten ignorierende oder sie verdrängende. Dass mit der Verkündung der „Postfaktizität" alles noch schlimmer und dümmer zu werden droht (z. B. dadurch das bisher eher Randständiges an Einfluss gewinnt, wie „Reichsbürger" etwa), ist kein Argument für jene, die doch einiges zu dieser Situation beigetragen haben: so wird z. B. festgestellt, dass AfD, Pediga & Co nichts anderes fortsetzen und zuspitzen würden, was nicht schon durch u.a. dem Thilo-Sarrazin-Diskurs gesetzt wurde. Was in Dresden etwa, auf der Straße marschiert, ist die sog. „Generation Sarrazin"[8]! So viel also zur kürzlichen Proklamation der postfaktischen Gesellschaft!

1 Dazu gibt es durchaus mehr oder weniger lesenswerte linke Literatur wie z. B. Ronald Thoden (Hg.): ARD & Co - Wie Medien manipulieren, Selbrund Verlag, Frankfurt 2015

2 Zum Ukraine-Konflikt vgl.: Jörg Kronauer: „Ukraine über alles!" - Ein Expansionsprojekt des Westens, Konkret-Verlag, Hamburg 2014

3 Vgl. Tomasz Konicz: Vom Anti- zum Alternativimperialismus, Konkret 11/2016

4 Vgl. die sehr lesenswerten Studien von der „Informationsstelle Militarisierung", www.imi-online.de.

5 Berthold Kohler: „Zur Abschreckung", FAZ vom 6.2.2015

6 Vgl. Tomas Konicz: Die erste Macht im Staate, Telepolis vom 17.01.2015

7 Vgl. Tomasz Konicz: Kapitalkollaps – Die finale Krise der Weltwirtschaft, Konkret-Verlag, Hamburg 2016

8 Vgl. Tomasz Konicz: Generation Sarrazin auf streifzuege.org

Kurdische Autonomiegebiete

Die Ökologiebewegung kommt voran -

Das neue Gesellschaftsparadigma wird praktisch

ercan ayboga Die Ökologiebewegung in Nordkurdistan (Bakur) kommt so langsam in Fahrt. Als die Mesopotamische Ökologiebewegung (TEM/MEH) sich ab Anfang 2015 neu zu organisieren begann, bestanden so einige Zweifel, ob sie tatsächlich eine breite ökologische Bewegung werden könnte. Mehr als ein Jahr später kann dies mit absoluter Sicherheit gesagt werden.

Die erste Konferenz im April 2016 ist der endgültige Beleg dafür, dass sich in Nordkurdistan eine ökologisch orientierte soziale Bewegung herausbildet. Etwa ein Jahr lang hatten sich in den meisten Provinzen Interessierte, engagierte Menschen und AktivistInnen der MEH getroffen und diskutiert, wie Strukturen aufgebaut werden könnten. Erst wurden Initiativgruppen gegründet, um dann in einem zweiten Schritt in der jeweiligen Provinz auf einer großen Versammlung einen Ökologierat ins Leben zu rufen. Immer wieder wurden die Strukturen in den Provinzen umgestellt. Es wurde probiert und angepasst, bis vorübergehend eine halbwegs akzeptable Form gefunden wurde. Und diese unterscheidet sich teilweise von Provinz zu Provinz. Vor allem die zahlreichen Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen sind dabei wichtig. Bemühungen, auch auf Bezirksebene Gruppen aufzubauen, sind neueste Entwicklungen. Eine vielfältige dynamische und antihierarchische Struktur bildete sich so heraus.

Die Konferenz fand zu einem Zeitpunkt statt, als in allen organisierten Provinzen traditionelles und lokales Saatgut gesammelt und auf ausgewählten Flächen angepflanzt wurde. In jeder Provinz bildeten sich Kommissionen zu Saatgut, Landwirtschaft und Ernährung, welche dies durchführten. Lokales Saatgut zu finden, war nicht schwer, da viele AktivistInnen selbst Familie oder Bekannte in den Bezirken hatten, die teilweise nicht industriell anbauten. Im Vergleich zu Ländern mit intensiv betriebener Agrarindustrie ist Nordkurdistan im Vorteil. Kaum gesammelt, traten die AktivistInnen mit Schulen, Kindergärten und insbesondere mit den Volksräten in den Provinzen in Kontakt. Das gesammelte und vielfältige Saatgut wurde auf Flächen in Schulen und Kindergärten als auch in der und um die Stadt herum gemeinsam angepflanzt mit dem Ziel, in den kommenden Jahren noch mehr von diesem Saatgut zu haben. Allein in Amed (Diyarbakır) geschah dies auf sieben Arealen von je einem Viertel Hektar Größe. Dass diese Flächen nicht von den MEH-AktivistInnen selbst bewirtschaftet werden, ist eine bewusste Entscheidung, um die Bedeutung des Saatguts in die breitere Gesellschaft hineinzutragen. Es ist ein Grundsatz der MEH, ihre Aktivitäten mit der Gesellschaft durchzuführen und nicht losgelöst zu arbei-

Protest der Ökologiebewegung Mesopotamiens in Amed gegen den Besuch von Merkel in der Türkei, Foto: www.mezopotamyaekolojihareketi.org

ten. Hinzu kommt noch, dass die Volksräte – Strukturen der radikalen/direkten Demokratie innerhalb des neuen politischen Ansatzes des Demokratischen Konföderalismus – mit der MEH in anderen politischen Sphären zusammenkommen. Diese ökologische Reproduktion lokalen Saatguts ist ein wichtiger Schritt, um dieses so bedeutende und vielfältige Erbe zu bewahren und die Perspektive, die Landwirtschaft von Hybrid-Saatgut und industriellen Pestiziden und Düngemitteln weitgehend zu befreien, aufrechtzuerhalten und umzusetzen. Dabei geht es auch um Lebensmittelqualität und Ernährungssicherheit.

Die Kämpfe gegen destruktive und ausbeuterische Investitionsprojekte gehen indes weiter, wenn auch in der Regel wenig Erfolg zu verzeichnen ist. Selbst wenn eine Talsperre oder ein Bergbauprojekt verzögert wird, nimmt der Staat von keinem Projekt Abstand. Der Zerstörungswille ist sehr groß.

Auch wenn nicht viele internationale AktivistInnen anreisen konnten (aus diversen Gründen), hat sich die MEH im letzten einen Jahr international gut einbringen und Beziehungen aufbauen können. Sie nahm an einer Reihe internationaler Begegnungen teil (bzw. wird es noch), wurde mehrmals zu diversen Vorträgen eingeladen und hat angefangen, regelmäßig Erklärungen abzugeben und Informationen zu streuen. Innerhalb kürzester Zeit hat sie ein ansehnliches Netzwerk aufbauen können. Und das nicht nur in Richtung Westen, sondern auch mit Gruppen im Mittleren Osten. Internationale Beziehungen sind sehr wichtig, weil das Ziel, die Gesellschaft aus einer ökologischen Perspektive neu zu interpretieren und umzugestalten, ein sehr umfassendes ist und viele Details beinhaltet. Ein erheblicher Teil dessen ist in Kurdistan noch gar nicht diskutiert worden. Und etliche Lösungsansätze sind sich in den Ländern dieser Welt sehr ähnlich.

Auf der Konferenz wurde so viel beschlossen, dass für ausgiebige Diskussionen kein Raum blieb. Die vorgesehenen zwei Tage waren nicht wirklich ausreichend. Den meisten Platz nahmen die Positionen zu acht verschiedenen Themenfeldern ein: Energie, Wasser, natürliche Landwirtschaft, Umwelt und Gesundheit, kommunale Ökonomie, Wald, ökologische Städte, Öko-Technologie. In den Wochen zuvor hatten dazu Workshops stattgefunden, auf denen ausgiebig diskutiert worden war. Nun wurden die Ergebnisse vorgestellt und mit einigen Änderungen angenommen. Zweifellos durchzieht das Bewusstsein über die Befreiung der Geschlechter alle Papiere. Genauso wie beabsichtigt ist, die Gesellschaft komplett einer ökologischen Betrachtungsweise zu unterziehen, ist es schon begonnene Realität, dass sich die Geschlechterbefreiung überall wiederfindet. Diese angenommenen Positionen plus die Grundsätze der MEH werden von nun an die Grundlagen der zukünftigen Arbeit bilden.

Nach der Konferenz hat die MEH eine neue Phase ihrer Aktivitäten eingeleitet. Während im ersten Jahr Aufbau und Grundsätze im Vordergrund standen, wird es nun einen Ausgleich mit der Praxis geben. Die Saatgut-Thematik wird weiter vertieft werden. Einen neuen Schwerpunkt werden die Kommunalverwaltungen ausmachen, an deren Praxis sehr vieles nicht oder kaum ökologisch ist. Neue Kampfformen gegen die destruktiven Investitionsprojekte müssen entwickelt werden. Notwendig ist auch die Ausbreitung der Aktivitäten von den Provinzhauptstädten in die Bezirke.



Eine Ökologieakademie in Wan (Van) soll bis zum Frühjahr 2017 aufgebaut werden, was eine Herausforderung sein wird. Sie soll Ausdruck der Weiterführung der Diskussionen und erarbeiteten Grundlagen sein. Der Ansatz der sozialen Ökologie kann in Kurdistan mit einer breiten Praxis verbunden werden. Diese theoretische Auseinandersetzung ist unausweichlich, um Schritt für Schritt voranzukommen.

Überhaupt nimmt das Paradigma einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft mit der sich entwickelnden MEH-Struktur Gestalt an. Während die Frauenbewegung und Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsformen relativ vorangeschritten sind, haperte es immer mit dem ökologischen Ansatz.

http://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2016/46-kr-186-mai-juni-2016/447-das-neue-gesellschaftsparadigma-wird-praktisch

Freundlich zur Verfügung gestellt von Ercan Ayboğa, Mitglied der Ökologiebewegung Mesopotamiens, YPG



Das letzte Stadium des Antiimperialismus

Zur Kritik von Peter Priskils „Der Kalte Krieg – Wie der Monoimperialismus in die Welt kam"

sebastian In der Zeit um den Irakkrieg von 2003 herum warf Robert Kurz diversen Linken (zumeist den Antiimperialisten und den Antideutschen) einen „anachronistischen Zug“ vor[1]. Damit war gemeint, dass mit ihrem Denken sich die Gegenwart gar nicht adäquat verstehen ließe, weil es in einer vergangenen Epoche steckengeblieben sei und die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht zur Kenntnis nehme. Denn es gehe beim gegenwärtigen Imperialismus nicht wie noch vor 100 Jahren darum, die Welt unter den kapitalistischen Mächten aufzuteilen[2], ebenso wenig hatten wir es im Krieg gegen Saddam Hussein mit einer Anti-Hitler-Koalition zu tun, bei denen die USA die Guten waren.

Ein extremes Beispiel für ein anachronistisches antiimperialistisches Denken ist das oben genannte Buch, das 2013 im Ahriman-Verlag erschienen ist. Es ist der Verlag der Gruppe „Bund gegen Anpassung“, gegen den meines Erachtens zurecht Kritik entgegen gebracht wird[3]. Nichtsdestotrotz bringt der Verlag zum Teil lesenswerte Bücher heraus, die aber oft nicht aus der Feder besagter Gruppe stammen (so wie die von Efraim Zuroff und Jaya Gopal).

Doch nun zu Priskils Buch. Auf über 1000 Seiten werden die verschiedenen historischen Stationen des Kalten Krieges und dessen Vorgeschichten ausgebreitet. Das Buch (bzw. der Doppelband im Schuber) ist in der Tat sehr lebendig und flüssig geschrieben und erfreut mit zahlreichen Hintergründen, die für sich sehr interessant sind und die einem auch nicht unbedingt schon bekannt waren (so z. B. der Einsatz von biologischen Waffen im Koreakrieg, oder dass Kommunisten in der BRD der 50er der Status als Opfer des Faschismus aberkannt(!) werden konnte). Allerdings zählt das Buch nicht nur Jahreszahlen und Ereignisse auf; es werden auch politische Hintergründe verständlich dargelegt und den sozialen Bewegungen um 1968 herum und ihrem schriftstellerischen Ausdruck (Peter Weiss u. a.), dem Wahnsinn der atomaren Rüstung und ihrer propagandistischen Rechtfertigung, wird viel Raum gewidmet. Es ist auch erschreckend zu lesen, wie der ach so freie Westen mit seiner (linken) Opposition umging, wie es beispielsweise bei der Liquidation der führenden Köpfe der Black Panther Party besonders deutlich wurde.

Vom Quellenapparat bezieht sich Priskil teilweise auf sehr interessante Bücher, die für eine tiefer gehender Auseinandersetzung lohnend sein könnten, wie dem von Alfred McCoy, der eine Geschichte der Folter in den USA schrieb. Priskils Buch ist daher in der Tat sehr informativ, auch wenn man bei den Ausführungen zur Vorgeschichte des Kalten Krieges, zu der ja auch die Oktoberrevolution und die Folgezeit zählt, vorsichtig sein muss: denn diese ist aus einer streng bolschewistischen Sicht geschrieben[4]. Es kann beispielsweise aus guten Gründen angezweifelt werden, dass es sich beim Kronstädter Aufstand tatsächlich um einen „vom imperialistischen Ausland unterstützten konterrevolutionären Aufstand“ (S.935) gehandelt hat[5]. Ebenso, dass die Sowjetunion erst unter Stalin reaktionär wurde[6].

Allerdings hat dieses Buch, wie es exemplarisch für die Gruppe „Bund gegen Anpassung“ stehen kann, auch schwerwiegende ideologische Seiten. Kurz zusammengefasst schildert es das „antiimperialistische Weltbild“, nach dem die USA für alles Unglück in der Welt verantwortlich sind und mit allen, die dagegen Widerstand leisten oder gegen die USA sind (warum auch immer), wird Solidarität eingefordert (z.B. mit Diktaturen). Im Buch wird daher immer wieder Bezug auf Gegenwärtiges genommen, wie auf die Konflikte in Syrien und Afghanistan; der Epochenbruch nach 1989 wird dabei als solcher natürlich nicht wahrgenommen (abgesehen vom Zusammenbruch der Sowjetunion). Dieser Bruch besteht auch u. a. darin, dass das Paradigma der Entkolonialisierung längst vorbei ist. Die postkolonialen Modernisierungsregime sind vor dem Weltmarkt längst gescheitert und wir haben es zunehmend mit „failed states“ zu tun[7]. Afghanistan und Vietnam sind daher etwas sehr Verschiedenes.

Konnte man aus guten Gründen vielleicht noch mit Ho Chi Minh solidarisch sein, so mutet es absurd an, es auch mit Ahmadinejad zu tun. Aber Priskil hat damit anscheinend kein Problem: „Bereits bei den US-Überfällen auf den Irak und der NATO-Aggression gegen Jugoslawien untersagten die Organisatoren der durchaus zahlreichen Demonstrationen das ‚Mitführen von nationalen Symbolen‘ […] Unter der Federführung friedensbewegter Pazifisten und von Schlägern aus dem Schwarzen Block wurden Protestkundgebungen so unter der Hand zu potentiellen Pogromunternehmen umfunktioniert. […] Es zählt mittlerweile zum guten Ton, gegen die Opfer imperialistischer Angriffskriege als ‚Verbrecher gegen die Menschlichkeit‘ vom Leder zu ziehen; man lese einfach die wortreichen, gewundenen, Feigheit ausdünstenden Wortkanonaden, mit denen sich die Wortführer der ‚Linken‘ mit Diäten gut gemästet, vom Libyer Ghaddafi, vom Iraner Ahmandinejad und vom Syrer Assad ‚distanzieren‘ [...] “ (S. 546f).

Die Weltordnungskriege des Westens sind ganz sicher zu kritisieren, wie es Robert Kurz im Buch „Weltordnungskrieg“ tat; aber die Art und Weise wie Priskil dies tut, führt zur Verharmlosung und Apologie von Diktaturen, wie beispielsweise dem iranischen Regime. Priskil bedauert auch, dass der Iran die Atombombe nicht hat, da der Iran dann „von einem Überfall [Israels] sicherer“ wäre (S. 642). Wie auch bei Günter Grass‘ Gedicht wird die Natur des Konfliktes komplett auf dem Kopf gestellt[8]. Das ist eben die Konsequenz, wenn man die ganze Welt nach diesem mehr oder weniger verschwörungsideologischen Schema betrachtet, wie es in antiimperialistischen Kreisen immer wieder anzutreffen ist. Beim „Bund gegen Anpassung“ ist dieses eben nur besonders deutlich und konsequent ausgeprägt.

Welche Meinung hat Priskil zu anderen Linken oder zu den als links geltenden?

Nun, dass die hiesigen Linken, insbesondere der „Schwarze Block“ vom

Staat bezahlt werden, behaupten nicht nur rechte Verschwörungsideologen (z. B. S. 547, 437). Es gibt des Weiteren sicher berechtigte Kritik gegen die Grünen[9] und die deutsche Friedensbewegung, was aber schreibt Priskil dazu?: „In Wirklichkeit hatten die Grünen mit dem Umweltschutz, ihrer angeblich ureigensten Domäne, nie etwas am Hut gehabt, denn die wichtigste diesbezügliche Forderung, Geburtenkontrolle und Bevölkerungsreduktion, suchte und sucht man bis heute bei ihnen vergeblich; statt dessen propagieren sie Verzicht und Senkung des Lebensstandards auf Drittwelt-Niveau; Hauptsache Verzichten und Gebären, auf daß es keine Streikerfolge mehr geben kann, weil die Besitzlosen um die ‚Arbeitsplätze', d. h. abhängige Stellungen konkurrieren." (S. 919)

Das ist finsterster Malthusianismus. Dass so viele Menschen ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können (oder nur unter prekären Bedingungen) und dass sie damit vom Standpunkt des Kapitals in der Tat überflüssig, und Störfaktoren sind, liegt also nicht am Kapitalismus (und seiner Krise), sondern daran, weil es eben zu viele Menschen auf der Welt gibt. Das war bereits vor 200 Jahren der Standpunkt eines Robert Malthus mit seinem „Bevölkerungsgesetz". (Übrigens ist der „Bund gegen Anpassung" vor Jahren mit der Forderung bekannt geworden die Weltbevölkerung auf 1 Milliarde zu reduzieren!), vgl. Fußnote 3! Auch ist das Buch, bei einer berechtigten Kritik des Vietnamkrieges und der Kriegsverbrechen der USA, von einem Antiamerikanismus durchzogen, der an folgender Stelle nichts zu Wünschen übrig läßt: „Joseph Goebbels proklamierte den ‚totalen Krieg', doch die Vereinigten Staaten führten ihn: in Vietnam" (S. 451). Klingt an dieser Stelle so, als wenn Priskil der Meinung wäre, dass die Nazis keinen totalen Krieg geführt hätten! (Allerdings wird das weiter unten wieder zurückgenommen: so hätten die Vereinigten Staaten in Fernost das fortgeführt, was Hitler mit den slawischen Völkern tat.)

Der „Bund gegen Anpassung" bezieht sich immer wieder gern auf Wilhelm Reich, hat daher gegenüber Sexualität eine liberale Einstellung und stellt sich folglich einer lebensfeindlichen und sexualrepressiven Religion zurecht entgegen (sei es das Christentum oder der Islam). In diesem Zusammenhang schreibt Priskil über die sozialpsychologischen Ursachen für die Vergewaltigungen in Vietnam. Dem kann auch sicher zugestimmt werden, aber es ist doch erschreckend welche autoritären Forderungen dabei erhoben werden:

„Wir schlagen nun das mit Abstand scheußlichste Kapitel des an Scheußlichkeiten reichen Vietnamkrieges auf und schicken voraus, daß auf das Verbrechen der Vergewaltigung in Friedens- wie in Kriegszeiten die Todesstrafe stehen sollte. Warum? Das Opfer ist irreversibel geschädigt und eine Wiedergutmachung nicht möglich. Die Hinrichtung des Täters sollte zu keinem anderen Zweck als der Abschreckung potentieller Nachfolgetäter erfolgen. Voraussetzung ist allerdings ein fairer, öffentlich geführter Prozess. […] Im Falle des Schuldspruchs sollte die Hinrichtung öffentlich erfolgen und auf allen Fernseh-Kanälen übertragen werden. Ehrenvolle und leidensabkürzende Formen der Hinrichtung wie Erschießen oder Köpfen sollten ausscheiden; Hängen wäre das Mittel der Wahl. Bei erwiesener Falschbeschuldigung sollte nach dem Talionsprinzip dieselbe Strafe an der Person vollzogen werden, die die falsche Beschuldigung (nur niedere Motive sind denkbar: Rache oder Erpressung) erhoben hat." (S. 554f)

Zu Israel weiß Priskil nur zu sagen dass es „der Pfahl des US-Imperialismus im Fleisch des arabischen Volkes" sei, mit anschließender mehrseitiger Fußnote (S. 638f)…

Von trotzkistischen Sekten und manchen anderen Antiimperialisten sind Israelhass und das vollständige Unverständnis von Antisemitismus bekannt. So ähnlich ist bei Priskil zu lesen, dass beim Nationalsozialismus die Judenvernichtung nur eine „mitgeschleppte katholische Marotte" (S. 57) aus dem Mittelalter gewesen sei. Auch die Behauptung, dass zu den „Semiten" Juden und Araber[10] zählen, dient bis heute als dümmste aller Ausreden dafür, warum Araber unmöglich Antisemiten sein können[12]. Priskil bezieht sich dabei explizit auf den Antisemiten Wilhelm Marr, den er bloß „Journalist" nennt[13] (S. 639).

Abschließend sei noch zu erwähnen, dass dem Buch jede Ökonomiekritik fehlt (bzw. jeder Sinn für diese), was in folgender Randbemerkung Priskils überaus deutlich wird: „Welches Maß an Realitätsverleugnung, beim von den USA in Szene gesetzte gigantischen Bankenschwindels des Jahres 2008 von ökonomischen Faktoren zu phantasieren und medientreu-nachplapperig von ‚Wirtschaftskrise' zu faseln, anstatt die simple Tatsache planen Raubs zu benennen." (S. 68) Mit anderen Worten: Krisen sind aus Gründen der Gier nur inszeniert. Dies kennt man schon aus diversen Verschwörungsideologien!

1 Robert Kurz: Weltordnungskrieg – Das Ende der Souveränität und die Wandungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003

2 Vgl. Tomasz Konicz: Tod und Zerstörung – Der "Krisenimperialismus" ist kaum mehr auf Beherrschung aus. Ziel ist, die "Überflüssigen" von den kapitalistischen Zentren fernzuhalten, streifzuege.org vom 19.September 2016.

3 Marcus Hammerschmidt: Ahrimans Erben – Von der "Marxistisch-Reichistischen-Initiative" zum "Bund gegen Anpassung", Telepolis vom 05. Juli 2004; vgl. auch: Lucius Teidelbaum: Im Zeichen des Teufels: Der "Bund gegen Anpassung", hagalil.com vom 13.November 2016.

4 Vgl. Hendrik Wallat: Staat oder Revolution, Münster 2012

5 Vgl. Volin: Die unbekannte Revolution, Berlin 2015, zuerst 1947

6 So hat Trotzki den Machtapparat selbst mit aufgebaut, dem er dann, durch Stalin ausgebaut, erlag, vgl. Willy Huhn: Trotzki – der gescheiterte Stalin, Berlin 1973

7 Gerd Bedszent: Zusammenbruch der Peripherie – Gescheiterte Staaten als Tummelplatz von Drogenbaronen, Warlords und Weltordnungskriegen, Berlin 2014

8 Dazu gibt es diverse Bücher, vgl. z. B.: Stephan Grigat/ Simone Dinah Hartmann (Hrsg.): Der Iran – Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Innsbruch 2008.

9 Vgl. dazu diverse Bücher von Jutta Ditfurth.

10 In der Tat sind einige (frühe) Werke von Reich, wie "Massenpsychologie des Faschismus"\" sehr lesenswert; zur Kritik vgl. Wilhelm Burian: Sexualität, Natur, Gesellschaft – Eine psycho-politische Biographie Wilhelm Reichs, Freiburg 1985

11 In der Sprachwissenschaft macht es Sinn von den semitischen Sprachen zu reden, zu denen das Hebräische und Arabische gezählt wird. "Semiten" als "ethnische Kategorie" ist aber eine Erfindung von Antisemiten.

12 Dabei gibt es genug Belege für diesen. Man muss schon extrem verblödet sein, um diesen nicht zur Kenntnis nehmen zu können, vgl. z. B.: Robert S. Wistrich: Muslimischer Antisemitismus – Eine aktuelle Gefahr, Berlin 2011.

13 Vgl. z. B.: Jacob Katz: Vom Vorurteil bis zur Vernichtung – Der Antisemitismus 1700-1933, Berlin 1990

Aktuelles zu Martin Luther

Lutherjahr gestartet

jb **Richtig viel ist nicht passiert, seit am 31.10.2016 das „Lutherjahr“ begann, aber das Wenige macht deutlich: Von den Vorankündigungen, sich auch mit den dunklen Seiten Luthers auseinanderzusetzen, ist in der Anfangsphase nichts zu sehen gewesen. Der Volkspastor Gauck schwafelte und ließ alle Kritik aus. Auch in anderen Verlautbarungen fand sich wenig bis nichts.**

In Gießen führte eine kleine Aktion gegen den Lutherkult am Reformationstagabend vor der Johanneskirche zur einer merkwürdigen Eskalation. Drei Aktivisten aus der Gießener Antifa R4 und der Projektwerkstatt verteilten vor dem Portal der Kirche Flyer an die Menschen, die zum Gottesdienst kamen. Die meisten nahmen die auch an - bis eine Religionslehrerin erschien und zunächst in einem (noch nicht eskalierenden) Streitgespräch die Behauptung aufstellte, dass die Angaben im Flyer falsch wären. Sie wüsste das besser, da sie eben Religionslehrerin sei. Nach einiger Zeit ging auch sie ins Kirchengebäude, kam aber dann mit Verstärkung wieder. Nun überraschte die heftige Reaktion: Keifende bis schubsende, drohende („ich weiß wo du wohnst“) und beleidigende („ich bringe Ihnen ein Stück Seite mit“) Kirchenleute versuchten die Flyerverteilung zu stören und Besucher_innen zu beeinflussen, keine Flyer anzunehmen. Schließlich holten sie sogar die Polizei. Drei Streifenwagen samt Besatzung sicherten nach einiger Zeit die Kirche vor Kritik - ein später Dank für Martin Luthers Forderung, sich den Herrschenden immer zu unterwerfen. Zudem kontrollierten sie Personalien und behaupteten anschließend in der Presse, auch Platzverweise erteilt zu haben, obwohl das gegenüber einer Versammlung gar nicht zulässig wäre. Das alles geschah, obwohl außer Flyerverteilen und ein paar Kreidesprüche (alles vom Versammlungsrecht locker gedeckt) nicht passierte. Aufgeregt informierten die Kirchenleute noch selbst die Presse, die einen größeren Text schrieb.

Neue kritische Veröffentlichungen

Immerhin: Die Zahl lutherkritischer Bücher nimmt zu. Der Alibri-Verlag hat angekündigt, seine Synopsen von Luthers Originalschriften mit sehr aktuellen Übersetzungen fortzusetzen. Ein Buch aus dem dtv-Verlag („Wäre Luther nicht gewesen“, 239 S., 14,90 €) beschäftigt sich mit den Folgen, die Luthers Denken und Wirken auf die Welt hätte. Autor Michael Löschs Fazit ist gemischt, aber insgesamt sieht er mehr negative als positive Wirkungen – zumal es Persönlichkeiten schon vor und auch während Luthers Lebenszeit gab, die wesentlich fortschrittlicher und weniger fundamentalistisch dachten.

Neu ist auch ein Mitschnitt eines Gesprächs von MrMarxismo mit Jörg Bergstedt über die Kritik an Martin Luther und seinen heutigen Verehrer_innen, zu finden unter www.youtube.com/watch?v=j1wfyfumdh0.

Plakate und Flyer für Denkmäler, Lutherstraßen, -wege und mehr

Auf einer neuen Internetseite mit Kritik am Lutherkult findet Ihr Plakat- und Flyervorlagen. Diese können z.B. bei Luther-ehrenden Veranstaltungen verteilt bzw. hochgehalten werden. Die Plakate lassen sich zudem entlang von Lutherstraßen, -plätzen und Luther-Wanderwegen aufstellen – als Mahnung und Information. Download über http://gegendiehelden.blogsport.eu/

Zur letzten Ausgabe

Im letzten „grünen blatt“ befand sich, mit Bezug auf die Lutherausgabe, eine Austauschanzeige mit den Ketzerbriefen. Austausch heißt, dass im Gegenzug eine Anzeige auch dort drin war. Als das Belegexemplar mit der Gegenanzeige eintraf, zeigte sich, dass diese Kooperation zumindest fragwürdig sein dürfte. Denn das Exemplar, wo „unsere“ Austauschanzeige jetzt drin ist, ist schlimm: Rechtspopulistischer Scheiß. Bisher waren die Ketzerbriefe als kirchenkritisch bis kirchenhassend bekannt mit dem Schönheitsfehler, kirchenabgewendete „Sekten“ z.T. zu verharmlosen. Das allein schien kein Grund, auf eine Austauschanzeige zu verzichten. Der Wandel der Ketzerbriefe ins rechtspopulistische Lager ist hingegen unerträglich. Leider war der nicht bekannt. Sorry.

Politisches Engagement zwischen Aktionismus und Wohlfühlen

Die kämpferischen Jahre sind, zumindest in Deutschland, lange vorbei. Da mögen traditions-marxistische Medien noch so häufig mit Aufbruchparolen um die Ecken kommen oder Politkonzerne wie Campact ihre Spendenjagd hinter Erfolgsbilder tarnen – aus den alten Friedens- und Ökobewegten sind satte Bildungsbürger_innen geworden, während sich linksradikale Kreise in ihre eigenen Sümpfe zurückgezogen haben und nur noch mit stereotypen Reaktionen auf die – glücklicherweise ebenso langweiligen – Aktivitäten ihrer politischen Gegner_innen öffentlich auftreten. All das findet nicht isoliert statt, sondern findet seine Entsprechungen in der allgemeinen öffentlichen Debatte und gesellschaftlichen Protestkultur. Je nach sozialen Schichten sind verschiedene Verhaltensweisen typisch, die alle eines gemeinsam haben: Sie sind gar kein Versuch mehr, tatsächlich etwas zu verändern, sondern bewegen sich vom Jammern, von Appellen an die Mächtigen über billiges Anklicken vorgefertigter Protestnoten im Internet bis zum Versuch, ausgerechnet mit Geld die Welt zu retten – sei es beim Einkauf oder per Spende an die Hauptamtlichenapparate der NGOs, die es dann richten sollen.

Letzteres findet sich in tausendfachen Formen auf Messen, in Kinos, Läden und im Internet, von Heldenmärkten über Karmakonsum und mehr. Eine der Seiten heißt jetzttretenwirdiewelt.de – und dazu ist jetzt auch ein namensgleiches Buch erschienen (2016, Franckh-Kosmos in Stuttgart, 193 S., 19,99 €). Es wimmelt in auf den aufwendig layouteten, mit Bildern, Effekten und Links vollgestopften Seiten von Vorschlägen, was alles zu tun ist. Mehr oder weniger bekannte Persönlichkeiten geben ihre Ratschläge. Doch am Ende bleibt (fast) alles auf der Ebene von Appellen und bewusstem Konsum. Wer das gleich erkennen will, klappt den Rückumschlag auf: „73 Aktionen“ lautet die Überschrift – und dann folgt eine Liste, die mensch abarbeiten und dann jeweils ein Häkchen setzen kann. Doch „Aktionen“ finden sich in der Liste nicht. Alles ist Kleinklein, beschränkt sich auf Wellness, Einkauf und kleine Nettigkeiten. Staat und Industrie werden sich freuen, dass ihre Opposition ein David bleibt, der der Steinschleuder abgeschworen hat und sich jetzt dafür engagiert, dass Goliaths Rüstung mit Öko-Waschmitteln geputzt wird ...

Sei Körper-Positivist

Stelle eine bejahenden Kontakt zu deinem Körper her

Wasser marsch

Trinke mehr - fühle dich besser

Screenshots der Internetseite: Ein bisschen Eso, ein bisschen Allgemeinplätze – schon ist die Welt gerettet!

Update Verschwörungsideologien

Verdummung mit Pseudo-Medizin – und mit der Kritik daran

jb **Der Buchmarkt mit vermeintlich hochwirksamen Alternativverfahren der Krankheitsheilung quillt über – und Stück für Stück auch das Gegenprogramm. Geld verdienen lässt sich mit beidem. Für den Verkaufserfolg eines Buches kommt es vor allem darauf an, Inhalte vereinfacht und verkürzt darzustellen, also zusammengefasst: populistisch zu sein.**

Das ist fast allen Heilsvermeldern in Buchform anzusehen. Es gilt aber ebenso für viele der kritischen Bücher. Ein prägnantes Beispiel ist „Der große Bluff" von Theodor Much (2013, Goldegg in Berlin, 237 S.). Seite für Seite seziert er verschiedene alternative Heilverfahren. Immer wieder sind Passagen in Anführungsstriche gesetzt, doch ob es Zitate sind, lässt sich nicht einmal erahnen. Quellenangaben enthält das Buch sowieso nicht. Was nicht zur (industriefreundlichen) Schulmedizin passt, ist offenbar per se schlecht. Ein typisches Beispiel ist die Kritik an Impfgegnern. Obwohl in deren Reihen tatsächlich viel krudes Zeug verbreitet wird, schafft Much nur so Sätze wie: „Für die Behauptung, dass Impfungen Erkrankungen verursachen würden, existieren keinerlei Beweise" – gerade so, als wenn eine solche Gefahr selbst im knallharten Kapitalismus nie vorkommen könnte und alle Veröffentlichungen dazu nur Nonsens enthalten. Sein „in mehreren US-Studien konnte zum Beispiel gezeigt werden, dass" deckt sich mit dem Stil der anderen Seite. „Es gibt unzählige Beweise" bläht den eigenen Text auf mit der zusätzlichen Folge, dass dann oft keine einzige Studie wirklich benannt wird.



So schlimm treiben es Dittmar Graf und Christoph Lammers in „Anders heilen?" (2015, Alibri in Aschaffenburg, 178 S., 14 €) nicht. „Wo die Alternativmedizin irrt" steht im Untertitel. Das gibt die Richtung vor – und in der Tat zeigen die Autor_innen des Buches eine Menge kruder Vorstellungen auf, die mit dem Glauben an Homöopathie und andere Formen der Paramedizin, wie alle abweichenden Methoden außer der Schulmedizin genannt werden, zusammenhängen. Allerdings darin liegt genau das Problem des Buches: Es ist nützlich für einen skeptischen Blick auf viele Einfachlehren, esoterische Phantasien usw. Aber es macht einen eigenen Blick auf Wahrheit auf, der ein Dogma ist: Was die Wissenschaft sagt, stimmt. Es gibt auch immer nur ein „richtig". Das ist nicht einmal wissenschaftlich. Solche Bücher zertrümmern ebenso wie die Verteufelung jeder Schulmedizin den wichtigsten Wirkstoff, den es gibt: Das Gespräch z.B. mit der_dem heilenden Person und die Suggestion an die Wirksamkeit des Medikamentes (Placebo). Wenn es hilft, warum solche Suggestion verteufeln? Wollen die Autoren uns weismachen, dass Krankheiten immer nur rein physische Grundlagen haben und folglich die Psychosomatik unwissenschaftlich ist? Das wäre gefährlich, denn dann würde der Körper zu einer reinen Experimentierzone für profitabel verkaufte Chemikalien. Dass ein selbsternannt eher anarchistischer Verlag die Selbstbestimmung des Menschen (Autosuggestion, psychologische Selbstheilungskräfte usw.) verdammt und die chemieschwere Schulmedizin hypt, zeigt, wieweit der Kapitalismus die letzten Ritzen der Gesellschaft erobert hat.

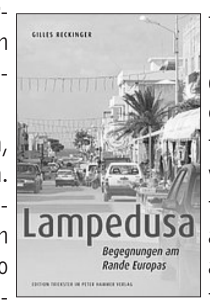


Werbung auf der Internetseite des Kopp-Verlages zur Hetzschrift gegen Flüchtlinge.

Wichtiger Hassschreiber gegen Flüchtlinge gestorben

jb **„Grenzenlos kriminell" – so hieß eines der letzten Bücher von Udo Ulfkotte im Kopp-Verlag (2016, 318 S., 19,95 €). Akribisch fügte er mit Stefan Schubert Bruchstücke aus Polizeimeldungen, -statistiken und vor allem den Medien zusammen. Es war ein typisches Ulfkotte-Buch.**

Nur selten wurden die Einzelfakten in einen Kontext gestellt, hier z.B. in einen Vergleich mit der gesamten Kriminalität. Berichte über Einzeltaten zeigen immer nur, dass die Kreise, aus denen Täter_innen stammen, keine besseren Menschen sind – was zu erwarten war. Offen bleibt stets die Frage: Sind sie schlimmer als andere? Und wenn ja: Gibt es spezifische Bedingungen, die das verursachen? Immerhin sind (bei Büchern im rechtspopulistischen Kopp-Verlag eher selten) Quellen angegeben. Die aber lassen schmunzeln: Spiegel, Bild, FAZ, n-tv, tagesschau, Focus, Zeit und andere dominieren. War das nicht die Lügenpresse? Egal: Ulfkotte ist Mitte Januar gestorben. Mal sehen, wer in die Lücke der billigen Buchverkaufserfolge springt. Und wer dann „Deutschland ins Verderben" halluziniert, den kommenden Bürgerkrieg ausruft oder so beeindruckende Sätze hervorruft, wie Ulfkottes Werke: „Überall Panzer und Soldaten zum Schutz vor Migrantenbanden?" (info.kopp-verlag.de).



Andere Autor_innen versuchen, gegen den Hass anzuschreiben. Gilles Reckingers Buch „Lampedusa (2013, Peter Hammer in Wuppertal, 230 S., 19,90 €) ist so ein Versuch. Er wirkt auf den ersten Blick wie ein Reiseführer. Auch auf den zweiten bleibt es das, aber nicht nur. Die auf Grund ihrer Lage zum Kampfplatz rassistischer Grenzpolitik berühmt gewordene Insel im Mittelmeer wird in vielen Geschichten und Erlebnissen beschrieben. Das Drama der Flüchtlinge und ihrer amtlichen Peiniger ist dabei immer wieder Gegenstand der Beschreibungen – eine Art Alltag auf der Insel. Diesem stehen seltsame Verwaltungsstrukturen entgehen, die angesichts erheblicher Geldflüsse aus EU-Kanälen eine Art „Hofstaat" entstehen ließen. Warum der Autor das alles immer als Chaos oder Anarchie bezeichnet, erklärt sich (wie üblich) an keiner Stelle. Ein intensiver Einblick in das Inselgeschehen ist das Buch aber allemal.

Eine interessante Stimme pro Einwanderung erhebt ausgerechnet die BertelsmannStiftung mit der Studie „Deutschland, öffne Dich!" (2012, 319 S., 35 €). Denn eigentlich gilt die Organisatoin als Schrittmacher der Modernisierung in der Gesellschaft – hin zu einem Staat, der wie eine Firma geführt wird, und zu einer Bevölkerung, die für die ökonomischen und machtpolitischen Führungsansprüche in der Welt fähig und willens ist. Da mag es zunächst überraschen, wenn von dort eine Stimme erhoben wird, die (so die Überschrift des ersten Kapitels) „Vielfalt ist Deutschlands Zukunft" lautet. Etliche Autor_innen tragen im Buch ihre Gedanken zu einer Willkommenskultur bei, die allerdings vor allem ökonomisch begründet wird. Und das ist eben der Hintergrund: Dass Merkel & Co. 2015 so viele Flüchtlinge ins Land gelassen hat, folgte vor allem dem Bedarf deutscher, auf weltweite Ausbeutung und Export ausgerichteten Industrie an qualifizierten, aber billigen Arbeitskräften. Im Buch schimmert diese Botschaft nur versteckt durch, z.B. in Andeutungen, dass nicht alle Menschen willkommen sind, sondern vor allem die nützlichen. Vom Elend in den Ländern, aus denen sich Menschen vertrieben fühlen, ist ohnehin nie die Rede. Und damit auch nicht vom Anteils Deutschlands an diesem Elend – unter anderem durch Firmen, die als „Lohn" ihrer weltweiten Zerstörungen nun frische Fachkräfte erhalten.

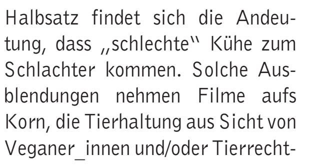
Politische Vegan-Debatte

Kann Tierhaltung artgerecht sein?

jb **Wer sich Gedanken macht über das Verhältnis von Mensch und Tier, denkt meist an größere Arten, bevorzugt mit zwei Augen, am besten mit Fell oder Federn. Alles andere, immerhin die deutliche Mehrheit dessen, was da kreucht und fleucht, zerschellt wahrnehmungslos auf der Windschutzscheibe oder verreckt unter der Giftspritze im Landbau selbst für den gefühlt veganen Mittagstisch.**

Bei Kühen, Schweinen, manchen Zoo- und Labortieren, mitunter auch Hühnern, Hunden oder Katzen regt sich das menschliche Gewissen, wenn es denn sieht, wie es hinter den Kulissen der bunten Zirkuszelte oder blechernen Schlachtfabrikfassaden so aussieht. Der innere Widerstand gegen solche Ausbeutung von Tieren kann dann zwei Formen annehmen: Die Ablehnung der Tierhaltung insgesamt oder die Kritik an den Formen, wie Tiere gehalten werden. Hilal Sezgin hat mit „Artgerecht ist nur die Freiheit" (2015, Piper in München, 301 S., 9,99 €) eine fundierte Herleitung der ersteren Position geliefert. Sie wirft dabei auch die schwierigen Fragen auf und beleuchtet sie von verschiedenen Blickwinkeln – um sich dann für eine Variante zu entscheiden, die ein Zusammenleben mit Tieren nur duldet, wenn diese nicht unter Zwang festgehalten werden müssen. Das träfe nur auf wenige Tiere zu, aber die Autorin zählt z.B. Schafe und Katzen als Beispiele auf. Ein Beispiel für die andere Position liefert Tanja Busse mit „Die Wegwerfkuh" (2015, Blessing/Random House in München, 288 S., 16,99 €). Das Buch liefert einen tiefen Blick in das Leben einer modernen Hochleistungskuh – soweit mensch den ständigen Zwang zur Milchproduktion als "Leben" bezeichnen mag. Es beginnt mit Geburt und der Selektion von Kälbern. Dann folgt die Zeit als Milchfabrik. Aber Tanja Busse bleibt nicht bei der Beschreibung der Ställe stehen, sondern dringt in die ökonomischen Verhältnisse ein, unter denen Landwirtschaft heute zu einer mörderischen Effizienz gezwungen ist – eingebettet in eine Wegwerfkultur, die zeigt, dass Profit wichtiger ist als Produktivität. Das Buch ist zum Glück keines der Jammerbände, die mit schlechten Nachrichten Auflage machen, um dann nichts anderes zu bieten als die Rolle vor dem Ladenregal. „Die Wegwerfkuh" beschreibt Projekte solidarischer Landwirtschaft und plädiert für eine andere Agrarpolitik.





Wer immer sich mit solchen Fragen auseinandersetzt, ist gut beraten, ein wenig Wissen über moderne Tierhaltung zu sammeln. Dafür empfehlenswert sind praktische Ratgeber, die für Landwirt_innen geschrieben sind, denn dort findet sich das, was in der Praxis dann auch oft Stand der Dinge ist. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) hat im eigenen Verlag etliche solcher Werke heraus gebracht. Darunter befinden sich kurze Einführungen in der Reihe „Agrarpraxis-Kompakt", in der auch sehr spezielle Themen wie „Schweinehaltung ohne Antibiotika?" von Wilfried Brede (2015, 127 S.) in kurzen, übersichtlichen Texten mit vielen Abbildungen und Tabellen abgehandelt werden. Andere Werke sind umfangreich wie das Standardwerk „Tierernährung" von Manfred Kirchgeßner, inzwischen (von anderen) zur 14. Auflage überarbeitet (2014, 660 S., 59,90 €). Hier geht es bis in kleinste Detail sowohl der Grundlagen wie auch, dann in Kapiteln nach Tierarten getrennt, um die konkrete Ausführung.

DVDs zu Tierrechten, Fang und Haltung von Tieren

Für Denkmal-Film ist die Frage der Tierhaltung ein großes Thema. Etliche DVDs sind gefüllt von Innenansichten aus dem Leben von Netztieren und der von und mit ihnen lebenden Bäuer_innen. Im Vordergrund steht das Plädoyer für eine ökologisch verträgliche und für die Tiere angemessene Haltung. Unterlegt werden Interviews und Informationen durch Bilder von Ställen und Weiden. Sie vermitteln, dass Tierhaltung sehr unterschiedlich stattfinden kann – und dass es sich lohnt, für eine ökologische Landwirtschaft einzutreten. Der 52min lange Streifen „Vom Glück der Kühe" (Denkmal-Film, Buch und Regie: Bertram Verhaag, deutsch) handelt von „naturgemäßer Rinderzucht" (so der Untertitel). Er zeigt neben Höfen das Wirken einiger Wissenschaftler (alles Männer) für eine lebensleistungsorientierte Tierhaltung, d.h. ein Tier soll lange leben und lange Milch geben. Tierleid und Schlachtung kommen in Bildern nicht vor. Nur in einem Halbsatz findet sich die Andeutung, dass „schlechte" Kühe zum Schlachter kommen. Solche Ausblendungen nehmen Filme aufs Korn, die Tierhaltung aus Sicht von Veganer_innen und/oder Tierrechtler_innen darstellen. Hier herrscht aber oft Undifferenziertheit andersherum. Die romantischen Tierhaltungsverklärer_innen aus dem Biosektor und die Alle-Tierhaltung-ist-gleich-und-scheiße-Logik ihrer Gegner_innen bilden einen interessanten Gegensatz mit gleichen Logiken des Pauschalisierens und Ausblendens. Im Film „Live and let live" (mindjazz pictures, 80min, deutsch&englisch mit etlichen Untertitelsprachen) begleitet die Kamera Protagonist_innen, die Tierhaltung oder -nutzung gar nicht mögen. Seltsam wirkt bereits, dass fast alle von ihnen Tiere halten und das in fast allen Fällen nicht thematisiert wird. Dann dominiert der Nutzen für die Menschen: Vegan ist gesund, stylische Männer- und Frauenkörper treten vor die Kamera – und gut fühlen sich vor allem die Aktivist_innen, die 6 (in Worten: sechs!) Hühner aus einer Riesenanlage befreien, aufwändig unterbringen und es als besonderen Erfolg abfeiern, dass es so wenig sind, dass der Tierhalter es nicht einmal merken und deshalb nicht zuungunsten anderer Tiere reagieren wird. Mit politischer Orientierung hat das nicht mehr viel zu tun. Ohnehin tauchen Argumente für die Umwelt oder für die Tiere nur am Rande auf. Auf eine seltsame Art gilt das sogar für den größten Teil des Filmes „Der letzte Fang". Hier geht es um die mörderische Thunfischjagd, die inzwischen die Tiere schon vor der Geschlechtsreife wegfängt und so das Verschwinden der gesamten Bestände bewirken wird. Der Kampf auf dem offenen Meer ist hart, ausgenutzt werden auch zwischenstaatliche Konflikte, um internationale Regelungen und Kontrollen zu umgehen. Doch das Elend für der Fische und die Wirkung auf die Umwelt bilden nicht den Kern des Films, sind aber – glücklicherweise – auch nicht ganz hinter der Hauptstory verschwunden. Zentrales Thema ist der Kampf verschiedener Familienclans um die Fischbestände. Profit gilt über alles. Der Film zeigt das Geschehen aus der Perspektive ehemaliger Thunfischfänger, die nun zu Jägern ehemaliger Konkurrent_innen geworden sind. Ob aus Rache, aus seltsam unbenannter, aber erkennbar rassistischer motivierter Ablehnung italienischstämmiger Familien oder doch aus ein bisschen Erkenntnisgewinn in Sachen Umweltschutz – das ist nicht klar. Der Film ist ein intensiver Einblick in das brutale Geschehen der Thunfischjagd, aber nur in zweiter Linie eine Umwelt- oder Artenschutzdokumentation.

Straffreies Containern

Am 11. April soll im Amtsgericht Aachen ein Prozess wegen Containerns stattfinden. Rundherum wird es eine Kampagne geben, u.a. mit Aktionen in Aachen, aber auch mit einer bundesweiten Aktion für eine Änderung des Diebstahlsparagraphen. Zwei zusätzliche Absätze sollen das Mitnehmen von zur Vernichtung bestimmten oder überlassenen Sachen (Müllcontainer, Sperrmüll ...) straffrei stellen. Unter anderem sind dann innerhalb von vier Wochen 50.000 „Unterschriften" für eine ePetition beim Bundestag (ja, diese richtigen offiziellen) nötig, also per Internet oder Unterschriftenlisten. Dafür braucht es viele, die als Weiterverteiler_innen agieren.

Beteiligt Euch –
Infos auf http://aachencontainert.blogsport.de und www.alltagsalternativen.tk.

Solidarische Landwirtschaft und die Frage des Hofeigentums

SoLaWi und Macht

jb **Laut der Internetseite www.solidarische-landwirtschaft.org gibt es „aktuell (mindestens) 123 bestehende Solawi-Betriebe“. Die Tendenz dürfte steigend sein. Zwischen diesen gibt es einige Unterschiede, z.B. in der Ausgestaltung des Solidarprinzips (jede_r zahlt nach eigenen Möglichkeiten) oder im Produktespektrum (nur Gemüse oder Vollprogramm, vegan oder nicht usw.).**

Die spannendste Frage wird seltener erörtert. Sie dreht sich um die Machtverhältnisse innerhalb einer Solawi. Viele Gruppen haben das gar nicht auf dem Schirm oder es ist nur Randthema. Bei einigen ist das Thema aber eine Reizfrage: Wem gehören die Produktionsmittel? Ist es befriedigend, wenn zwar der ruinöse Markt ausgeschaltet wird, aber ansonsten das Projekt ganz normal im Bezahlkapitalismus organisiert ist? Welches Gefälle entsteht, wenn einige verzichtbar sind, andere nicht? Dabei gibt es viele Möglichkeiten, wie sich ein Betrieb konstituieren kann. Das Heft „Rechtsformen landwirtschaftlicher Unternehmen“ (2014, aid in Bonn, 60 S., 4 €) klärt darüber auf. Schon die Übersicht auf S. 7 zeigt, dass sehr viele Varianten bestehen, von der GbR über Vereine, Stiftungen, gar eine Aktiengesellschaft oder etlichen Mischformen. Die dann folgenden Kapitel vermitteln Vor- und Nachteile der einzelnen Rechtsformen, wobei wirtschaftliche, Haftungs- und Eigentumssicherungsfragen dominieren. Für alle, die aus dem ewigen Kreislauf Privatbesitz, persönliches Risiko und Höfesterben ausbrechen wollen, ist das zu wenig. Hier wären bei einer Neuauflage Ergänzungen wünschenswert – oder es braucht noch ein gutes Buch darüber, wie der Boden dem Privatbesitz und damit der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen werden kann, ohne dass neue Player entstehen, die die Anfangsidee verraten.

OLG ordnet Wiederholung des Schwarzfahr-Verfahrens in Gießen an

Aktionsschwarzfahren

jb Dem Landgerichts-Strafkammervorsitzenden war deutlich anzusehen, dass er die verurteilungswütigen Kolleg_innen nicht mehr verstand. Es ging um die Auseinandersetzung, ob offensiv sichtbar gemachtes Schwarzfahren noch eine strafbare „Erschleichung“ darstellt. Dass viele Gerichte versuchen, den unrettbaren Paragraphen zu retten, sei „peinlich“, führte der Richter im April 2016 im mündlichen Urteil aus. In der schriftlichen Fassung stand immerhin noch das Wort „absurd“. Gemeint waren die unzähligen, völlig unterschiedlichen und sich oft direkt widersprechenden Varianten, mit denen Gerichte das Schwarzfahren als heimlich erklären, obwohl die ticketlos Fahrenden Hinweisschilder an der Kleidung trugen. Zwei Gerichte schafften es sogar, eine Kombination aus Hinweisschild, Flugblattverteilung, Megafon und Transparent als „heimlich“ einzustufen. Das Landgericht Gießen urteilte daher: Freispruch. Das Absurde müsse ein Ende haben. Hat es aber nicht. Die Staatsanwaltschaft reichte Revision ein und das Oberlandesgericht tat genau das „Peinliche“, was der Gießener Richter meinte: Es ordnete die Wiederholung an, weil ein Mensch mit Schild am Körper genauso aussähe wie ein Mensch ohne Schild. Okay: Nass = trocken, hell = dunkel, rot = blau. Gericht = ?

Wann der Prozess in Gießen steigt, ist noch unklar. Weitere Verfahren dieser Art laufen in München und Hildesheim. Infoseite: www.schwarzstrafen.tk



Mit Flyern und Hinweisschild unterwegs in der Münchener S-Bahn.

Bücher vorgestellt

Planka.nu
VerkehrsMacht-Ordnung
(2015, Unrast in Münster, 115 S., 9,80 €)

Das Buch ist eine Kulturanalyse. Es geht nicht um Verkehrskonzepte und ökologische Folgen des überbordenden Autoverkehrs, sondern um dessen ideologischen Grundlagen. „Du wirst nicht als Autofahrer geboren, du wirst dazu gemacht“ steht am Anfang des Textes – die folgenden Seiten erklären, wie die Manipulation des Denkens in Richtung automobiler Gesellschaft funktioniert. Das Buch ist eine Übersetzung aus dem Schwedischen, was für die Arbeit mit den Quellen einigen Zusatzaufwand bedeuten würde – aber es lohnt sich auch so.

Slavoj Zizek
Der neue Klassenkampf
(2015, Ullstein in Berlin, 96 S., 8 €)

Groß steht der Autorenname auf dem Buch, klein und kaum lesbar der Titel. So kommt es, wenn ein Mensch berühmt wird und dann zum Fließbandautor wird, dessen Bücher über den Namen und nicht wegen des Inhalts beworben werden. Dabei stellt Zizek eine wichtige Frage, was eigentlich zu den aktuellen Flüchtlingsströmen geführt hat und weiter führen wird. Aus seiner Sicht sind es die starken ökonomischen Unterschiede, das Reichtumsgefälle und noch mehr die strukturellen Ungleichheiten im Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten. Zizek sieht das Wiederaufleben der Klassengegensätze – eine zwar etwas veraltete und eingeschränkte Interpretation, aber ein wichtiger Beitrag zur Debatte. Schade, dass dem Buch anzusehen ist, dass hier ein Starautor schnell etwas heruntergeschrieben hat. Denn Präzision hat seine Analyse nur an wenigen Stellen.

Bettina von Clausewitz
Wer, wenn nicht wir!
(2016, Peter Hammer in Wuppertal, 174 S., 19,90 €)

Zwölf Interviews mit politischen Aktivist_innen aus sehr verschiedenen Ecken, Strömungen und Themen. Sie stellen auch sehr unterschiedliche Charaktere dar – einige agieren schon sehr lange, strategisch, zum Teil als Unternehmer_innen. Andere sind eher ohne große Vorab-Organisation in ihr Engagement gestolpert. Das Buch zeigt mehr die Personen und ihre Motive. Es gibt kaum Hinweise, wie mensch selbst aktiv werden kann und welche Stolpersteine es gibt. Dass politische Bewegung heute zu einer Sache von Hauptamtlichen und Apparaten geworden ist, wird nicht reflektiert. Es kommen auch kaum „einfache“ Basisleute zu Wort, sondern überwiegend solche, die schon viel in den Medien wahrgenommen wurden.

Markus Metz/
Georg Seeßlen
Bürger erhebt euch!
(2012, Laika in Hamburg, 378 S., 24,90 €)

Der Rückentext beschreibt das Buch recht passend. Es geht um „das Recht auf Kritik, Dissidenz, Einspruch, Widerstand und zivilen Ungehorsam in einer Gesellschaft, in der postdemokratisches Regieren und neoliberales Wirtschaften Bürger- und Menschenrechte bedroht.“ Die verschiedenen Kapitel drehen sich um Formen, mehr aber noch die gedanklichen Grundlagen des zivilen Ungehorsams, der sich laut Autoren bildet, weil „Brüche zwischen Rechtspraxis und Gerechtigkeit, Freiheit und Staat, Politik und Menschlichkeit“ und kaum noch Integrität seitens der politischen Klasse zu sehen sind. Die Sprache routinierter Politdebatte mag manche Leser_innen abschrecken, aber das Lesen lohnt – auch wenn die alberne Losung „es entsteht gerade eine neue soziale Bewegung“ Schwächen in der Analyse zeigt. Solche verkaufsfördernden Populismen füllen seit Jahrzehnte etliche linke Bücher – und machen sie ein Stück weit unseriös.

Laienverteidigung bedroht richterliche Willkür

Staatsanwaltschaften geben contra!

jb **Der Widerstand gegen Abbau und Verstromung von Braunkohle hat durch direkte Aktionen innerhalb von vier Jahren erheblich an Breite gewonnen. Waren es vor wenigen Jahren nur örtliche Gruppen und wenige Aktivist_innen, so blockierten 2015 und 2016 Tausende die Tagebaue. Doch es gibt ein weiteres Novum. Denn nirgends ist die Idee der Selbst- und Laienverteidigung vor Gericht so ausgeprägt wie hier, wo der Staat mit seinen repressiven Mitteln zugunsten von RWE & Co. eingreift.**

Die taz schrieb am 24.12.2016 dazu (www.taz.de/!5366337/): „Knapp eineinhalb Jahre nachdem im August 2015 rund 1.000 Aktivisten der Bewegung „Ende Gelände!" in den Braunkohletagebau Garzweiler bei Köln eingedrungen sind, beginnt am Amtsgericht Erkelenz die juristische Aufarbeitung der Proteste. Das kleine Amtsgericht in Nordrhein-Westfalen wird dabei zum Schauplatz einer ganzen Reihe von Strafprozessen. Es geht um das Durchbrechen von Polizeiketten, um verschiedene Formen der Vermummung und um das Abseilen von einer Autobahnbrücke. Das Gericht beschäftigen aber nicht nur diese strafrechtlichen Fragen, sondern auch eine besondere Form der Verteidigung: In den Strafprozessen sollen statt zugelassener Rechtsanwälte nach dem Willen der Angeklagten sogenannte Laienverteidiger zum Einsatz kommen – Aktivisten aus den eigenen Reihen, die selbst keine Anwaltszulassung besitzen und prinzipiell auch keine abgeschlossene juristische Ausbildung. Grundsätzlich können nach geltender Rechtslage im Strafprozess aber nur zugelassene Rechtsanwälte und Juraprofessoren verteidigen. Eine Lücke wollen die Aktivisten im Absatz 2 des Paragrafen 138 der Strafprozessordnung entdeckt haben. Dort heißt es: „Andere Personen können nur mit Genehmigung des Gerichts gewählt werden." Am Amtsgericht in Erkelenz wird die Theorie nun in der Praxis erprobt. Nach den ersten Prozesstagen zeichnet sich bereits ab, dass die von den Aktivisten angestrebte neue Form der Verteidigung auch auf Widerstand treffen wird. Gleich in mehreren Verfahren gibt es Streit um die Zulassung der Laienverteidiger."

Genauer: Nachdem am 16.11.2016 alle drei Autobahnklettern-Angeklagten je eine_n Laienverteidiger_in genehmigt bekamen und diese sechs zusammen einen brillanten Prozess führten, zog die Staatsanwaltschaft gleich mehrere Notbremsen: Sie wechselte den Anklagevorwurf (inzwischen erneut gewechselt auf Nötigung) und kündigte den Rauswurf aller (!) Verteidiger_innen an. Das dürfte spannend werden, wenn die Justiz das tatsächlich wagt. Dürfen Menschen sich solidarisch unterstützen und selbstbestimmt agieren oder schafft sich der Staat missliebige Menschen und eine robuste Verteidigung im Gerichtssaal vom Hals – unter Beifall etlicher Anwaltsorganisationen und Rechtshilfegruppen, die ebenfalls ihre Monopolstellung nicht verlieren wollen.

Spannend am Rande: Nachdem es per Laienverteidigung bereits gelang, Zugang zu Gefangenen in Knästen zu erhalten, gibt es jetzt auch erstmals die Genehmigung zur Verteidigung eines Forensik„patienten". Die Idee der Laienverteidigung schafft somit Löcher, wo bisher kaum ein Durchkommen war.

Kurz erklärt: Laienverteidigung

Was wenig bekannt und von Anwält_innen bzw. vielen Rechtshilfegruppen systematisch verschwiegen wird: Um eine_n Andere_n im Strafverfahren zu verteidigen, muss mensch nicht Anwält_in sein. Nach § 138, Abs. 2 der Strafprozessordnung (StPO) kann das jede Person. Das Gericht muss allerdings zustimmen und sich vorher von Rechtskunde und Vertrauenswürdigkeit überzeugen. Das ist inzwischen aber oft gelungen und schafft Qualitäten, die in der Standardverteidigung nicht möglich sind: Unterstützung durch eine Person (oder sogar durch mehrere, bis zu drei sind möglich), die die angeklagte Tat selbst kennt oder dabei war. Unkontrollierter Briefverkehr und Zugang in Gefängnisse und Psychiatrien durch persönliche Bekannte. Aktenzusendung an die_en Laienverteidiger_in mit der Möglichkeit, diese zu kopieren oder einzuscannen. Intensive Vorbereitung eines Prozesses durch intensiveren Kontakt zur betroffenen Person.

In den letzten Monaten hat es etliche Laienverteidigungen im Zusammenhang mit Prozessen wegen Braunkohleprotesten, Aktions-Schwarzfahrten und Containern gegeben. Wichtig ist, den freien Zugang zu forensischen Psychiatrien und Gefängnissen zu erkämpfen und damit selbst Besuchsverbote und Isolationshaft zu unterlaufen. Mehr Informationen auf www.laienverteidigung.tk.

Arrogantes Anwaltshandeln

Krasser Fall in Nürnberg: Verhandelt wurde über eine Person, die mit einem abenteuerlichen Tatvorwurf (angeblicher Messerstich durch Hemd in Brust - aber das Hemd blieb heil) schon ein Jahr in der forensischen Psychiatrie festgehalten wurde. In den Gerichtssaal wurde sie mit Fußfessel und an den Bauch gefesselten Händen geführt. Der Pflichtverteidiger blieb in einer anderen Reihe sitzen und würdige den, den er verteidigen sollte, kaum eines Blickes. Als das Gericht dann entscheiden wollte, den Angeklagten aus seinem eigenen Verfahren auszuschließen, stimmte der Anwalt sogar zu. Einen Laienverteidiger, den der Angeklagte einforderte, lehnte das Gericht ab – und wieder blieb der Anwalt stumm. So geht Dienst nach Vorschrift – menschenverachtend wie das ganze Justizwesen. Sicherlich agieren nicht alle Anwält_innen so, aber die Tendenz, die eigenen Mandant_innen nicht ernst zu nehmen, ist weit verbreitet.

Bücher vorgestellt

Markus Hengstschläger
Die Macht der Gene
(4. Auflage 2012, Piper in München, 171 S., 9,99 €)

Was prägt den Menschen? Die Gene oder die Umwelt? Bzw. besser gefragt: Wer hat welchen Anteil? Der Autor stellt in vielen Kapiteln dar, wie und wo Gene wirken. Sein Ergebnis zeigt vor allem, dass nicht nur das Entweder-Oder unsinnig ist, sondern dass es bei der Analyse der genetischen Ausstattung in der Regel darum geht, bestimmte Anfälligkeiten und Tendenzen festzustellen, die sich dann im tatsächlichen Leben Wirkung entfalten können oder nicht. Wer um Risiken weiß, kann gegensteuern, aber nie mit Garantie. Es hilft ja nichts: Die Gene sind eine Ausgangsposition. Das Beste aus dem Leben zu machen, ist immer sinnvoll. Welche Gen-Konstellation könnte ein Argument sein, das zu lassen?

Richard Dawkins
Geschichten vom Ursprung des Lebens
(2. Auflage 2009, Ullstein in Berlin, 928 S., 29,90 €)

Ein Lesebuch voller faszinierender Geschichten über den Ursprung der Arten. Dawkins wählt Arten aus, die vielen unbekannt sein dürften, die aber eine lange Evolutionsgeschichte hinter sich haben, besondere Merkmale aufweisen, die aus der Evolution schwieriger zu erklären sind, oder deren Abstammungsverhältnisse insgesamt viele Fragen aufwerfen. Beseelt von seiner festen Überzeugung an das darwinistische Abstammungssystem und die Evolution per Mutation und Selektion liefert er so ein anschaulich-unterhaltsames Werk gegen jeden Glauben, dass ein Schöpfer nötig war, die Vielfalt des Lebens einschließlich seiner Skurrilitäten zu erschaffen. Das gilt – auch wenn in neuestes Zeit sowohl Genetik wie auch Evolution dem klassischen Darwinismus Korrekturen zufügen wie z.B. die Vererbung erworbener Eigenschaften per Schaltergene. Den Schöpfergott braucht's dafür aber auch nicht.



Michael Blastland/ David Spiegelhalter
Wirst du nicht vom Blitz erschlagen, lebst du noch in tausend Jahren
(2013, Bastei Lübbe in Köln, 416 S., 9,99 €)

„Was wirklich gefährlich ist", wie der Untertitel verspricht, klärt das Buch zwar nicht, aber es bietet doch eine unterhaltsame und erhellende Sammlung von Gerüchten, Irrtümern und Phantasien, die uns im Alltag bedrohen sollen – und was stattdessen unterschätzt wird. Ob gezielte Panikmache z.B. durch Berichterstattung über (eigentlich seltene) Verbrechen, Angst vor unbekannten Situationen, fremden Gegenden oder Extremsportarten – vieles führt zum subjektiven Gefühl großer Gefahr. Seite für Seite erfahren Leser_innen in diesem Buch, dass der erste Eindruck oft täuscht. Andere Situationen, die kaum Angst einjagen, sind weit anfälliger für Gefahren.

Arbeitsgruppe „Aktionsvernetzung“ der BPE-Jahrestagung (8.10.2016)

Aktionsaufruf

Wir starten 2017 mit einer Massenzeitung, in der unsere Kritik an Geschichte und Gegenwart der Zwangspsychiatrie deutlich zu lesen ist. Außerdem wird dort für einige Termine und Aktionen geworden, die von Januar bis Oktober liegen. In diesen 10 Monaten wollen wir uns langsam steigern, bis dann vom 6. bis 8.10. in Berlin erst die BPE-Jahrestagung und ab 8.10. das Weltpsychiatertreffen stattfindet. Letzteres wollen wir zum Ziel klarer Forderungen und Proteste machen – mit Demonstrationen rund um den Versammlungsort (CityCube und südliche Messehallen in Berlin).

Vorher gibt es weitere Termine, für die wir zu gemeinsamen Aktionen laden – etwa der sog. „Behindertentag“ am 5. Mai oder die Madpride-Umzüge in verschiedenen Städten. Wir würden uns freuen, wenn zu diesen ausgewählten Terminen (Liste wird in der Massenzeitung veröffentlicht) dann zunehmend mehr anreisen als bisher. Denn: Wir müssen uns sichtbarer machen, müssen lauter unsere Stimme gegen die Folter und Menschenrechtsverletzungen hinter Mauern und Zäunen erheben!

Doch wir setzen nicht nur auf große Events. Wir wollen Euch unterstützen, dass Ihr bei Euch vor Ort auch immer öfter zumindest kleine Aktionen durchführen könnt: z.B. ein Infostand in der Fußgänger_innenzone, eine kleine Kundgebung, Theater oder Protestlieder auch gerne direkt vor den Zwangspsychiatrien, den dazugehörigen Institutionen, bei Parlaments- oder Parteisitzungen. Dafür wollen wir eine Anlaufstelle schaffen, die Euch berät, was Ihr dürft, wie Ihr was durchführen könnt oder was das Versammlungsrecht hergibt. So sind Kundgebungen und politische Meinungskundgabe aller Art im öffentlichen Raum immer erlaubt. Dazu gehören auch die Gelände, auf denen Zwangspsychiatrien zu finden sind, aber ebenso Fußgänger_innenzonen, Straßen oder Bahnhöfe.

Zudem wollen wir ein Aktionspaket schnüren, welches Ihr für Eure Ideen leihen könnt. Darin sollen sich ausreichend Exemplare der Massenzeitung zum Verteilen, aber auch Liedtexte zum Mitsingen, Theaterstücke und kleine Redetexte für Demonstrationen befinden, zudem passendes Theatermaterial, ein Megafon und was Ihr so brauchen könnt für Eure Aktionen. Der Ablauf ist dann am besten so: Ihr ruft in der Anlaufstelle an, könnt ein Beratungsgespräch zu Euren Aktionen führen und bekommt dann das zugeschickt, was Ihr braucht. Wenn Ihr es danach schnell zurückschickt, kann die nächste Gruppe die Hilfen bekommen.

Außerdem soll es eine Liste geben aller Menschen, die sich vorstellen können, zu Aktionen zu fahren. Wenn dann irgendwo was los ist, werden alle informiert. Diese Liste haben wir auf dem BPE-Treffen schon angefangen – Ihr könnt Euch jederzeit hinzufügen lassen, am besten mit einer Email-Adresse; wenn es nicht anders geht, auch mit Telefonnummer.

Einen besonderen Tipp für alle Aktionen haben wir noch: Baut Pippi Langstrumpf in Eure Aktionen ein – in ein Theaterstück, in Eure Veröffentlichungen oder nachgestellte Fixierszenen. Warum? Weil ein leitender Arzt einer forensischen Psychiatrie in Hessen in einem Vortrag gemeint hat, Leute wie Pippi Langstrumpf müsse mensch einsperren. Der Vortrag war natürlich nicht öffentlich, aber wir haben die Folien, die er gezeigt hat. Er projizierte ein Pippi-Bild auf die Leinwand, als er erklärte, wie typische Psychiatrieinsass_innen so drauf sind. Das ist so unglaublich, dass wir das nutzen sollten – auf dass es ein PR-Supergau für die Psychiatrie werde!

Ausschnitt aus der Folie von Roland Freese, Ärztlicher Direktor der Vitos Forensisch-psychiatrischen Ambulanz Hessen

Die Pippifolie ist ein fantastisches Fundstück und bietet viele Anknüpfungspunkte für Aktionen, Veröffentlichungen, Lieder, Texte und Theater (ein Lied gibt's schon ohne unser Zutun: www. youtube.com/watch?v=WVRHqebLa7U). Aber Pippi wird nicht das einzige sein, mit dem wir 2017 in ein aktionsreiches Jahr gehen wollen.

Also ... redet, wenn Ihr eine Selbsthilfe- oder andere Gruppe seid, darüber, ob Ihr 2017 eigene Aktionen ausprobieren wollt oder an Aktivitäten anderer mitmacht. Lasst Euch, wenn nötig, beraten. Merkt Euch die überregionalen Termine für die größeren Aktionen – und seid dabei! Entwickelt eigene Ideen, Lieder, Theaterstücke, Lesetexte ... und schickt uns die! Bereiten wir der Zwangspsychiatrie ein heißes Jahr 2017!!!

Kontakt: BPE, 0234-68705552 und 0234-6405102, kontakt-info@bpe-online.de und Projektwerkstatt, 06401-903283, saasen@projektwerkstatt.de

Lehrfilm „Unter Paragraphen“ gibt Tipps vor Gericht

Der Film wird so manche ärgern: Mit versteckten Aufnahmegeräten und Kameras haben Aktivist_innen einige Prozesse rund um den Braunkohlewiderstand mitgeschnitten. Die Auswahl war eher zufällig, d.h. es ist nicht davon auszugehen, dass hier besonders unverschämte Richter_innen aufgezeichnet wurden. Vielmehr ist wahrscheinlich, dass die Mitschnitte den Alltag an Widerlichkeiten zeigen. Im Filmstudio der Projektwerkstatt Saasen ist daraus ein anklagender, aber gleichzeitig als Lehrfilm geeigneter Zusammenschnitt entstanden. Denn er zeigt gleich dreierlei. Erstens wie ein Gerichtsprozess einschließlich der Vorphase laufen müsste, dann – eben mit den Originalsequenzen – wie alles tatsächlich läuft, und schließlich, wie mensch sich hätte wehren können. Die am Ende kämpferische Auseinandersetzung führte zu einem Happy-End für die Angeklagten. Der Film läuft auf https://youtu.be/nHTn7Gzys4o, er ist Creative commons, d.h. er kann frei weiter verbreitet und gezeigt werden.

Weitere Leerfilme entstanden aus Theaterstücken zum Umgang mit Repression, die auf dem Klimacamp im Rheinland 2016 mitgeschnitten wurden. Sie sind, neben weiteren Einführungen in kreative Aktionstechniken, im Direct-Action-Kanal der Projektwerkstatt auf Youtube zu finden (www.youtube.com/channel/UCuH9U3DEearzplYkBQy8OaQ).

Neue Internetseitennamen

Der Anbieter von kostenlosen Webseitennamen mit der Endung de.vu ist ausgefallen. Daher sind etliche für wirkungsvolle Antirepression wichtige Internetseiten auf .tk umgestellt worden. Die Seite mit Tipps für wirkungsvolles Wehren im Gerichtssaal ist jetzt unter www.prozesstipps.tk zu finden, allgemeine Rechtstipps unter www.antirepression.tk, die Infoseite zu fiesen Tricks von Polizei und Justiz heißt www.fiese-tricks.tk und zur gegenseitigen Unterstützung auf der Angeklagtenbank www.laienverteidigung.tk. Wer gar keinen Redirect will, findet alle Seiten auch auf www.projektwerkstatt.de.

Themenrubrik Energie

Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 21.04.2017

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Schnellabschaltung in Russlands neuem Vorzeigereaktor

NukeNews Anfang November 2016 wurde Reaktor Nr. 6 des Atomkraftwerks Nowoworonesch - des ersten in der Vorzeigereihe des Landes, Typ AES-2006 - wegen eines ausgefallenen elektrischen Generators vom Netz genommen. Der Vorfall ereignete sich am 10. November, Russlands Atomversorgungsunternehmen Rosenergoatom berichtete aber erst sechs Tage später darüber. Das Unternehmen gab an, der Grund für die Notabschaltung seines wertvollen neuen Reaktors sei ein Kurzschluss gewesen.

http://bellona.org/news/nuclear-issues/2016-11-scram-at-russias-new-flagship-reactor-goes-unmentioned-for-six-days-stoking-speculation

Infomaterialien

http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Anti-Atom-Atomstandort

biss Die Firmen Eckert & Ziegler und GE-Healthcare Buchler verarbeiten am Standort Braunschweig radioaktive Stoffe in industriellem Maßstab.

Das Risiko ist im Normalbetrieb für Braunschweiger höher als für Anwohner an einem deutschen AKW.



Die Herstellung radiopharmazeutischer Mittel und technischer Strahlenquellen sowie die Konditionierung von Atommüll sind ein Teil der industriellen Landschaft in Deutschland, aber an diesem Standort unverantwortlich.

Grundlage für die Gefahren sind die genehmigten, extrem hohen Strahlenmengen, die nach Aussage von Eckert & Ziegler mit dem neuen Bebauungsplan auch verarbeitet werden sollen.

Ein Gutachten der Stadt bescheinigt:

Der Braunschweiger Rat hat nach vier Jahren empfundener Hilflosigkeit im Juli 2015 mit dem Beschluss zum Bebauungsplan für das Buchler- und Eckert & Ziegler-Gelände den Erweiterungsmöglichkeiten für die Atomfirmen zugestimmt.

Faktenlage

Direkt angrenzende Wohngebiete, Kindergärten, Jugendzentrum und Schulen: Die nächsten Wohnhäuser sind nur ca. 40 m entfernt. In 200 m Entfernung gehen ca. 1.300 Kinder zur









Widerstand mit BISS
Braunschweig

Grundschule, ins Jugendzentrum und in das Gymnasium Wenden.

Unmittelbar benachbarte Großstadt: Im Katastrophenfall wäre ganz Braunschweig betroffen. Es liegen weder ausgearbeitete Katastrophenschutz- oder Evakuierungspläne vor, noch sind wirkungsvolle Sofortmaßnahmen jenseits von "Bleiben Sie in ihren Häusern" vorstellbar.

Lage neben "Forschungsflughafen", direkt neben Einflugschneise: Das Firmengelände liegt ca. 3 km vom "Forschungsflughafen" Braunschweig-Wolfsburg entfernt, unmittelbar in und neben Einflugschneisen. Ein umfangreicher Werksverkehr von VW und Flugversuche der DLR mit Großflugzeugen im flugphysikalischen Grenzbereich sind Grundlage für das durch einen Gutachter bescheinigte erhebliche Risiko durch Flugzeugabstürze auf das Gelände.

Benachbarte Chemiefabrik mit hohem Inventar gefährlicher Chemikalien: Die Nuklearfirmen liegen direkt neben der Chemiefabrik Buchler, die eine Genehmigung zur Lagerung von jeweils 40 Tonnen konzentrierten, starken Säuren und Laugen besitzt. Zum Teil sind diese hochbrennbar und hochexplosiv, sodass bei einer Freisetzung giftige Gase entstehen können. Die Gefahr eines Großschadensereignisses steigt damit und die Bekämpfung z.B. eines Brandes ist erschwert.

Daher: Nuklearbetriebe müssen verlagert werden. Bis dahin: Gefährdungspotentiale abstellen.

Massive Reduzierung der Umgangsgenehmigung: Die letzte Erhöhung der Strahlengenehmigung erfolgte 2004 ohne die vorgeschriebene Umweltverträglichkeits-Vorprüfung. Diese Genehmigung ist offenkundig eine unzulässige Vorratsgenehmigung und entspricht etwa dem 300fachen des gesamten Inventars der ASSE. Diese Umgangsgenehmigung muss zurückgenommen werden.

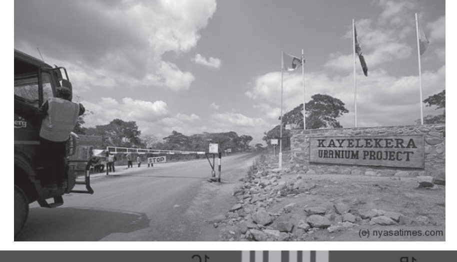
Streichung des Standortes aus den Nationalen Entsorgungsplänen: Der Standort Braunschweig-Thune ist nur einer von 5 Standorten für die Konditionierung von Atommüll in Deutschland. Aufgrund der Nähe zu Schacht



Atomare Nachrichten aus Tansania

NukeNews Am Mittwoch, 21. Dezember 2016 verhaftete die malawische Polizei im nördlichen Grenzbezirk Karonga acht tansanische Staatsangehörige, die sich auf dem Weg zum Gelände des Uranbergwerks Kayerekera befanden, wegen einer Einreise ohne Reisepapiere. Laut George Mlewa, dem stellvertretenden Sprecher der Polizei von Karonga, erfolgte die Verhaftung nach einem Hinweis von Anwohner*innen. Der stellvertretende Sprecher der Polizei von Karonga erklärte außerdem, die Gruppe werde in Kürze wegen einer Anklage wegen kriminellen Eindringens (criminal trespass) unter Verletzung von Abschnitt 314 des Strafgesetzbuches vor Gericht erscheinen, der Fall könne sich aber durch die im Rahmen der Untersuchung gesammelten Beweise noch ändern. Am 22. Dezember berichteten malawische Medien jedoch, die acht Tansanier*innen seien verhaftet worden, während sie illegal in ein Uranbergwerk im Nachbarland einzudringen versuchten. Kürzlich mutmaßten die Zeitungen gar, es handele sich um von der tansanischen Regierung geschickte Spion*innen, die auskundschaften sollten, ob das Land "auf dem Gelände des Kayerekera-Uranbergwerkes im Bezirk Karonga aus Uran Atomwaffen entwickelt".

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Nuclear_news_from_Tanzania



(c) nyasatimes.com



40 Jahre Standortbenennung Gorleben - 40 Jahre Widerstand

kr So lange ist es jetzt her, dass der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht Gorleben per Fingerzeig zum Nuklearen Entsorgungszentrum erklären wollte. Seitdem ist vieles verhindert worden: eine Wiederaufarbeitungsanlage, eine Pilotkonditionierungsanlage in Betrieb, ein ungeeignetes Endlager, in der Castorhalle mit 420 Stellplätzen stehen "nur" 113 Castoren. Doch es ist weiter Aufklärung und Widerstand nötig! Im Wendland ist eine Protestkultur gewachsen, die sich als soziale Bewegung verankert hat. Wir feiern die Erfolge und schöpfen Kraft für kommende Aufgaben: den Atomausstieg vorantreiben, Atommüll sicherst und nicht billigst lagern lassen, unnütze Atomtransporte beenden, die Energiewende vollenden. Am 18.2. gibt es einen Aktionstag, am 22.2. eine Veranstaltung und am 25.2. eine TanzNachtTotal.

40 Jahre und kein bisschen leise...

kr Am 22. Februar 1977 wurde Gorleben als Standort für ein "Nukleares Entsorgungszentrum" benannt. Das hat nicht nur das Wendland politisch völlig umgekrempelt. Seitdem ist alles anders als bisher und Menschen wie Marianne Fritzen sahen die Notwendigkeit, eine Nummer größer einzusteigen und den organisatorischen Voraussetzungen für den Kampf gegen die Atomkraft insgesamt ein "Gerüst" zu geben: im März 1977 wurde die BI neu erfunden, als eingetragener Verein, gemein und nützlich!

40 Jahre haben wir Höhen und Tiefen erlebt. Bespitzelung, Diskriminierung und Kriminalisierung. 40 Jahre lang aber haben wir unser Lachen nicht verloren, das die Atomlobby, ihre willfährigen Politiker_innen und Behörden und viele mehr zur Verzweiflung brachte. Seitdem heißt es "Gorleben soll leben" Wir haben viel erreicht: Die Konrad muss eine massive Ausweitung der Atommüll-Konditionierung und -Lagerung befürchtet werden. Dieser Standort ist dafür nicht geeignet und muss verlagert werden.

Massive Reduzierung der Emissionsgenehmigungen: Die Thuner Nuklearbetriebe dürfen z.B. mehr als das 250fache des Grenzwertes der Strahlenschutzverordnung von Jod-131 über die Schornsteine abgeben. Kriterien der Strahlenschutzverordnung für den Maximalwert werden nicht beachtet. Diese Genehmigungen müssen zurückgenommen und auf die Werte der StrlSchV begrenzt werden.

Massive Reduzierung der Genehmigungen zur Freisetzung von Direktstrahlung: Wir fordern die Rücknahme der unrechtmäßigen 2.000-Stunden-Regelung, die eine Erhöhung des Maximalwertes der Strahlenschutzverordnung von 1 mSv/Jahr auf 4,38 mSv/Jahr erlaubt. Das ist das 14,6fache des Grenzwertes im Castoren-Lager in Gorleben.

Aufstellung detaillierter Katastrophenschutzpläne: Bisher existiert neben dem Feuerwehrplan keine konkrete Planung für ein Großschadensereignis. Eine Evakuierung der Wohngebiete, Kindergärten und Schulen ist nicht vorbereitet. Eine verpflichtende Information im Schadensfall betroffener Personen muss durchgeführt werden.

Sofortige Auflösung des illegalen, faktischen Atommüllzwischenlagers: Auf dem Gelände befinden sich über 60 dauerhaft als Lager genutzte Schiffscontainer mit radioaktiven Stoffen. Dieses illegale Atommülllager muss aufgelöst werden.

Verringerung der Belastungen durch Atomtransporte: Die täglichen Atomtransporte durch die angrenzenden Wohngebiete dürfen so stark strahlen, wie ein Castor-Transport. Wir fordern die konsequente Anwendung des Minimierungsgebotes - optimierte Routen, bessere Abschirmung, keine Tankstopps/Wartezeiten am Werkstor.

Garantie, dass keine Kernbrennstoffe in Thune gelagert werden: Von 1996 bis Ende 2012 wurde in Braunschweig-Thune Plutonium gelagert. Eine Genehmigung zur Lagerung oder Nutzung von Kernbrennstoffen darf nicht erteilt werden.

Kontakt

Bei Fragen wenden Sie/Du sich/dich bitte an die BISS e.V.: BISS, BürgerInitiative StrahlenSchutz e.V., Meine Str. 10d, 38110 Braunschweig. Email: info@biss-braunschweig.de; Telefon: 05307- 4 97 26 47 (Anrufbeantworter wird täglich abgehört).

BISS-Treffen finden in zweiwöchentlichem Abstand im Dorfgemeinschaftshaus in Wenden statt (Veltenhöfer Str.3, 38110 Braunschweig).

Weitere Informationen unter
www.biss-braunschweig.de

Spenden

Für unsere Arbeit brauchen wir nicht nur den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger aus Braunschweig und dem Umland, sondern auch finanzielle Unterstützung. Dabei kann uns jeder helfen, unabhängig vom Wohnort! Wir sind wegen Förderung des Natur- und Umweltschutzes vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Ihre finanzielle Unterstützung ist daher steuerlich absetzbar. Wir benötigen das Geld zum Beispiel für die folgenden unvermeidbaren Anliegen: Raummieten, Druckkosten, Rechtsanwaltsgebühren (Achtung: Bitte unterscheiden vom Rechtshilfefonds!), Professionelle Hilfe (Fachberatung etc.).

Für die Übersendung der Spendenquittung geben Sie bitte neben der Angabe "Spende" Ihre vollständige Anschrift auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen die Spendenquittung zusenden können.

BISS - BürgerInitiative StrahlenSchutz - Braunschweig e.V.; IBAN: DE67 2699 1066 8108 9350 00; BIC GENODEF1WOB; Volksbank BraWo







Das potenzielle Atomklo Bure
- aktuelle Situation des Widerstands

vmc Das Mindeste, was wir in Bure sagen können ist, dass wir ein außergewöhnliches Mobilisierungsjahr gegen das größte Atommüllendlagerprojekt in Europa hatten. Tausende Menschen entdeckten im Laufe des Jahres den Widerstand gegen dieses Projekt und säten mit uns im Frühling, teilten mit uns die harten und schönen Momente des besonders intensiven Sommers der Besetzung und Verteidigung von Bois Lejuc, manche blieben und andere kommen seitdem regelmäßig zurück.

Dem Unvermeidlichen standhalten

Ein großartiges soziologisches Konzept der räumlichen Planung großer Konzerne ist die Akzeptierbarkeit - oder wie zwingst du die Bevölkerung, dort wo du einmarschierst, das Unakzeptable zu akzeptieren? So wie bei sterbebegleitender Pflege, bei der der Patient langsam den Tod akzeptiert.

Nach einer ersten Phase der gewaltsamen Ablehnung in den 90ern, als 10.000 Menschen in den Straßen von Bar-le-Duc demonstrierten, zwei Drittel der Anwohner gegen den Bau „einer einfachen Forschungseinrichtung“ von ANDRA Petitionen unterschrieben haben (ANDRA ist die französische Bundesbehörde, die für die "Entsorgung" des Atommülls zuständig ist) und als wütende Landwirte Strohballen vor der Baustelle anzündeten, machte sich erst Resignation und dann Fatalismus breit.

Vor 15 Jahren profitierte ANDRA von der großen finanziellen Unterstützung der Meuse-Abteilung GIP, einer Agentur, die für die Finanzierung dieser Behörde verantwortlich ist und die Sympathie der Lokalpolitiker*innen mittels einer "ökonomischen Unterstützung" kauft, was schwer abzulehnen ist in einer entvölkerten und verarmten post-industriellen Gegend. Die, die es dennoch versuchten, verloren ihre Gemeinde und mussten zusehen, wie ihre Stadtverordnete die Seiten wechselte.

Gleichzeitig wurde den Bauern und Bewohnern von Bure sowie der Umgebung bis zu einer Entfernung von einigen dutzend Kilometern beträchtliche Mengen an Geld für ihr Land angeboten, wodurch ANDRA kontinuierlich Land erwarb: „Wenn du mir dein Land in Bure gibst, bekommst du 2 weitere Quadratkilometer drauf und wir addieren weitere 30% auf deinen vorherigen Landpreis“. Am Ende hat ANDRA mehr als 1000 Hektar Farmland und 2000 Hektar Wald sowie weiteres Land erworben, obwohl das Atommülllager laut Planung eigentlich nur 300 Hektar an der Oberfläche benötigen soll. Diese aggressive Kaufpolitik zusammen mit der Drohung der zukünftigen Ausbeutung sowie die wiederholten Anrufe und Besuche von ANDRA überwältigten viele Menschen und ihre Illusionen.

Eine gefakte öffentliche Debatte 2013, intensive Propaganda in den lokalen Zeitungen, Schulen und Läden war ausreichend, um innerhalb weniger Jahre den Gedanken der Unausweichlichkeit des Projekts den Köpfen der Menschen aufzuzwingen. Währenddessen entwickelte sich die Idee der Forschungseinrichtung weiter zu einem Atommülllager von hochradioaktivem Material und dazu ein Projekt für die oberflächliche Lagerung von niedrig bis mittel radioaktiv verseuchtem Müll. [...]

Obwohl mit der Baugenehmigung erst 2018 zu rechnen ist, wurden schon 11 Hektar Wald gerodet und ein 3 Kilometer langer Zaun gebaut. Aber der Widerstand regt sich. Mitte Juni ist Bois Lejuc besetzt von 250 Menschen, wobei circa 60 Menschen es für 3 Wochen besetzt halten, bevor eine gewaltsame Räumung durch die Polizei es ANDRA ermöglicht wieder Fuß zu fassen. Darufhin wurde eine zwei Meter hohe Mauer errichtet, die diese „wilden Hor-

Energiewende, das Ende der Plutoniumwirtschaft und ein Auslaufmodell Atomkraft in Deutschland.

Das wollen wir mit euch feiern und natürlich nicht vergessen, was alles noch vor uns liegt: Dass Gorleben sich als Endlagerstandort nicht erledigt hat, dass 113 Castorbehälter im Gorlebner Tann' vor sich hinstrahlen, dass sich europa- und weltweit Atomkraft überhaupt nicht erledigt hat.

Wir laden euch zu einer zünftigen Widerstandsparty zum 40. Geburtstag der BI ein: an einem Samstag im März ab 18 Uhr mit Theater, schrägen Reden und Gesängen, Film, Livemusik und Disco.

Für heiße Suppe sorgt die VolXküche, fürs Büffet wünschen wir uns Kartoffel- und andere Salate und Pudding.

www.bi-luechow-dannenberg.de

BY: Neuer Unfall bestätigt altes Problem

NukeNews Wir halten es für wichtig zu betonen, dass Atomexpert*innen es nicht eilig hatten (oder vielleicht auch gar nicht beabsichtigten), Informationen über den Zwischenfall zu liefern. Dieses Mal wurde der Notfall von Leser*innen der Website charter97.org gemeldet. Erst etwas später berichtete die offizielle Website über das belarussische AKW-Projekt in Astravyets, dass "bei vermindertem Freiraum der metallische Transportschutz der übergroßen Ladung (des Reaktorbehälters für das belarussische AKW) den Oberleitungsmast unwesentlich berührt" habe. Es bleibt ungeklärt, was mit "den Oberleitungsmast berührt" gemeint ist und ob der Mast und der Reaktorbehälter unbeschädigt sind.

Erinnert ihr euch daran, wie die russischen und belarussischen Atomexpert*innen diesen Sommer (2016) zuerst versicherten, der Schaden sei unwesentlich? Später stellte sich heraus, dass der Reaktorbehälter ersetzt werden musste.

http://charter97.org/en/news/2016/12/27/235754/



NuGen-Bohrungen könnten Atommüll in der Irischen See aufwirbeln - keine Debatte, keine Abstimmung, nichts

NukeNews Radiation Free Lakeland hat eine Einwendung verfasst: NuGens 40 (vielleicht auch mehr) Offshore-"Sondierungsbohrungen" würden das weltgrößte Atommülldepot aufwühlen. Die einzige Chance der Bürger*innen, Einwände zu erheben, besteht in etwas, das die Marine Management Organisation (Meeresbewirtschaftungsorganisation) leichthin als Konsultation der Öffentlichkeit bezeichnet. Über den Windpark in der Nähe von Walney Island dagegen diskutierten Gemeinderät*innen äußerst intensiv, unter anderem wegen der (völlig berechtigten) Sorge, dass dadurch radioaktive Schlämme aufgewühlt werden könnten.

https://mariannewildart.wordpress.com/2016/02/06/do-not-disturb-cumbrian-nuclear-dump/

Erholungscamp für Familien in Fukushima wird weiterhin gebraucht

NukeNews Das "Fukushima Poka Poka Project" (ein "Erholungscamp" für Kinder aus Fukushima) bietet einen Ort, an dem Kinder, die vom Reaktorunfall 2011 in Fukushima betroffen sind, frei in der Sonne spielen können und Eltern offen über ihre Sorgen im Zusammenhang mit Strahlung sprechen können.

In den letzten dreieinhalb Jahren haben mehr als 700 Kinder und Eltern an dem Wochenendcamp in Inawashiro in den Bergen der Präfektur Fukushima teilgenommen. Das Erholungscamp ist für viele Eltern in Fukushima erreichbar und befindet sich an einem sicheren Ort mit geringer Strahlenbelastung.

http://www.foejapan.org/en/energy/pk_donation_2017.html

den" aus dem Wald fernhalten soll. Am 1. August entscheidet ein Gericht, dass die Abholzung des Waldes illegal war und die Baumaßnahmen eingestellt werden sollen. Und zwei aktionsreiche Wochen später ziehen sich Polizei und Sicherheitskräfte aus dem Wald zurück. 400 Menschen zerstörten die Mauer und weitere hunderte Menschen kamen die folgenden Monate zur Besetzung, so dass durch Spenden und Hilfe die Infrastruktur und das Netzwerk des Widerstands vor Ort gefestigt werden konnte.[…]

Aktuelle Lage

Am 23. Januar hat die ANDRA (Nationalagentur zur Entsorgung von radioaktivem Müll) einen Versuch gestartet, den seit 6 Monaten durch Projektgegner*innen besetzten Wald „Bois Lejuc" in ihrem Besitz zurückzunehmen. Mehrere Barrikaden wurden mittels Schaufellader und Bagger der Firma Chardot zerstört. Einen Bagger steuerte Emmanuel Hance, der Chefplaner der ANDRA für die Außenaktivitäten, persönlich.



Einige Aktivist*innen stiegen in ihre Baumhäuser in ca. 20 Meter Höhe, andere blockierten die Bagger. Der durch die ANDRA beauftragte Sicherheitsdienst (Firma EPR) versuchte die Besetzer*innen, die sich den Maschinen in den Weg stellten mit Gewalt wegzudrängen. Die ANDRA scheiterte schließlich am entschlossenen Widerstand der Aktivist*innen. Eine Aktivistin wurde durch den Sicherheitsdienst verletzt und hat sich für eine Strafanzeige entschieden.

Die Situation wird sich in den kommenden Tagen möglicherweise weiter zuspitzen!

Am 25. Januar fand vor dem Gericht in Bar-le-Duc die Verhandlung über die Räumungsklage der ANDRA gegen die Besetzer*innen statt. Am 31. Januar wurde die Klage von Einwohner*innen von Man-dres-en-Barrois gegen den durch den Gemeinderat in einer Sitzung im Frühtau im Sommer 2015 beschlossenen Tausch des Waldes der Gemeinde mit der ANDRA verhandelt – dadurch wurde sie Eigentümerin des Bois Lejuc, Voraussetzung für die Verwirklichung von Cigéo, dem Atommülllagerprojekt. Eine juristische Auseinandersetzung um die Erteilung der Rodungsgenehmigung durch die Umweltbehörde steht auch noch an. Die ANDRA scheint jedoch gewillt zu sein, sofort Tatsachen zu schaffen.

Wir freuen uns auch über dezentrale Soliaktionen!

Dieser Artikel wurde erst von John für Bure's automedia ins Englische und später von Reka ins Deutsche übersetzt und gekürzt sowie am Ende um eine Ergänzung zur aktuellen Lage erweitert.

Quellen und weitere aktuelle Infos gibts auf:

http://de.vmc.camp



Internationales Anti-Atom-Sommercamp:

Uranabbau & Reaktoren im Fokus

fb Uran ist der Stoff, der alle Aspekte der Atomenergie verbindet. Es ist der Brennstoff, der in den meisten kommerziellen Reaktoren verwendet wird, es durchläuft als Brennstoff viele Stufen der Uranspirale, steht mit vielen radioaktiven Transporten in Zusammenhang und taucht zuletzt auch bei der unmöglichen sicheren Endlagerung des Atommülls auf. Wir sind mit den Gefahren, die dieses Material birgt, auch beim Uranbergbau konfrontiert, der großflächige Zerstörung von Naturgebieten bedeutet, ebenso wie die radioaktive Belastung von Arbeiter*innen und signifikante Gesundheitsprobleme der Bevölkerung im Umfeld der Bergwerke, die oft auf indigenem Land errichtet werden. Abgesehen davon wird Uran für Atomwaffen benutzt und als abgereichertes Uran (Depleted Uranium - DU) ist es sowohl Teil von Panzerung wie auch von panzerbrechender Munition. Die Verwendung von Uran trägt mehr zur Klimaerwärmung bei, als bei ihrer Bewältigung zu helfen.

Beim internationalen Anti-Atom-Sommercamp vom 17.-23. Juli 2017 in Döbeln kommen Initiativen und Aktivist*innen gegen Uranbergwerke und weiterverarbeitende Fabriken ebenso zusammen wie Kampagnen gegen den Transport von Uran in verschiedener Form und auch gegen die militärische Komponente der Uranindustrie. Grundlagen- und Fachwissen wird geteilt, gemeinsame Aktivitäten werden entwickelt. Für Anti-Atom-Gruppen bietet dieses Zusammentreffen die Chance, interessierte Menschen zu finden, neue Unterstützer*innen zu gewinnen und mit neuen Bündnispartner*innen für den Kampf gegen die Uranindustrie in Kontakt zu kommen. Zudem werden wir einen Ausflug zum ehemaligen WISMUT-Uranabbaugebiet unternehmen, welches früher der weltweit drittgrößte Uranproduzent war. Heute verbindet sich die WISMUT-Sanierung mit massiven Greenwashing-Versuchen von Atomindustrie und Behörden, während indessen keine sichere Renaturierung der früheren Bergbau-Anlagen gelingt.

Kampf gegen Laufzeitverlängerung und AKW-Neubaupläne

In den meisten europäischen Ländern ist die Verlängerung der Laufzeit der alten kommerziellen Atomreaktoren ein aktuelles Thema. Selbst in Ländern, in denen eigentlich eine "Atomausstiegs"-Politik verfolgt wird, ist die Frage, ob alternden Atomreaktoren weitere Betriebsjahre zugestanden werden sollen, insbesondere von der Atomlobby in den Raum gestellt worden. Die Alterung ist ein großes Problem der Atomtechnologie. Aufgrund des starken Bombardements durch Neutronenstrahlung sind Atomreaktoren mit stärkerer Korrosion und damit einhergehend mit einem erhöhten Risiko von Sicherheitsproblemen konfrontiert. Eine Gefahr ist die Freisetzung von radioaktivem Material, ein anderes Problem ist der Ausfall von Sicherheitsmechanismen und dadurch verursachte Atomunfälle.

Eine ganze Reihe von Staaten, z.B. Belarus, Tschechische Republik, Finnland, Russland und Großbritannien, drängen auf den Bau neuer kommerzieller Reaktoren - obwohl zuletzt 2011 die Serie von Reaktorexplosionen in Fukushima, Japan, gezeigt hat, dass es unmöglich ist, den sicheren Betrieb dieser Technologie zu gewährleisten. Auch wenn die Befürworter*innen dieser Entwicklungen einen anderen Eindruck zu vermitteln versuchen, basieren alle diese Neubauten wieder auf den alten, sich als fehlerhaft herausgestellten Reaktormodellen. Davon abgesehen versteht unsere heutige Ge-

Australiens Pläne für ein internationales Atommülllager

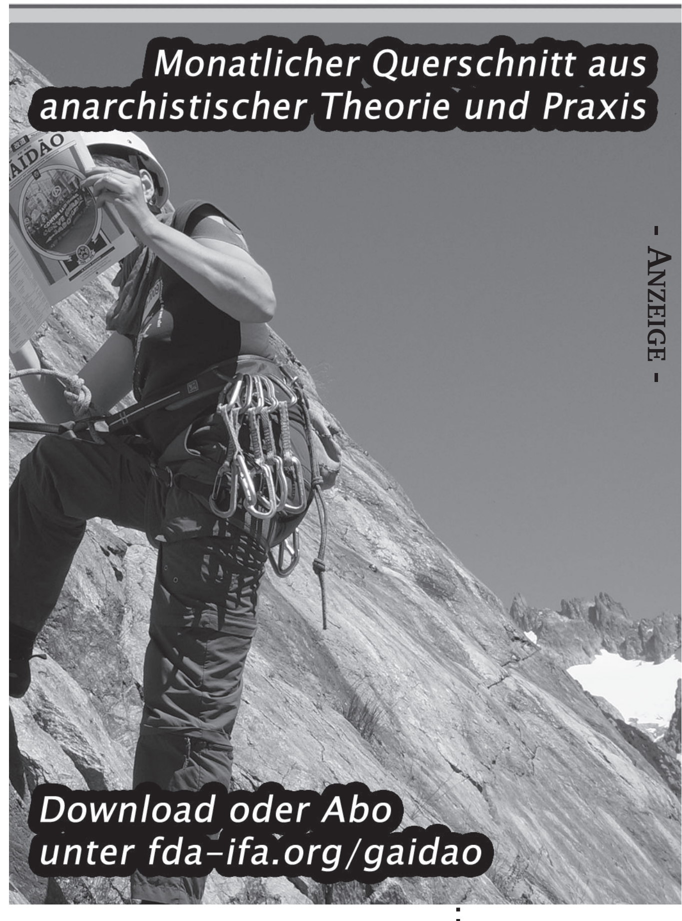
NukeNews Im März 2015 richtete der Premierminister des Bundesstaats Südaustralien als Reaktion auf das Schwächeln der Wirtschaft eine Royal Commission (eine Untersuchungskommission auf hoher Ebene) ein, die Möglichkeiten zur Ausweitung der Atomindustrie in Südaustralien erforschen sollte. Zurzeit ist die Beteiligung daran auf den Uranabbau beschränkt - Südaustralien baut etwa 75 % des australischen Uranertrags ab, und das riesige Bergwerk BHP Billiton Olympic Dam befindet sich dort.

Im Mai 2016 erstattete die Kommission Bericht: Es gibt zwar nur wenige Möglichkeiten für zusätzlichen Uranabbau, Mineralienverarbeitung oder -anreicherung oder inländische Atomkraft - aber mit Atommüll kann man Geld machen. Die Kommission empfahl, Südaustralien solle "möglichst bald" etwa ein Drittel des weltweiten hochradioaktiven Atommülls importieren, lagern und schließlich vergraben.

Die Staatsregierung führt momentan ein sehr industriefreundliches "Gespräch mit den Bürgern". Später in diesem Kalenderjahr wird sie formell auf die Empfehlungen der Kommission reagieren. An diesem Vorgang stimmt sehr vieles nicht, aber besonders besorgniserregend ist Folgendes: Für die Lieferung wichtiger Daten und wirtschaftlicher Modellierungen wurde eine Firma (die in der Schweiz ansässige MCM) unter Vertrag genommen, die vom früheren technischen Leiter von Pangea Resources gegründet wurde. Diese Gruppe stand hinter einem fehlgeschlagenen Versuch, in den 90er Jahren ein internationales Atommülllager in Australien einzurichten. Es überrascht nicht, dass die ökonomischen Annahmen der Royal Commission undurchsichtig und höchst optimistisch sind.







sellschaft aber immer mehr, dass keine Basis für optimistische Erwartungen hinsichtlich der Hinterlassenschaften der Atomindustrie besteht. Obwohl es nirgendwo auf der Welt eine sichere Lösung für den radioaktiven Müll gibt, mit dem in Zukunft umgegangen werden muss, werden Laufzeitverlängerungen und der Bau neuer Reaktoren die Menge an Atommüll noch einmal massiv erhöhen.

Das internationale Anti-Atom-Sommercamp lädt Aktivist*innen und Organisationen, die gegen neue AKW-Bauten und die Laufzeitverlängerung von Altreaktoren kämpfen, ein, ihre Erfahrungen auszutauschen, über die aktuelle Situation in ihren Regionen zu informieren und Möglichkeiten zu finden, wie die Bewegungen gegen diese verrückten Entwicklungen gestärkt werden können.

Informationen zum Camp

Im Dreieck zwischen den sächsischen Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz wird das internationale Anti-Atom-Sommercamp 2017 stattfinden, zu dem wir Anti-Atom-Aktivist*innen, Organisationen und interessierte Menschen aus verschiedenen Regionen Europas und darüber hinaus erwarten. Es ist unser Eindruck, dass in den letzten paar Jahren ein solches internationales Anti-Atom-Zusammentreffen fehlte, um Erfahrungen und Wissen auszutauschen, strategische Diskussionen zu führen und das Netzwerk von Gruppen und Organisationen im Anti-Atom-Bereich zu stärken. Daher haben wir - Anti-Atom-Aktivist*innen aus unterschiedlichen europäischen Regionen - uns entschlossen, diese Veranstaltung vorzubereiten. Das Sommercamp wird die Möglichkeit bieten, sich mit interessierten Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt zu treffen, um neue Kampagnen und Projekte vorzubereiten, Aktionen durchzuführen und um mehr über Anti-Atom-Themen zu erfahren. Davon abgesehen möchten wir mit dem Sommercamp den Rahmen schaffen, um sich in ruhiger Umgebung besser kennenzulernen.

Das Camp wird Fähigkeiten vermitteln, Workshops, Vorträge und Dokumentationen umfassen, außerdem gibt es eine Exkursion zu den stillgelegten WISMUT-Uranabbauen sowie Möglichkeiten für öffentliche Aktionen. Anti-Atom-Expert*innen sowie Organisator*innen und Aktivist*innen werden ihr Wissen mit Euch teilen. JedE ist herzlich eingeladen, selbst Workshops oder Präsentationen zu den Themen anzubieten, in denen sie*er aktiv ist. Wir hoffen, dass möglichst viele Teilnehmer*innen über die Kämpfe gegen Atomkraft bzw. über die Atompolitik in ihren Regionen berichten werden. Dieses Treffen wird eine Plattform sein, um über aktuelle Auseinandersetzungen, bevorstehende Kampagnen und Aktionen zu diskutieren und diese zu unterstützen. Es wäre schön, wenn Ihr Eure eigenen Themen in das Camp einbringen würdet.

Einen besonderen Fokus setzen wir auf die zwei bereits benannten Themenschwerpunkte, denen wir für diese Veranstaltung große Bedeutung zurechnen und die uns nützlich erscheinen, um aktuelle Kampagnen und Projekte im Kampf gegen die Atomkraft zu unterstützen: Uran als der Stoff, der viele bedeutende Aspekte der Atomindustrie verknüpft, und die derzeitigen Versuche der Atomindustrie, Reaktorlaufzeiten zu verlängern oder gar neue Atomkraftwerke zu bauen. Wir werden insbesondere mit Gruppen in Kontakt treten, die in diesen Feldern bereits aktiv sind, so dass Ihr davon ausgehen

CZ: Plattform gegen ein Tiefenendlager

NukeNews In der Tschechischen Republik existieren zurzeit (seit Mai 2016) 9 mögliche Standorte für ein tiefengeologisches Endlager. An den meisten dieser Standorte lehnen die Anwohner*innen ein Endlager ab. Am 4. Oktober 2016 wurde die "Platform against Deep Repository" (Plattform gegen ein Tiefenendlager) gegründet, der im Dezember 2016 28 Gemeinden und NGOs angehörten. Weitere Informationen gibt es in Callas Presseerklärungen unter

http://calla.cz/index.php?lang=eng&path=e_energy





könnt, mehr über Hintergründe, Strategien und Möglichkeiten der Intervention zu erfahren. Das Anti-Atom-Sommercamp soll diese Gruppen unterstützen, indem sie hier ihre Arbeit bekannter machen, die Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren verbessern und neue Unterstützer*innen für ihre Kampagnen finden können.

Das Anti-Atom-Sommercamp wird auf der Streuobstwiese des Projekthauses in Döbeln stattfinden. Hier gibt es Platz für eigene Zelte; einige größere Gruppenzelte und Pavillions werden außerdem aufgestellt. Eine Außenküche wird zur Essensversorgung und als Treffpunkt für Gruppenbesprechungen den Mittelpunkt des Camps bilden. Zusätzlich zu den vorhandenen Sanitäranlagen des Projekthauses wollen wir weitere Komposttoiletten und eine Solardusche errichten. Das Camp soll familienfreundlich sein und Aktivist*innen ermöglichen, gemeinsam mit ihren Kindern teilzunehmen. Wir werden unser Bestes tun, um Unterstützung für möglichst viele Sprachen, basierend beispielsweise auf (selbstorganisierten, nicht-professionellen) Flüsterübersetzungen, zu organisieren. Wir bitten darum, keine Hunde zum Camp mitzubringen.

Anti-Atom-Aktionssommer

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es im Anti-Atom-Bereich dieses Jahr wieder einige Events mit internationaler Ausrichtung geben wird, die wir gern verknüpfen wollen. Mit einzelnen Veranstalter*innen stehen wir bereits in Austausch, aber auch innerhalb unserer Orgagruppe steht noch die konkrete Ausgestaltung zur Diskussion. Ganz sicher wollen wir ermuntern an verschiedenen Veranstaltungen teilzunehmen, um damit zu einer größeren Vernetzung beizutragen. Wir überlegen auch noch, in unserer bevorstehenden Mobilisierung mit Flyern dazu aufzurufen, auch an den anderen Events teilzunehmen. Mehr dazu wird voraussichtlich im nächsten grünen blatt zu lesen sein.

Auf einige Anti-Atom-Veranstaltungen wollen wir hier kurz schon aufmerksam machen. Sofern vorhanden, sind mehr Informationen, insbesondere Links zu den entsprechenden Internetseiten, in der Terminrubrik vom Nuclear Heritage Network zu finden: http://upcoming.nuclear-heritage.net

Im Telegrammstil einige größere Anti-Atom-Events: Temelín-Konferenz in München (25. März), Anti-Atom-Frühjahrskonferenz in Göttingen (31. März - 2. April), Nuclear Energy Conference in Linz (25. April), Kulturelle Widerstandspartie im Wendland (2. Juni), Anti-Atomwaffen-Aktionswoche am Fliegerhorst Büchel (10.-17. Juni), Floßtour gegen Atomtransporte von Trier nach Köln (9.-26. Juni), Menschenkette gegen Atomkraftwerke via Tihange - Lüttich - Maastricht - Aachen (25. Juni), Internationale Woche gegen Atomwaffen am Fliegerhorst Büchel (12.-18. Juli), e-Ventschau-Benefit-Open-air für die Opfer von Tschernobyl und Fukushima im Wendland (28.-29. Juli), internationalistisches Anti-Atom-Camp in Gedelitz (7.-16. August), französisches Anti-Atom-Camp (August), Aktionscamp in Bure (12.-15. August). Nicht zu vergessen zwei Gipfeltreffen der Herrschenden, wo auch Atomkraft eine Rolle spielt: das G20-Treffen in Hamburg (7.-8. Juli) und die COP23-Klimakonferenz in Bonn (6.-17. November).

Deine Unterstützung wird gebraucht!

Wir wollen vielen Menschen die Teilnahme möglich ma-

Stilllegung im AKW Nowoworonesch

NukeNews Der dritte Block des Atomkraftwerks Nowoworonesch, der seit 1971 in Betrieb war, wurde endlich abgeschaltet. Mitarbeiter*innen des AKW bereiten ihn für den Stilllegungsprozess vor. Der Block soll als Pilotprojekt zur Verwendung von Technik bei der Stilllegung von WWER-440-Reaktoren dienen.

Weitere Informationen:

https://rg.ru/2016/12/26/reg-cfo/energoblok-novovoronezhskoj-aes-ostanovlen-navsegda.html



Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net

Internationales Sommercamp gegen Atomkraft 2017 findet in der BRD statt

fb Entgegen der Ankündigung im letzten grünen blatt wird das internationale Sommercamp gegen Atomkraft 2017 nicht im Juni in Polen, sondern vom 17. bis 23. Juli in Döbeln, Deutschland, stattfinden. Organisatorische Änderungen haben zu dem Entschluss geführt, das Treffen einen Monat später und in Sachsen zu veranstalten. Die neue Situation bewirkt, dass es etwa eine Woche nach den G20-Protesten am Wochenende nach dem 7. Juli beginnt. So haben Aktivist*innen und andere Besucher*innen der Demonstrationen in Hamburg eine Woche Zeit sich zu erholen, um danach vielleicht am internationalen Sommercamp teilzunehmen.

Die Woche zwischen den G20-Protesten und dem Sommercamp brauchen wir jedenfalls auch zur Vorchen - dazu soll sprachliche Unterstützung angeboten werden und auch Menschen mit Kindern der Raum gegeben werden, um dabei sein zu können. Gleichzeitig müssen wir die Kosten gering halten, denn es gibt keine externe Förderung für das Zusammentreffen, das wir hier organisieren. Wir stellen uns vor, dass die Teilnehmer*innen sich gegenseitig unterstützen, indem sie z.B. bei sprachlichen Problemen (Campsprache wird Englisch sein) helfen - das könnten Flüsterübersetzungen während Vorträgen oder Workshops sein, aber auch durch Erklärungen im Alltagsgeschehen passieren. In Einzelfällen kann es auch sinnvoll sein, direkte Übersetzungen von Vorträgen, z.B. aus dem Deutschen ins Englische, vorzunehmen.

Wir suchen Leute, die anbieten mit bestimmten Sprachen beim Camp auszuhelfen.

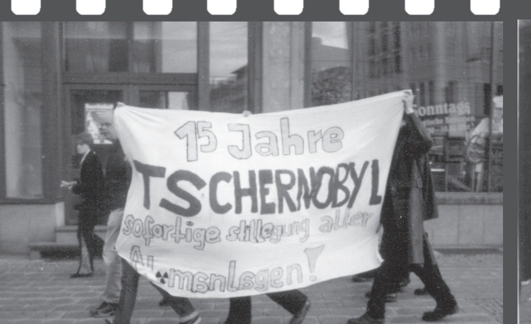

Foto: Falk Beyer

Ein familienfreundliches Camp zu organisieren ist für viele Beteiligte etwas Neues. Wir wollen unser bestes versuchen, trotz der beschränkten Möglichkeiten, die der Streuobstgarten bietet, Raum hierfür zu schaffen. Dazu brauchen wir sowohl noch Anregungen als auch Menschen, die entsprechende Angebote für jüngere Teilnehmer*innen machen möchten und bereit sind, einen Teil ihrer Zeit während des Camps für die Unterstützung von Teilnehmer*innen mit Kindern bereitzustellen.

Auch inhaltlich ist das Nuclear Heritage Network Gathering - das Sommercamp fällt in die Reihe der für gewöhnlich alljährlich veranstalteten Netzwerktreffen - ein Mitmachcamp. Wir werden keine externen Referent*innen beauftragen, uns mit thematischen Inhalten zu versorgen. Ganz im Gegenteil meinen wir, dass ausreichend Know-How und Erfahrungen in der Anti-Atom-Bewegung vorhanden sind, so dass wir darauf setzen, dass aktive atomkraftkritische Menschen ihr Wissen mit anderen auf dem Camp teilen, aber auch selbst teilnehmen wollen. Einiges davon kann sich spontan ergeben, aber wir wollen auch bereits jetzt ein Programm entwerfen, das weitere Menschen zur Teilnahme motiviert und einen ergebnisreichen Austausch ermöglicht. Schwerpunkt des Camps werden zwar die bereits genannten zwei Themen sein, daneben wird es aber auch Präsentationen und Vorträge zur Atomkraft in den Gegenden, aus denen Teilnehmer*innen kommen, geben und wir wollen auch inspirierende Berichte vom Widerstand in besonderen Regionen im Programm haben - beispielsweise der Kampf gegen das geplante Atomklo in Bure, Frankreich, der Widerstand gegen die Atomkraft im Wendland oder die Aktionen gegen den AKW-Neubau in Pyhäjoki, Finnland. Skillsharing, also die Selbstermächtigung der Beteiligten zu politischem Handeln, soll im Camp durch Workshops zu Aktionstechniken, Öffentlichkeitsarbeit, Projektmanagement und mehr stattfinden. Deine Beiträge zu diesem Programm sind also wichtig - melde dich bei uns, wenn du zu speziellen Anti-Atom-Themen berichten oder praktische oder organisatorische Kompetenzen vermitteln möchtest.









Die Verpflegung des Camps wird grundsätzlich vegan sein und auf ökologischen Nahrungsmitteln basieren, um möglichst vielen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Wer Nichtveganes braucht, sollte dies selbst mitbringen und mit den anderen Teilnehmer*innen abklären, damit es zu keinen Irritationen/Verwechslungen kommt. Natürlich wird auch auf Allergien und Lebensmittelunverträglichkeiten Rücksicht genommen. Es wird eine kleine Gruppe von erfahrenen Leuten geben, die das Kochen koordinieren, doch beim Schnippeln und Zubereiten sowie Abwaschen sind alle Teilnehmer*innen gefragt.

Da für diese Veranstaltung, bei der wir mit 60-100 Teilnehmer*innen rechnen, noch einiges an Infrastruktur aufzubauen ist, wird aktive Hilfe beim Aufbau des Camps gebraucht! In der Woche vor Campbeginn, also vom 10.-16. Juli, sind u.a. noch einige Komposttoiletten zu bauen, eine Solardusche soll konstruiert werden und auch für das Aufstellen der Großzelte werden helfende Hände benötigt. Nach Campende ab 24. Juli wird auch beim Abbau und Aufräumen Unterstützung gebraucht.

Mitmachen bei der Vorbereitung

Schon jetzt laufen natürlich die Vorbereitungen zu diesem internationalen Zusammentreffen. Wir benutzen dazu digitale Medien, u.a. Mailingliste, Voice-over-IP-Konferenzen, Etherpads und ein Trelloboard. Etwa einmal im Monat tauschen wir uns in einer Skype-Konferenz aus. Zu verschiedenen Arbeitsbereichen wurden Gruppen eingerichtet, die sich z.B. mit der Kommunikation mit Interessent*innen, Öffentlichkeitsarbeit, Übersetzungen, Aktionen, Küche und Infrastruktur befassen.

Damit auch Menschen aus anderen Ländern mit geringen finanziellen Möglichkeiten teilnehmen können, wollen wir versuchen, Reisekostenunterstützung aufzutun - dazu müssen Organisationen und Stiftungen angefragt werden, was die derzeitige Orgagruppe kaum leisten kann. Um ein möglichst gutes Programm mit Austauschmöglichkeiten und Potenzial für Kooperationen und Unterstützung von Anti-Atom-Kämpfen zu bieten, wollen wir entsprechende Gruppen und Initiativen gezielt ansprechen und zur Mitwirkung einladen. Diese und weitere organisatorische Aufgaben erfordern mehr Unterstützer*innen in der Vorbereitung... Wir freuen uns auf deine Beteiligung!

Kontakt

Wenn du teilnehmen oder mithelfen möchtest, wende dich telefonisch an uns unter *03431/5894177* oder schreibe eine E-Mail an: *summercamp@nuclear-heritage.net* Postalisch ist die Orgagruppe unter *Nuclear Heritage Network, Am Bärental 6, 04720 Döbeln* erreichbar.

bereitung des Camps - Hilfe ist sehr willkommen! Bitte gebt vorher Bescheid, wenn ihr euch an der Vorbereitungswoche beteiligen möchtet! Ihr könnt schon euer Zelt aufstellen und euch hier nach den Großdemos in Hamburg entspannen, bevor ihr an unserem Camp teilnehmt. Rechnet bitte damit, dass die Infrastruktur noch nicht auf zahlreiche Besucher*innen eingestellt ist - die sanitären Einrichtungen sind beschränkt, und auch die Lebensmittelversorgung in der Vorbereitungswoche muss organisiert werden!

Bitte kontaktiert uns unter:
summercamp@nuclear-heritage.net

Weitere Informationen gibt es unter:
http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Anti-nuclear_summer_camp_2017

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadlines: 26. März 2017, 18. Juni 2017
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit vier Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zu den nächsten Ausgaben der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 26.03.2017 bzw. 18.06.2017 schicken.





Kanadische Was haben die

Weltklimagipfel in Bonn vom 6.-17. November 2017

NukeNews Weil dort der Fahrplan für die kommenden Jahrzehnte der Atomindustrien festgezurrt wird, planen wir vielfältige Proteste. Das internationale Bündnis "Don't nuke the climate!", das erfolgreich gegen den Weltklimagipfel in Paris 2015 protestiert hat, startet gerade eine neue Kampagne.

DemnäXt mehr unter:

http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=14456

CZ: Ministerium setzt DIAMO einjährige Frist

NukeNews Unter dem Druck von Anwohner*innen in Brzkov setzte das Umweltministerium dem Staatsunternehmen DIAMO eine einjährige Frist (bis zum 30. Juni 2017), um die fehlenden Dokumente zu beschaffen, die für einen Antrag auf die Erweiterung der geschützten Lagerstätte (CHLÚ) in Brzkov-Horní Věžnice notwendig sind. Die CHLÚ bedeutet einen weiteren Schritt in Richtung Uranabbau und ein Hindernis für die Entwicklung der Gemeinde. Dem ursprünglichen Zeitplan zufolge hätte die Erweiterung der CHLÚ schon August 2015 beendet sein sollen, was aber nicht geschah. Zu den fehlenden Dokumenten gehört auch die Neuberechnung der Uranreserven anhand einer neuen geologischen Untersuchung. Im Dezember 2016 erklärte DIAMO, es werde keine neuen geologischen Untersuchungen durchführen, um die genaue Menge der Uranreserven in der Lagerstätte Brzkov-Horní Věžnice festzustellen. Stattdessen wird das Unternehmen die Reserven einfach neu berechnen und dann die vorhandene CHLÚ um etwa das Sechsfache erweitern können. Lokale Gemeinden, Landbesitzer*innen und die Gruppe "Unsere Zukunft ohne Uran" (vertreten durch einen Rechtsanwalt) sind anderer Meinung und werden sich weiterhin wehren.

reka Der kanadische Export des dreckigen Tar Sands-Rohöl zu Raffinerien in Europa ist in den letzten Jahren stetig gewachsen, dank der konzernfreundlichen Politik der EU-Kommission und dem damit einhergehenden Versuch sich unabhängiger von den russischen Ölimporten zu machen. Mit den geopolitischen Entwicklungen der letzten Jahre sind die Beziehungen zu Russland immer schlechter geworden und durch Wirtschaftssanktionen, den Krieg in Syrien und den Ukraine-Konflikt stark belastet. Deshalb ist der Bedarf für andere Ölquellen in Europa stark gestiegen. Dadurch sind die europäische Politik und Wirtschaft mitverantwortlich für die kontinuierliche Naturzerstörung in Nordamerika und die damit einhergehende Unterstützung des größten Einzelverursachers des Klimawandels.

Die Zahlen der US Energy Information Administration (EIA) zeigen, dass die Verschiffung von Rohöl in den ersten neun Monaten 2015 um 73 % gestiegen ist.[1] Während die EIA keine genaue Aufschlüsselung der verschiedenen Rohöltypen angibt, sagen Analyst*innen, dass diese Transporte sehr wahrscheinlich einen hohen Anteil der Tar Sand-Öle beinhalten.

„Fast alles Rohöl was aus den USA über Kanada exportiert wird, ist höchst wahrscheinlich ursprünglich von den Tar Sands," meint Shelley Kath, eine unabhängige Analystin des National Resource Defence Council (NRDC) in den USA. „Das ist eine sehr sichere Annahme, weil es sich um den größten Produktionsort handelt und es genau der Rohöltyp ist, der Probleme hat (andere) Märkte zu finden."

Theoretisch hindern Gesetze die USA am Export ihres Rohöls nach Europa, aber um das zu umgehen wird das kanadische Tar Sands-Öl seit 2014 einfach direkt von Kanada exportiert, unter anderem an Länder wie Italien, Spanien und die Niederlande.



Der NRCD erwartete schon 2014, dass die Tar Sand-Importe nach Europa von 4.000 Barrel pro Tag (BpT) auf 700.000 BpT steigen könnten, wenn die EU nicht eingreift. Diese Steigerung der Rohölimporte ab 2014 geschah nicht zufällig. Im Zusammenhang mit den CETA-Verhandlungen hat die EU-Kommission auf kanadischen Druck hin beschlossen, die Tar Sands-Importe nicht entsprechend ihrer hohen Treibhausgasintensität zu reglementieren.

Daraufhin haben nun die Transporte des Rohöls nach Europa zugenommen. Das hat wiederum den Ausbau der Transportinfrastruktur wie Pipelines in Kanada zur Folge und ist für die dortige Natur inklusive der Menschen extrem gefährlich.

Laut einem Bericht des Beratungsunternehmens Mathpro wurden bereits über zwei Drittel der Ölraffinerien



Tar Sands? mit uns zu tun?

in Europa aufgerüstet, um das Rohöl der Tar Sands verarbeiten zu können.[1] Konkret bedeutet das, dass 71 der 95 europäischen Raffinerien inzwischen schweres oder bearbeitetes Rohöl weiter verarbeiten können, was ein Anzeichen dafür ist, dass die europäische Industrie einen bevorstehenden Wandel an Rohölimporten erwartet.

Eine weitere Studie der NRDC prognostiziert, dass bis 2020 zwischen 5,3 % und 6,7 % des europäischen Rohöls sowie Transportkraftstoffe aus Nordamerika kommen werden. Diese Zahl ist 30 Mal höher als die von der EU erwartete, als sie ihre Versuche aufgab, die Ölkonzerne für ihre Treibhausgasemissionen verantwortlich zu machen.[2]

Ein weiteres Beispiel für den steigenden Export dreckiger Energieträger nach Europa ist Fracking. Durch den amerikanischen Fracking Boom ist der US-amerikanische Gasmarkt inzwischen so übersättigt, dass die Preise dort sinken und nur noch ein Drittel des europäischen Wertes haben. Dieses Überangebot in den Vereinigten Staaten und die Nachfrage in Europa wiederum haben zur Folge, dass wie auch bei den Tar Sands weitere gefährliche Pipelines gebaut werden, die Mensch und Natur gefährden, und nur der Gewinnmaximierung der großen Konzerne dienen. Bereits diesen Winter werden die ersten Tanker mit verflüssigtem Frackinggas aus Louisiana nach Europa starten. Außerdem gaben beide, das amerikanische Energieministerium und die kanadische Regierung, einer Firma in Nova Scotia (an der Ostküste Kanadas) die Lizenz Gas aus den USA zu importieren. Das ist nur eines vieler solcher geplanter Projekte.[3]

Da wir hier in Europa wohl oder übel auch die Konsument*innen dieser dreckigen und zerstörenden Energieträger sind, ergibt sich daraus auch eine Verantwortung zum Widerstand. Beispielsweise auf den Tankern, den Raffinerien und so weiter.

Das Handeln kanadischer Tar Sands-Konzerne in Europa

Der kanadische Energiekonzern Enbridge Inc. hat beispielsweise die Auktion um eine Beteiligung an dem Projekt Hohe See des Konzerns EnBW gewonnen, eine von Europas größten Offshore-Windkraftanlagen.

Nach Fertigstellung soll Hohe See ca. 2 Milliarden Euro gekostet haben und genug Energie für 560.000 Haushalte produzieren. Das stärkt Enbriges Einfluss auf die boomende europäische Offshore-Industrie, denn der Konzern besitzt bereits 24,9 % Anteile an E.ONs Rampion Projekt sowie an einer strategischen Partnerschaft mit Frankreichs EDF.

Europas klamme Versorgungsbetriebe sind so abhängig von externen Geldern für ihre Offshore-Anlagen, da sie meist mehr als 1 Milliarde Euro an Investment pro Projekt benötigen. Das Loch wird dann auf der Suche nach geregelten Einnahmen durch auswärtige Investoren und eigene Pensionsfonds gestopft.[4]

Auf diese Weise versucht Enbridge Inc. einerseits sein Geschäft weniger abhängig von der Tar Sands-Branche ab 2019 zu machen und andererseits wird durch solche Investitionen das Mono-

Kanada: AKW Pickering

NukeNews Der Bau des AKW Pickering begann in den 60ern, der Betrieb 1971. Die aktuelle, schon einmal verlängerte Betriebsgenehmigung läuft 2018 aus. Das Energieversorgungsunternehmen OPG versucht sie jedoch wiederum verlängern zu lassen, jetzt bis 2028. Die aktuelle Lizenzierung der Kanadischen Kommission für nukleare Sicherheit sieht vor, dass die Reaktoren von Pickering bis 2050 inaktiv gelagert werden, 2051 der Abbau beginnt und die Reaktoren 2065 aus der Überwachung entlassen werden. Der Antrag des OPG auf eine Verlängerung bis 2028 basiert auf der Tatsache, dass zwischen 2020 und 2024 vier Reaktoren in Darlington und Bruce geschlossen werden sollen. Eine Verlängerung der Laufzeit eines AKW so nah an Kanadas größter Stadt TORONTO ist jedoch nicht nur riskant, sondern auch teuer und unnötig: Aus Quebec ist viel billigere Wasserkraft für nur 5 c/KWH erhältlich, während die Sanierungskosten bei ca. 18 c/KWH liegen.



Lagebericht zur polnischen Atompolitik

NukeNews Beim Atomenergieprogramm für Polen (PPEJ) gab es 2016 kaum konkrete Entwicklungen. Von PGE EJ1 (einem im Besitz des Staates befindlichen Investor) in Auftrag gegebene Standort- und Umweltanalysen, die vor einigen Monaten begonnen haben, machten nur sehr wenige Fortschritte. PGE EJ1 erklärt, sie würden 2017 abgeschlossen werden. Es könnte jedoch zu aktiver Opposition von einigen der lokalen Gemeinden kommen.

Es war gesetzlich vorgeschrieben, dass das PPEJ Mitte 2016 überprüft werden sollte; das geschah aber erst im Oktober. Statt den Nutzen des konventionellen Atomprogramms (das nominell bis heute gültig ist) zu überdenken, schlug die polnische Regierung im Entwurf einer nationalen "Entwicklungsstrategie", einem Strategiepapier des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung, vor, zusätzlich völlig neue Nukleartechnik einzuführen: Hochtemperaturreaktoren, sogenannte HTRs.

Als modulare Kleinreaktoren würden sie zusätzlich eingesetzt und von Anlagen der petrochemischen Industrie betrieben werden. Zuerst müsste aber ein Reaktorprototyp entwickelt werden, den man gern bis 2030 sehen möchte.

Tatsächlich erreichte das Landeszentrum für Nuklearforschung (NCBJ) ein entsprechendes Papier (eine Absichtserklärung) über eine Kooperation mit dem britischen Konsortium "U-Battery" über Entwurf und Bau eines solchen Prototypen. Wie diese Vorschläge über Reaktoren bezüglich der im PPEJ vorgeschlagenen Reaktoren, Ziele, Zeitpläne usw. einzuordnen sind, ist völlig ungeklärt, während die Autor*innen der "Strategie" offenbar nicht die Absicht haben, diese Punkte zu klären.

pol der großen Energiekonzerne gestärkt, welche den Ausbau dezentraler, regenerativer Energieversorgung in Bürgerhand verhindert.

Enbridges Präsident Monaco meint, dass einige große Ölkonzerne in den kommenden Jahren weiter in neue Tar Sands-Projekte investieren würden, gleichzeitig geht Monaco aber auch davon aus, dass sich viele Energieproduzenten zu flexibleren und weniger teuren Projekten hinwenden würden, da die Gewinnung der Tar Sands ein sehr teures Verfahren und bei so niedrigen Ölpreisen wie im Moment viel weniger gewinnbringend sei, im Vergleich zur normalen Ölgewinnung. Beipielsweise sei laut Monaco gerade ein guter Zeitpunkt, um in Wind- und Solarprojekte in Alberta zu investieren, besonders nachdem die dortige Regierung einen neuen Klimawandel-Plan angekündigt hätte, welcher eine wirtschaftsweite Steuer auf Treibhausgasemissionen vorschlüge und erneuerbare Energien unterstütze.

Monaco kündigte außerdem an, dass sie 750 Millionen kanadische Dollar in das britische Rampion Offshore Wind Project investieren würden.

Gleichzeitig setzt der Konzern den umweltgefährdenden Ausbau der Pipelines fort, um die Tar Sands-Abbaugebiete mit den amerikanischen Raffinerien zu verbinden.[5]

Weitere große Konzerne im dreckigen Tar Sands-Geschäft sind z.B. BP Royal Dutch Shell und ExxonMobil. Der europäische Lobbyverband der hier weiterverarbeitenden Raffinerien ist FuelsEurope.[6]

Was können wir tun?

Was können wir in Solidarität mit den Kämpfenden in Nordamerika den größten Einzelverursachern des Treibhauseffekts der Welt entgegen setzen?

Werde aktiv in deiner Region und veranstalte Soli-Aktionen vor der amerikanischen und kanadischen Botschaft sowie den Konzernfilialen. Nehme die beteiligten Banken, Konzerne und die Raffenerien ins Visier, beispielsweise mittels Lock-Downs an Büros, Sit-Ins, Besetzungen, Blockaden, Demos, Massenmails und Störungen von Sitzungen.

Jetzt gerade sind Menschen überall auf der Welt dabei gegen genau die gleichen Konzerne zu kämpfen. Es geht darum, dass die Rechte der Indigenen und die Rechte der Erde von den Konzernen und ihrer Profitgier verletzt werden. Es geht um den Kampf gegen das kapitalistische System, d.h. Konzerne und Banken, die diese Verletzungen weltweit fördern. Also auf, aus Wut wird Mut für viele widerständige Aktionen! Helft den Kampf gegen die Ölkonzerne auch hier in Europa zu führen!

Weitere Informationen gibt es auf unserer Kampagnen-Homepage:

https://tar-sands.info

Fußnoten:

1 http://www.transportenvironment.org/sites/te/files/FoEE_TE_03_Final_Project_Report_091015.pdf

2 https://www.theguardian.com/environment/2015/dec/08/tar-sands-alarm-as-us-crude-exports-to-europe-rise

3 http://www.wbur.org/cognoscenti/2016/03/09/kinder-morgan-northeast-energy-direct-pipeline-opposition-fred-hewett

4 http://business.financialpost.com/news/energy/enbridge-inc-to-buy-stake-in-enbw-offshore-wind-park-project-reports

5 http://www.nationalobserver.com/2016/02/19/news/enbridge-wants-break-its-oilsands-addiction

6 http://www.reuters.com/article/us-energy-eu-canada-tarsands-idUSKCN0HW0YS20141007

Stop the Tar Sands!





Der Widerstand gegen die Tar Sands-Industrie in Nordamerika

reka Ein stetig wachsendes Netz aus Pipelines verläuft von dem Abbaugebiet in Alberta zu den Küsten und in den Süden, um die Tar Sands zu weiteren Verarbeitungsorten zu transportieren. Der Widerstand gegen die Tar Sands-Industrien konzentriert sich wiederum vor allem gegen die Pipelines, die das gewonnene Erdöl quer durch den Norden des nordamerikanischen Kontinents transportieren. Denn diese kreuzen das Land und somit die Lebensgrundlage der jeweiligen lokalen Bevölkerungen, wie Landwirte, Fischer usw. und gefährden diese stark.

Da die indigene Bevölkerung immer noch hauptsächlich in Reservaten lebt und gesellschaftlich relativ ausgeschlossen ist, ist sie besonders von der Natur- und Lebensraumzerstörung durch Pipelinelecks betroffen.

Der weitere Ausbau der Tar Sands-Industrien hat bereits das Wasser der Indigenen in Alberta und darüber hinaus vergiftet und die geplanten weiteren Tar Sand-Pipelines, -Züge und -Tanker bedrohen die Wasserreserven vieler weiterer indigener Stämme in ganz Nordamerika.

Die indigene Bevölkerung ist auch auf Grund der historisch verwurzelten und bis heute praktizierten Diskriminierung und Ausgrenzung von den klimatischen und ökologischen Folgen des Klimawandels und der Zerstörung durch die Ölindustrie besonders betroffen, da sie meist vom Land leben wollen und müssen und somit auch ihre Lebensgrundlage zerstört wird. Die Zerstörung der Natur und das damit einhergehende Sterben der Pflanzen und Tiere trifft direkt in das Herz der indigenen Kulturen.[1]

Die Arten des Widerstands der Indigenen und Umweltschützer*innen gegen die Pipelines reichen von Demonstrationen, Blockaden bis hin zu Klagen vor Gericht gegen die Energiekonzerne. Im Juni 2016 hatten sie mit Letzterem unter anderem Erfolg, da das Federal Court of Appeal die bisherige Regierungsgenehmigung zum Bau der Northern Gateway Pipeline (siehe Abbildung) widerrief. Mittels dieser Pipeline sollten täglich bis zu 525.000 Barrel Tar Sands-Öl von Albertas Abbaugebieten an die nördliche Pazifikküste transportiert werden, was eine immense Gefahr für die Natur dargestellt hätte. Aber der Kampf geht weiter, denn die Konzerne klagen gegen diese Entscheidungen.[2]

Große Proteste gab es in den letzten Jahren auch gegen die geplante Keystone XL Pipeline, welche Tar Sands-Erdöl von Alberta nach Nebraska transportieren und nebenbei auch gleich gefracktes Öl aus Montana mitnehmen soll .

Nach sieben Jahren Protest wurden die Pläne der Keystone XL auf Eis gelegt,

UK: Hinkley? Worum geht es wirklich?

NukeNews Nachdem Frankreich sich endgültig für den Reaktor Hinkley Point C entschieden hatte, wollte die neue, ungewählte britische Premierministerin Theresa May das Projekt überprüfen lassen. Es ging dabei um Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit der Beteiligung Chinas. Nachdem May ursprünglich eine Entscheidung im Oktober angekündigt hatte, kapitulierte sie jedoch vor den Interessen der Atom- und Bauindustrie und gab dem Projekt grünes Licht.

Am Sonntag, 18. September, demonstrierten Anti-Atom-Gruppen in Bristol gegen diesen Entschluss. Vertreter*innen der Gruppen "SouthWest Against Nuclear" und "Stop Hinkley" sprachen sich gegen das Abkommen aus und forderten Bürger*innen auf, sich gegen diese Vereinbarung einzusetzen, die für Stromkund*innen in Großbritannien ein sehr schlechtes Geschäft bedeutet.

Inzwischen sind alle Mainstream-Medien und Wirtschaftsanalytiker*innen gegen das Projekt und fragen sich, warum die Regierung so wild entschlossen ist, es durchzusetzen. Wir wissen warum - Waffen und Atomkraft waren schon immer ein Militärprojekt und bleiben es auch.





Internationalistisches Anti-Atom-Camp & Free Flow Festival in Gedelitz im Wendland

NukeNews Vom 7.-16. August 2017 findet bei Wiese auf der Wiese ein Camp statt, zu dem weltweit Aktivist_innen und Interessierte eingeladen sind. Nicht in Konkurrenz, sondern in Ergänzung zum Camp in Döbeln, planen wir Vorträge, Diskussionen, Workshops und einen Aktionstag zu den Themen Atommüll, Atomtransporte, Uranbergbau und Menschenrechte. Unser Wunsch ist es, die Themen und Akteur_innen des Wendlands einzubeziehen und eine Vernetzung sowohl Kontinente, als auch Themen übergreifend zu erleben. Wir versuchen, Menschen von Standing Rock im Rahmen einer Tour nach Gedelitz einzuladen, als Zeichen unserer solidarischen Unterstützung und als Ausdruck gemeinsamen Kämpfens. Die Verpflegung ist mit Vokü geplant, in Ergänzung zu einer kleinen Speisekarte vom Gasthaus Wiese. Die Preise für das Camp sollen für alle erschwinglich und gestaffelt sein, Kinder zahlen niX. Am Wochenende findet das Free Flow Festival statt. Weitere Infos demnäXt auf eigener Webseite und bei der Veranstalterin, der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

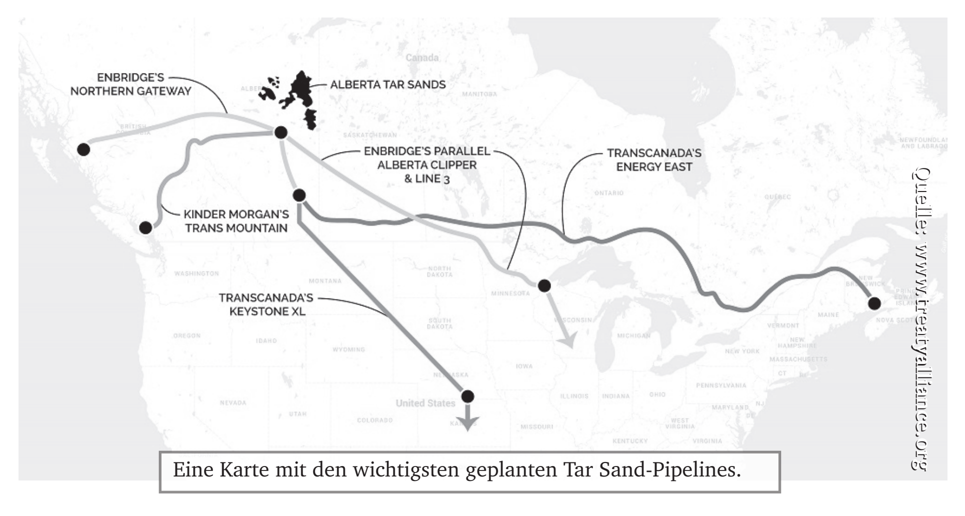
http://www.bi-luechow-dannenberg.de
https://www.beelzebubairlines.de/freeflow/

Kalifornien will letzte Atomanlage schließen

NukeNews Wie wahrscheinlich schon bekannt ist, beschloss das größte Energieunternehmen des Staates im letzten Sommer, Diablo Canyon zu schließen. Der Schließungsvorschlag wurde ab September staatlichen Regulatoren vorgelegt. Einige Gruppen haben bei der Regulierungsbehörde beantragt Diablo schon früher zu schließen als, wie

denn Obama verkündete im November 2015 das Ende der Pipeline. Dies war ein großer Erfolg für die Klimabewegung, die nun gegen weitere Pipelinepläne von TransCanada, dem Konzern hinter Keystone XL, kämpft. Der Konzern TransCanada ist dennoch zuversichtlich, dass die Pipeline noch gebaut wird, denn er reichte gegen diese Entscheidung Klage ein.

Die Kämpfe gegen die Pipelines gehen dennoch weiter. Beispielsweise gegen den Plan, die Pipeline Energy East zu bauen, welche Tar Sands-Öl 4600 Kilometer durch das Land 150 indigener Völker an die Küste transportieren würde, um es dann mittels hunderter, riesiger Tankerschiffe weiter die atlantische Küste entlang nach Texas und Louisiana zur weiteren Verarbeitung in Raffinerien zu transportieren.[3]



Eine Karte mit den wichtigsten geplanten Tar Sand-Pipelines.

Um den gemeinsamen Widerstand gegen die Ölmultis zu bündeln und zu stärken, haben sich im Oktober 2016 85 indigene Stämme zu einer Allianz zusammengefunden und ein Abkommen beschlossen, womit sie sich als rechtmäßige Verwalter ihres Landes proklamieren. Das Ziel ist, gemeinsam weitere Pipelines, Tanker- oder Zugunfälle mit Erdöl mittels Protesten gegen die Pipelines zu verhindern sowie die weitere Expansion der Tar Sands-Industrien zu stoppen, welche neben der Lebensraumzerstörung auch eine immense Gefahr für das Klima darstellen.[4]

"Wir wollen Pipelines und Infrastruktur für Menschen und Gemeinschaften – nicht für Ölkonzerne, die unser Wasser vergiften und zum Klimawandel beitragen, der unseren Planeten zerstört. Unsere indigenen Gemeinschaften brauchen saubere Wasserrohre – nicht Ölrohre."

(Winona Laduke,Native American activist and executive director of the group Honor the Earth)

"Kanada sieht sich selbst als Menschenrechtsanführer, ungeachtet der Art und Weise, wie die Regierung und die Konzerne die indigene Bevölkerung behandelt haben, zu Hause und im Ausland," meint Winona Laduke von Honor the Earth.

"Wieder einmal sehen wir jetzt bei den Auseinandersetzungen um Standing Rock, wie der kanadische Konzern Enbridge unsere Stammesmitglieder in den USA verletzt. Lasst uns nicht vergessen, dass Enbridge für die größte Inlandpipelinekatastrophe der US-Geschichte verantwortlich ist, als über 4 Millionen Liter giftige, verdünnte Teersande in den Kalamazoo Fluss in Michigan geflossen sind, und jetzt hoffen Enbridge und Kanada mit der vorgeschlagenen Pipeline 3 sogar noch mehr dieser Teersande nach Minnesota transportieren zu können. Aber diese Pipeline wird genauso wenig durchkommen."

Im Oktober 2016 gelang es Aktivist*innen die größten Tar Sands-Pipelines



von Kanada in die USA zu schließen. Durch die Aktion und die damit einhergehende zeitweilige Unterbrechung gelang es, mehr als 2 Millionen Barrel pro Tag durch die vier größten Pipelines zu verhindern.

In Minnesota nutzten Aktivist*innen Bolzenschneider an den Ventilen einer Enbridge Pipeline, die aus Alberta kommt, um den Fluss in der Pipeline zu stoppen. In Montana griffen Protestierende ebenfalls das Ventil an und schlossen so den Fluss der Pipeline, sodass die Produktion von TransCanada heruntergefahren werden musste. Insgesamt haben diese Unterbrechungen kaum einen materiellen Einfluss auf die Ölflüsse der Ölindustrie, aber der koordinierte Schlag gegen verschiedene sehr große transnationale Ölpipelines war ein gelungener PR-Coup. Die Aktionen illustrieren gleichzeitig das sich anscheinend verschlechternde gesellschaftliche Klima für die Ölkonzerne.

Die Umweltschutzbewegung hat sich weiterentwickelt und ist gewachsen. Dieser Effekt reicht deutlich bis nach Washington. Statt jahrelang zu warten, wie es beim Kampf gegen die Keystone XL Pipeline war, versuchte die Obama-Regierung das Problem des Protests gegen die Dakota Access Pipeline im Keim zu ersticken, als sie darum bat, den Bau erst einmal freiwillig einzustellen.

In Kanada erhöhen Aktivist*innen den Druck auf Prime Minister Justin Trudeau und fordern, dass er einige riesige Pipelineprojekte stoppt, die das Tar Sands-Öl von Alberta zu den internationalen Märkten, u.a. Europa und China, bringen soll.

Mit dem weiteren Ausbau fossiler Energieträger in Nordamerika gibt es keinen Mangel an Zielen für die Bewegung. Die Konzerne und ihre Investoren sollten wachsam bleiben, die Bewegung wächst und die Zeiten in denen sich Regierungen und Konzerne über die Rechte der Indigenen einfach hinwegsetzen können, ohne auf Widerstand zu stoßen, scheinen der Vergangenheit anzugehören.[5]

Weitere Nachrichten des Widerstandes: *(http://earthfirstjournal.org/newswire)*

18. Januar 2017, Alberta/Kanada: Unbekannte zerstörten mit schweren Maschinen einen Teil einer Ölfeldpipeline und verursachten damit 500 bis 700.000 Dollar Schaden. Da sich die Pipeline noch im Bau befand, kam es zu keinen Schäden der Umwelt.

29. August 2016, Montreal/Kanada: Vorzeitige Beendigung der Anhörung über die Energy East Pipeline in Montreal wegen Stürmung durch Aktivist*innen: Die Anhörung des National Energy Board (NEB) über die geplante 15,7 Milliarden Dollar Energy East Pipeline wurde abgebrochen, nachdem Aktivist*innen in den Raum gestürmt sind und die Kommissare drängten zu gehen. Dabei gab es mindestens zwei Festnahmen.

30. Juli 2016, Michigan/USA: Aktionstag gegen die Investitionen der Bank of America in Enbridge. Die Michigan Koalition Gegen Tar Sands (Michigan Coalition Against Tar Sands = MICATS) macht landesweit Aktionen, um die Bank of America unter Druck zu setzen, ihre Investitionen in den Pipelinekonzern Enbridge zu stoppen.

In East Lansing streuten Aktivist*innen Sand ins Getriebe und verlangsamten die Arbeitsprozesse, indem sie endlose Schlangen in der Bankfiliale produzierten. Dafür machten sie winzige Überweisungen an den Schaltern und stoppten so das Business-As-Usual für den Rest des Tages.

In Detroit und Ann Arbor haben lokale MICATS-Aktivist*innen Briefe zu den Bankmanagern gebracht und mit ihnen über ihre Sorgen bezüglich Investitionen in so einen tödlichen Konzern wie Enbridge geredet.

6. Juli 2016, Michigan/USA: Demonstration am Haus des Justizministers von Michigan Schuette infolge fehlenden Handelns gegen die Enbridge Pipeline Line 5.

Über 60 Demonstrierende forderten, dass Schuette sofort Enbridges Pipeline

geplant 2024. Der Richter hat sich überraschend bereit erklärt, unsere Argumente anzuhören. Die Entscheidung wird frühestens 2017 bekanntgegeben. Eine weitere Gruppe hat ein separates Verfahren angestrengt um zu erreichen, dass Diablo 2018 geschlossen wird. Im Rahmen der Schließung von Diablo veranstalteten ältere Aktivist*innen, die zum Teil schon seit Ende der 50er in Kampagnen gegen Atomkraft aktiv sind, Ende Oktober ein kurzes Treffen, um sich zu erinnern und zu feiern. Viele Atomanlagen wurden dank engagierter Personen und Gruppen, die sich hier gegründet haben, nie eröffnet. Aktivist*innen aus Südkalifornien verlangen, die abgebrannten Brennstäbe des AKW San Onofre (nahe Los Angeles), das 2013 geschlossen wurde, möglichst schnell abzutransportieren, da befürchtet wird, ihre Behälter seien nicht erdbebensicher.

Nuclear Energy Conference in Linz

NukeNews Bereits zum vierten Mal findet im April 2017 die Nuclear Energy Conference (NEC) statt, und zwar wie schon 2015 wieder in Linz. 2017 ist ein besonderes Jahr: EURATOM wird 60 und damit auch die Förderung der Atomindustrie. EURATOM ist ein Stolperstein für den europäischen Atomausstieg und damit ein Hindernis für ein atomkraftfreies Europa. 60 Jahre nach der Gründung von EURATOM ist es höchste Zeit, den EURATOM-Vertrag aufzulösen oder zumindest einer gründlichen und seit Jahren geforderten Reform zu unterziehen.

Im Rahmen der Konferenz werden sich internationale Expert_innen mit folgenden Fragen auseinander setzen: EURATOM-Mythos - Ist die Sicherheit von Atomkraftwerken in EURATOM überhaupt geregelt? EURATOM-Reform - Utopie oder Vision? EURATOM - Warum Deutschland aus EURATOM aussteigen soll. EURATOM-Ausstieg - Rechtliche Möglichkeiten. EURATOM-Kampagnen - Ein historischer Überblick über die EURATOM-Kampagnen in Österreich.

http://www.nec2017.eu



Line 5 stilllegen soll. Aktivist*innen von Earth First! hängten ein riesiges Banner zwischen zwei Bäume in Schuettes Vorgarten, worauf stand „Keine Line 5: Pipelines sind Ecocide“. Andere riefen Parolen, hielten Banner und veranstalteten eine Fake-Beerdigung für Enbridge. Am Ende der Aktion kamen über 20 Polizeiautos und erzwangen das Ende der Aktion.

Line 5 ist eine 63 Jahre alte, verdünnte, hoch giftige Tar Sands transportierende Pipeline, welche durch die Mackinac-Wasserstraße verläuft, über 5 Meilen in direktem Kontakt mit Frischwasser ist und 11 Nebenflüsse kreuzt. Studien zeigen, dass bis zu 720 Meilen Küstenlinie gefährdet wären bei einem Leck.

9. April 2016, South Dakota/USA: Das Ölleck an der Keystone Pipeline ist 89 mal schlimmer als ursprünglich angenommen.

Fast eine Woche, nachdem der Pipeline-Betreiber TransCanada einen Abschnitt mit Leck stillgelegt hat, berichtet der Konzern, dass tausende Liter Öl ausgelaufen sind, nicht weniger als 200, wie erst verbreitet wurde. Bodenuntersuchungen zeigten, dass über 16.800 Liter auf ein Feld in South Dakota geflossen sind und verdeutlichten die Gefahren durch den Transport von Öl via Pipeline. Erschwerend kommt hinzu, dass Tar Sands-Öle sogar noch schwieriger zu entfernen sind als konventionelles Erdöl.

8. März 2016, Quebec/Kanada: Aktivist*innen stören die Energy East Pipeline-Umweltanhörung in Quebec.

Quebecs Umweltanhörung musste gleich zu Beginn für ca. 15 Minuten unterbrochen werden, da Aktivist*innen sangen und Banner entrollten. Die meisten der ca. 250 anwesenden Menschen waren gegen das Projekt, buhten und stellten während der gesamten Anhörung kritische Fragen.

Der kanadische Pipelinegigant Enbridge - der Konzern hinter der Northern Gateway Pipeline, deren Betrieb von einem kanadischen Gericht Anfang des Jahres für ungültig erklärt wurde - hat im August 2016 einen Handel abgeschlossen, indem er mit seinem Unternehmen Enbridge Energy Partners für 1,5 Milliarden US-Dollar über ein Viertel der Anteile des Pipelinesystems kauften, dass ebenfalls das Dakota Access-Projekt und andere Erdölpipelines beinhaltet.[6] Da also all diese Konzerne nicht nur im dreckigen Tar Sands-Geschäft ihre Hände im Spiel haben, sondern auch beim gefährlichen Fracking und Co. gibt es nun im Folgenden einen …

… kleinen Exkurs zur #NoDAPL-Bewegung:

Den größten Widerstand gegen die Energiekonzerne gibt es bisher in North Dakota, wo bis zu 1200 Aktivist*innen, Sioux und Unterstützer*innen gegen den Bau der Dakota Access Pipeline (DAPL) protestieren. Diese soll durch das Stammesland der Sioux verlaufen, wo neben dem kulturellen Erbe der Indigenen wie heiligen Ahnenstädten auch der Missouri River, eine wichtige Wasserquelle für Millionen Menschen, durchquert werden soll.

Die DAPL transportiert gefracktes Öl, beginnt in North Dakota und verläuft durch den Missouri und Mississippi, bevor sie im Pipelineknotenpunkt in Pakota, Illinois endet. Es gibt Pläne diese dann weiter bis in den Golf von Mexiko auszubauen.

Aber auch dieses Vorhaben der multinationalen Konzerne nimmt die Bevölkerung nicht widerstandslos hin. Die Proteste gegen die DAPL sind in den letzten Monaten so gewachsen, dass es sich inzwischen um die größte indigene Mobilisierung der letzten 150 Jahre handelt, denn diese Angelegenheit hat über 200 Stämme wiedervereinigt. „Als das Seven Fire Council, was nun wieder tagt, das letzte Mal 1867 zusammen kam, besiegten sie die amerikanischen Streitkräfte in der Schlacht um Little Big Horn.“, sagt die Aktivist*in Janaya Khan. Es geht nicht mehr nur um den Schutz der Natur und Lebensräume, sondern auch um die Rechte der indigenen Bevölkerung, die durch die Politik der Konzerne und Regierungen mit Füßen getreten werden.

Ausblick

Diese Kämpfe gegen die Pipelines und Tar Sands-Industrie haben das Potenzial 2017 weiter zu wachsen, wenn beispielsweise der Kinder Morgan-Konzern die Baugenehmigung der Gerichte bekommt, die TransMountain Pipeline durch Teile Albertas und British Columbia bauen zu dürfen.

Der Konzern und die Polizeibehörden bereiten sich schon jetzt gemeinsam auf etwaige Proteste vor.

Schon jetzt gibt es Kinder Morgan gegenüber viel Kritik von den Bürgermeistern aus Burnaby und Vancouver sowie einiger First Nations, die sich nicht ausreichend in die Prozesse über das 6,8 Milliarden Projekt miteinbezogen fühlen.

Einige First Nations finden auch, dass sie ein Veto-Recht diesbezüglich haben, da es über ihr Land verläuft.

Ein wichtiger Faktor für das Wachstum dieser Protestbewegungen scheinen Social Media zu sein, denn laut einiger Industriebeobachter wie Michael Tran ist das Ansteigen der Pipeline-Proteste und ihre zunehmende Schärfe auf die vermehrte Nutzung der Social Media zurückzuführen.[7]

Ein Prozess, der einerseits global zu beobachten ist, wie beispielsweise bei den Protesten des Arabischen Frühlings oder um den Gezi-Park in Istanbul, aber gleichzeitig auch problematisch ist, da Social Media erstens überwacht und durch „Big Data“ ausgewertet werden sowie auch eine gewisse Abhängigkeit entsteht, da die Herrschenden diese Netzwerke auch einfach abschalten können, wie zuletzt in der Türkei und Ägypten geschehen.

„Es gibt einen Kampf, der überall geführt wird von Indigenen und ihren Unterstützern für einen gesunden Planeten für zukünftige Generationen. Es



geht um Wasser gegen Öl, Leben gegen Tod," sagt Grand Chief Stewart Phillip, Präsident der Union von BC Indian Chiefs.

Was können wir tun, um in Solidarität zu den Kämpfenden in Nordamerika dem größten Einzelverursacher des Treibhauseffekts der Welt etwas entgegenzusetzen? Werde aktiv in deiner Region und veranstalte Soli-Aktionen vor der amerikanischen und kanadischen Botschaft.

Jetzt gerade sind Menschen überall auf der Welt dabei, gegen genau die gleichen Konzerne zu kämpfen. Es geht darum, dass die Rechte der Indigenen und die Rechte der Erde von den Konzernen und ihrer Profitgier verletzt werden.

Es geht um den Kampf gegen das kapitalistische System, d.h. Konzerne und Banken, die diese Verletzungen weltweit fördern.

Fußnoten:

1 http://earthfirstjournal.org/newswire/2016/09/23/first-nations-and-tribes-sign-new-treaty-joining-forces-to-stop-all-tar-sands-pipelines/

2 COYOTE, Nr. 110 / Sommer 2016, S.34

3 https://www.theguardian.com/environment/2016/jul/27/us-environmentalists-take-aim-at-second-transcanada-pipeline-keystone

4 http://www.treatyalliance.org/

5 http://earthfirstjournal.org/newswire/2016/10/19/dedicated-activists-the-next-big-threat-for-north-american-oil/

6 http://www.telesurtv.net/english/news/85-Indigenous-Nations-Slam-Canadas-Role-Backing-Dakota-Access-20161102-0024.html

7 http://earthfirstjournal.org/newswire/2016/11/07/kinder-morgan-braces-for-standing-rock-type-protests/#more-52920

Atomkraft in der Türkei

PM/fb Seit fast einem halben Jahrhundert verfolgt die Türkei den Plan eine Atomindustrie aufzubauen. Ein erstes Atomkraftwerk war immer wieder im Gespräch, ist bislang aber an ökonomischen und politischen Hindernissen wiederholt gescheitert. Infolge eines verlockenden russischen Angebots für ein schlüsselfertiges AKW, scheinbar ohne Finanzierungsrisiko, erhielt die türkische Atompolitik in den letzten zehn Jahren erheblichen Aufwind.

"Die Türkei befindet sich in ihrer atomaren Geschichte an einem Scheideweg: Entweder das Land setzt auf Atomkraft, oder aber auf erneuerbare Energien und nimmt sich damit etwa die Energiewende in Deutschland zum Vorbild." Mit diesen Worten leitet das laufende Dokufilmprojekt "Nuclear Alla Turca" seine Begleitmappe zum geplanten Film über die Geschichte und Gegenwart der Atomkraft in der Türkei ein. Darin wird auch die teils makabere Atompolitik zu Wort kommen, die zwar über Jahrzehnte eher erfolglos war, aber offenbar umso überzeugter für ihr Vorhaben angetreten ist. Angesichts der gegenwärtigen aggressiven Unterdrückung kritischer Stimmen ist auch der Widerstand gegen das Atomprojekt in der Türkei schwierig.

İĞNEADA
SİNOP
AKKUYU

Übersicht der in der Türkei geplanten und in Bau befindlichen AKW.

Quelle: Filmprojekt "Nuclear Alla Turca"

Hintergrund

Das Wort "Atom" tauchte im Türkischen zum ersten Mal 1933 im Wortgebrauch in einem Zeitungsartikel auf, als ein Lehrer aus der Provinz dem Staatsgründer und ersten Präsidenten der Türkei Mustafa Kemal Atatürk seine "Neuen Atomtheorien" präsentierte. Trotz seiner Bemühungen gewann der Lehrer nicht den Nobelpreis, veröffentlichte jedoch seine "neuen" Theorien und verkündete "Das Zeitalter des Elektrons".

Nur zwei Jahre nach der "Atoms for Peace"-Rede des US-Präsidenten Eisenhower 1953 vor der UN-Vollversammlung schloss die Türkei 1955 als weltweit erstes Land eine Vereinbarung mit den USA über ein Atomenergieabkommen ab und stieg somit begleitet von massiver US-Propaganda im Inland ins atomare Zeitalter ein. Allerdings wurde die Bestrebung nach ziviler Nutzung von Atomkraft in der Türkei von der Entscheidung, US-Atomwaffen im Rahmen der NATO-Allianz während des Kalten Krieges stationieren zu lassen, begleitet. 1962 spielten die in der Türkei stationierten Jupiter-Atomraketen eine Schlüsselrolle in der Kuba-Krise zwischen der UdSSR und den USA, die die Welt fast in einen atomaren Weltkrieg gestürzt hätte. Die UdSSR war damals kurz davor die in der Türkei stationierten US-Atombomben anzugreifen, welche über ei-



ne Gesamtsprengkraft verfügten, die jene der in Hiroshima explodierten Atombombe um das 1.500fache überschritten.

In den 1960er und 1970er Jahren fing der globale Zeitgeist der zivilen Nutzung der Atomkraft auch die Türkei ein. Die Regierung begann konkrete Pläne für die Errichtung von Atomkraftwerken im Land anzufertigen und begab sich auf die Suche nach Uranvorkommen im eigenen Land. Aufgrund der zahlreichen Militärputsche in der Türkei ab den 1960ern kam das Atomprogramm jedoch immer wieder ins Stocken.

Die Türkei hat, ohne dass bis zum heutigen Tage ein eigenes Atomkraftwerk ans Netz gegangen ist, bereits eine Reihe von Vorfällen in Zusammenhang mit atomarem Müll durchlebt. So flog etwa 1999 eine illegale Mülldeponie am Stadtrand von Istanbul zur Weiterverarbeitung von radioaktiv verseuchtem medizinischen Material auf. 2012 entdeckte man in der Nähe von Izmir eine illegale Atommülldeponie in einer Fabrikanlage, und noch im letzten Jahr wurde bekannt, dass ein hoch radioaktiv verseuchtes Schiff in einer Abwrackwerft zerlegt wurde, nachdem mehrere Werftarbeiter typische Strahlenkrankheitssymptome aufwiesen.

Scheinbar unbeeindruckt von diesen Vorfällen, halten türkische Regierungen aller Couleur an ihren atomaren Plänen fest. Die Öffentlichkeit in der Türkei zu täuschen, hat eine lange traurige Tradition im Land. Während etwa 1986 "Die Wolken Tschernobyls" über all unseren Köpfen schwebten, versuchten Politiker die Risiken atomarer Strahlung runterzuspielen, indem sie behaupteten, diese hätte keine negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Die absurden Aussagen führender türkischer Politiker wie etwa "Ein wenig Strahlung ist gut für Dich!", "Radioaktiver Tee schmeckt besser!", "Strahlung ist gut für die Knochen!" oder etwa "Der Propantank in Eurer Küche ist genauso gefährlich wie Strahlung!" führen die skandalöse Verantwortungslosigkeit der politischen Führungsschicht des Landes vor Augen.

Im Zuge der militärischen Aggressionen aller Parteien im Grenzgebiet zu Syrien hatten türkische Streitkräfte am 24. November 2015 ein russisches Kampfflugzeug abgeschossen. Infolge dessen wurde im Dezember des Jahres bekannt, dass die in Kooperation mit dem russischen Staatsunternehmen Atomstroiexport betriebene AKW-Baustelle in der Türkei auf Eis gelegt wurde. Russland hatte verschiedene Sanktionen über die Türkei verhängt und am 9. Dezember war über Nachrichtenagenturen zu erfahren, dass Rosatom, zu dem Atomstroiexport gehört, die Bauarbeiten in Akkuyu gestoppt hat. Dies wurde sowohl von türkischen Behörden als auch von Rosatom jedoch dementiert.

AKW-Baupläne

Heute, knapp 40 Jahre nach den ursprünglichen Bauplänen für die Errichtung von AKW, will die regierende konservativ-islamische AKP-Partei bis 2023, zum 100jährigen Jubiläum der Türkischen Republik, insgesamt drei solche bauen. Daneben soll auch Uranabbau betrieben werden.

Das erste AKW mit vier 1.200 MW-Reaktoren vom Typ WWER-1200 wird seit 2015 in Akkuyu bei Mersin an der Mittelmeerküste errichtet, das zweite soll durch ein französisch-japanisches Konsortium in Sinop an der Schwarzmeerküste sowie vermutlich ein drittes mit chinesischer Beteiligung in Igneada nahe der bulgarischen Grenze folgen.

Die Baukosten des ersten AKWs werden nach Korrektur ursprünglicher Kalkulationen auf bis zu 25 Mrd. US-Dollar geschätzt. Wie von anderen AKW-Bauvorhaben gewohnt, sind auch die angesetzten Zeitpläne bereits mehrfach nach hinten verlängert worden.

Der Standort Akkuyu befindet sich in unmittelbarer Nähe einer aktiven Erdbebenzone, nur 25 Kilometer vom seismischen Zentrum des Ecemis-Grabens entfernt. 2013 ereignete sich dort ein Beben mit einer Stärke von 6,2 auf der Richterskala. Wenige Jahre zuvor, 1999, ereignete sich dort ein Erdbeben der Stärke 7,8. Trotzdem ist die geplante Erdbebenauslegung des Atomkraftwerks auf eine Stärke von 6,5 angesetzt worden.

Ein "Unbedenklichkeitsgutachten" zur Erdbebensicherheit des Standorts wurde 2011 von der Ingenieurskammer der Türkei (TMMOB) dafür kritisiert, dass es auf Daten aus den 1970er Jahren aufbaue, als noch keine Erkenntnisse über die Ecemis-Erdbebenspalte vorlagen, die erst seit den 1990ern seismologisch beobachtet werde.

Speziell an der russisch-türkischen Kooperation in Akkuyu ist die Umsetzung der BOO-Verkaufsstrategie von Rosatom. Um Fuß in geostrategisch für Russland relevanten Regionen fassen zu können, werden hier ökonomisch fragwürdige, aber dadurch auch sehr verführerische Konditionen geboten. BOO steht für "build, own and operate" und ist ein im Prinzip weltweit in der Atomindustrie einmaliges Verkaufskonzept für ein "schlüsselfertiges AKW". Damit bietet Rosatom an, sich über seine Tochterfirmen um alles von der Finanzierung über Bau bis zum Betrieb zu kümmern. Nur den Strom sollen dann die Kund*innen bezahlen... und voraussichtlich notwendige Infrastrukturmaßnahmen, Entsorgung etc. Dafür wird zukünftig aber auch russisches Uran für die Reaktoren importiert. Der türkische Energieversorger TETAS wurde verpflichtet einen auf 15 Jahre fixierten Festpreis pro Kilowattstunde für den Großteil des produzierten Stroms zu zahlen. Der Rest wird vom AKW-Betreiber selbst vermarktet. Auf diese Weise ist das Risiko für Rosatom doch gar nicht so hoch und es besteht die Aussicht auf Profite, wenn sich die Strompreise über dem Festpreis ent-



wickeln sollten - und die Baukosten im geplanten Rahmen bleiben. Falls nicht, soll die garantierte Zahlung zumindest Verluste vermindern.

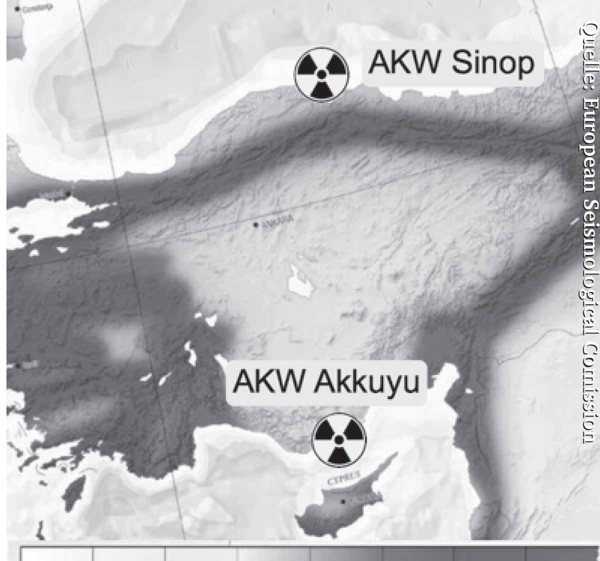
Das Abkommen mit Rosatom für das AKW in Akkuyu berechtigt außerdem für den Bau einer Brennelementefabrik in der Türkei.

Auch in Sinop, wo 2006 die Standortentscheidung getroffen worden war, wurden die Vorbereitungen für den AKW-Bau längst begonnen. Der Wald wurde hier bereits vor Jahren gerodet. Neben dem zweiten türkischen Atomkraftwerk mit einer Leistung von 5.000-5.600 MW *(eine andere Quelle besagt, dass die vier ATMEA I-Druckwasserreaktoren eine Gesamtkapazität von 4.480 MW haben sollen)*, das nochmal bis zu 25 Mrd. Dollar kosten darf, soll hier auch ein Atomtechnologiezentrum entstehen.

Der Standort Igneada scheint noch nicht fixiert zu sein, obwohl 2015 eine Standortentscheidung getroffen wurde. Im November 2014 wurde ein Vertrag für exklusive Verhandlungen mit der chinesischen State Nuclear Power Technology Corporation (SNPTC) und Westinghouse abgeschlossen, der aber den Standort offen lässt. Die Vereinbarung umfasst ein Atomkraftwerk mit vier Reaktoren, wovon zwei vom Typ AP1000 (Westinghouse-Modell) und zwei vom Typ CAP1400 (adaptierte chinesische Variante) sein sollen.

In dieser Zeit der Entscheidung über die atomare Zukunft der Türkei betreibt die "Akkuyu Nükleer"-PR-Kampagne landesweit im gesamten Stadtbild auf aggressivste Weise Werbung und macht dabei selbst vor Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen nicht Halt.

Umweltaktivist*innen, aber auch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) verweisen auf die mangelhafte atomare Infrastruktur und Fachpersonaldecke im Land. Darüber hinaus haben sich laut Meinungsumfragen, die kurz nach der Fukushima-Katastrophe durchgeführt wurden, 65% der türkischen Bevölkerung klar gegen den Einstieg in die Atomenergie ihres Landes ausgesprochen. Die nicht besonders ausgeprägte, aber stark engagierte Anti-Atomkraftbewegung in der Türkei, deren Ursprünge bis zurück in die 1970er reichen, ist fest entschlossen die Türkei nicht atomaren Gefahren und Katastrophen auszusetzen. Zehntausende haben sich in den letzten Jahren an Großdemonstrationen und anderen Aktivitäten gegen die Atompolitik in der Türkei beteiligt.



Erdbebengefahr an türkischen AKW-Standorten. Dunkel markiert sind Zonen mittleren bis hohen Risikos.

Uranabbau und mehr...

In Zentralanatolien, etwa 220 Kilometer östlich von Ankara gelegen, befindet sich die Temrezli-Lagerstätte mäßigen Urangehalts. Sie wurde in den 1980ern entdeckt. Das US-Unternehmen Uranium Resources Inc. (URI) plant dieses Uranvorkommen abzubauen. Auch ein 2009 mit Russland getroffenes Abkommen umfasst Prospektion und Abbau von Uran im Land.

Schon seit dem 11. März 1979 läuft an der Technischen Universität von Istanbul ein "Triga"-Forschungsreaktor mit der Bezeichnung ITU-TRR und einer Kapazität von 250 KW. Zwei weitere Forschungsreaktoren sind nicht mehr in Betrieb.

Geplanter Dokufilm

Fest entschlossen, diesem Wahnsinn etwas entgegenzusetzen, wollen die Macher*innen von "Nuclear Alla Turca" diesen Film drehen, um einer breiten Öffentlichkeit im In- und Ausland die teils absurde, teils tragikomische Geschichte der Kernenergie in der Türkei näherzubringen.

Zurzeit stehen Themen wie Terror, Flüchtlingsströme, Inhaftierung von Oppositionellen, sowie bürgerkriegsähnliche Zustände im Südosten des Landes an oberster Stelle der politischen Agenda. Dies hat zur unmittelbaren Folge, dass die derzeitige türkische Regierung weitestgehend unbehelligt ihre umstrittenen atomaren Pläne, an Parlament und Zivilbevölkerung vorbei, vorantreiben kann. Die zunehmende Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit im Land macht es Journalist*innen und Filmemacher*innen immer schwieriger über umstrittene Themen wie etwa dem der Atomkraft zu recherchieren, da nahezu jegliche öffentlich geäußerte Kritik an der Regierung im Keim erstickt wird.

In der Türkei gibt es historisch gesehen eine Tendenz zu staatlicher Kontrolle sowohl der Medien als auch des öffentlichen Gedächtnisses. Nicht viele Menschen im Land wissen von der atomaren Vergangenheit des Landes bis zum heutigen Tage. Nuclear alla Turca möchte genau an diesem Punkt ansetzen.

Mehr Informationen:

http://www.nuclearallaturca.com



"Tar Sands":

Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb **Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie, die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading sowie die Abbauverfahren, Probleme der Renaturierung sowie der gewaltige Flächenbrand im Sommer 2016. Im vorliegenden Teil geht es um die Geschichte und Einordnung des Landraubs an den indigenen Gemeinschaften Nordamerikas.**

Traditional Lands

Beim Großteil des Landes, auf dem Tar Sands abgebaut werden, handelt es sich um "tradional lands" der First Nations, die hier seit Jahrtausenden leben und erst durch die weißen Siedler*innen und die sie begleitenden imperialistischen Streitkräfte verdrängt - und zuvor bekämpft und an den Rand der Ausrottung gedrängt - wurden. Das traditionelle Land der Mikisew Cree First Nation zum Beispiel, das diese mit vier weiteren First Nations teilen, die zusammen das Athabasca Tribal Council bilden, erstreckt sich über weite Gebiete der "Athabasca Oil Sands"-Lagerstätte.

"Traditional lands" sind Gebiete, die vor der Eroberung durch die europäischen Siedler*innen von den bereits dort ansässigen Gemeinschaften genutzt wurden. Obwohl es keine allgemein anerkannte Definition zu geben scheint, finden sich sinngemäße Erläuterungen auf diversen Internetseiten zu derartigen Begrifflichkeiten zum Beispiel in Nigeria, Austrialien oder auch Nordamerika. Während sich Landbesitz in Europa um "Kontrolle" dreht, betrachten nordamerikanische First Nations dies vielmehr als ein Verwaltungsverhältnis.

"Land" bedeutet verschiedenes für indigene Gemeinschaften und Menschen, die keinen solchen Hintergrund haben. Viele indigene Menschen empfinden hier spirituelle, physische, soziale und kulturelle Verknüpfungen. Nicht-indigenen Personen bzw. Landeigentümer*innen hingegen mag sich mit dem Landbegriff eher Eigentum, Handelsware oder profitabler Vermögenstitel verbinden, wenn auch eine Lebensgrundlage oder "Zuhause" damit einhergehen können. "Das Land besitzt uns" und nicht umgekehrt, erklärt beispielsweise Bob Randall, ein australischer Aborigine, auf der Internetseite Creative Spirits, welche Bedeutung Land für indigene Menschen hat.

Moderner Landraub

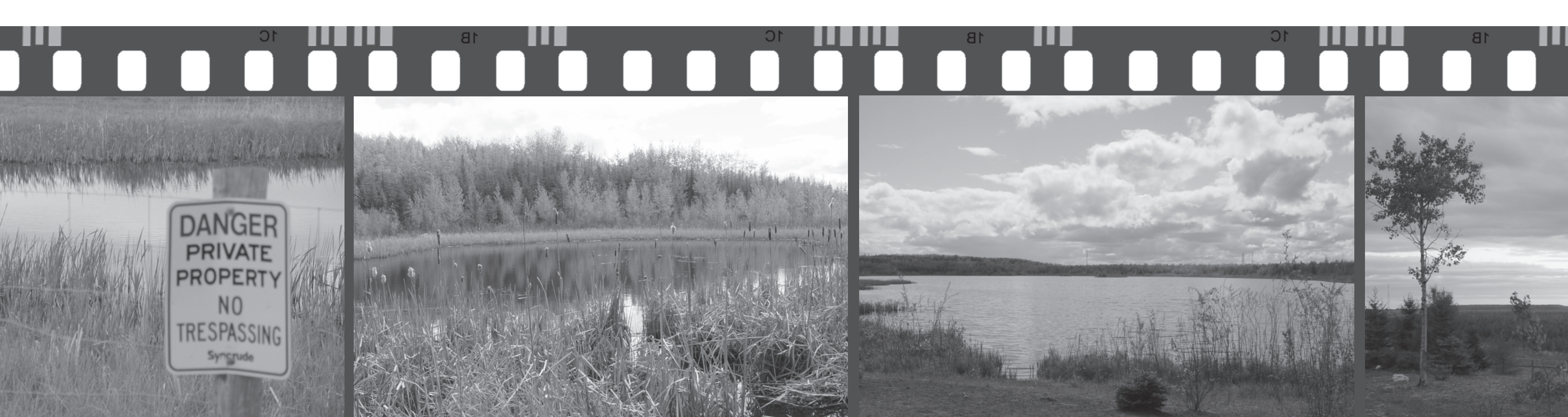
Anders als oft zu hören ist, war die Grundhaltung der kanadischen Regierung und der Britischen Krone seit dem 18. Jahrhundert, dass es sich bei dem Grund & Boden in Nordamerika um Eigentum der Gesellschaften handelte, die dort bereits vor der europäischen Kolonisierung lebten, was auch mit der Bezeichnung als "First Nations" und "First People" zum Ausdruck gebracht wurde. Dies klingt doch gerechter als die Stellungnahmen von Weißen in Nordamerika, die behaupten es sei "herrenloses" Land, das sich einfach angeeignet werden könne.

Unter dem Eindruck der schnell expandierenden USA und der Angst dadurch weniger Ackerflächen, ökonomische Ausdehnungsmöglichkeiten und Bodenschätze beanspruchen zu können, gab es in der Phase vor den ersten der sogenannten "Nummerierten Verträge" aber sehr wohl viele Stimmen im Parlament Kanadas, die Ländereien im Westen zu annektieren. Letztlich wurde aber auf Verhandlungen gesetzt.

Die oben beschriebene Rechtsauffassung war schließlich ursächlich für die Vertragsverhandlungen der Britischen Krone mit kanadischen First Nations über die Abtretung von großen Landstrichen. Ohne diese Vereinbarungen hätte die Besiedlung und kapitalistische "Entwicklung" der Gebiete formal nicht mehr vorangetrieben werden können. Trotzdem sind die daraus entstandenen "Treatys" keineswegs auf gleicher Augenhöhe und zu beiderseitigem, sich ausgleichenden Vorteil verhandelt und festgelegt worden. Sehr wohl herrschte die Sichtweise der "Überlegenen" (Europäer) gegenüber den "einfachen" und "unwissenden" Naturmenschen, was sich sowohl im Verhandlungsprozess, der Wortwahl als auch in den Ergebnissen niederschlägt.

Erstmals 1973 wurde im Fall Calder ./. British Columbia vom obersten kanadischen Gericht anerkannt, dass "die Aussage, dass der Rechtstitel als Ureinwohner, auch bekannt als indianischer Rechtstitel, der von dem Kläger hinsichtlich seines historischen Stammesterritoriums wie zuvor beschrieben geltend gemacht wird, niemals rechtmäßig vollständig erloschen ist."

Überhaupt stimmte die Praxis britischer Landrechtpolitik in Nordamerika nicht mit dem eingangs beschriebenen "Geiste" überein, dass das Land seinen Ureinwohner*innen zugeschrieben wurde. Dies zeigt sich an der





- Fortsetzung (Teil 12) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

Geschichte der Hudson's Bay Company (HBC), die zeitweise der weltgrößte private Landbesitzer war, und der heute so bekannte Marken wie Galeria Kaufhof gehören.

Hudson's Bay Company

Alles begann mit den beiden französischen Händlern und Schwägern Pierre-Esprit Radisson und Médard des Groseilliers. Die beiden hatten von den Cree gehört, dass es im Norden die besten Pelze geben solle, und wollten dort einen Handelsposten eröffnen. Im damaligen 17. Jahrhundert hatte Frankreich mit seiner Kolonie "Neufrankreich"[1], die den Großteils des Ostens Nordamerikas umfasste, de-facto das Monopol auf Pelzhandel in Nordamerika, und so bemühten sich die beiden um französische Zustimmung zu ihrem Plan. Die Genehmigung wurde jedoch verwehrt, weil der französische Gouverneur Marquis d'Argenson Konkurrenz für die bestehende Handelsroute befürchtete. 1659 machten sich Radisson und Groseilliers trotzdem auf den Weg und kehrten mit hochwertigen Pelzen zum Beweis des Potenzials der Hudson Bay-Region zurück. In Konsequenz wurden sie wegen unerlaubten Handels eingesperrt, bestraft und die Pelze von den Behörden konfisziert.

Nach einem gescheiterten zweiten Anlauf wurden ihnen Kontakte nach London vermittelt, wo sie auf Prinz Ruprecht von der Pfalz (englisch: Prince Rupert) stießen, der sie von nun an unterstützte und auch mit seinem Cousin, dem britischen König Karl II, bekannt machte. Im Juni 1668 machten sich zwei Schiffe auf Expedition zur Hudson Bay, von denen eines vorzeitig umkehren musste. Im südlichen Teil der Hudson Bay wurde ein erstes Fort errichtet.

Am 2. Mai 1670 wurde infolge der erfolgreichen ersten Pelzgeschäfte die HBC als "The Governor and Company of Adventurers of England Trading into Hudson's Bay" mit königlicher Urkunde inkorporiert. Die Urkunde garantierte dem Unternehmen die Monopolstellung über das gesamte Wassereinzugsgebiet der Hudson Bay und der in sie mündenden Flüsse und Ströme. Das dadurch gebildete Land wurde in Anlehnung an den Sponsor "Rupert's Land" genannt und bedeckte eine Fläche von 3,9 Millionen Quadratkilometern. Prinz Ruprecht war von 1670-1682 der Gouverneur des Unternehmens. Während beispielsweise das heutige Südalberta dazu gehörte, waren die Hauptvorkommen der Tar Sands im nördlichen Alberta nicht Bestandteil von Rupert's Land, sondern des Nordwestlichen Territoriums.

Die Rechtstitel aus der königlichen Urkunde umfassten aber nicht nur ein Monopol auf Handel und Gewerbe in dem Gebiet, sondern erklärte das Areal zu "unserer Kolonie in Amerika", wobei "Gouverneur und Unternehmen (...) und ihre Nachfahren" zu den "wahren und absoluten Herren und Eigentümern desselben Gebietes" erklärt wurden. Ausgenommen von diesen Besitzansprüchen wurden nur solche Flächen, "die eigentlich Besitz jeglicher anderer unserer Subjekte oder anderer christlicher Fürsten oder Staaten sind". Entgegen der weiter oben beschriebenen Auffassung , dass das Land den First Nations gehörte, hatte sich die Britische Krone in kolonialistischer Manier einfach die gewünschten Flächen zugesprochen.

Entsprechend war die Rechtsauffassung der Krone, dass das Land, das in den Verträgen mit den First Nations verhandelt wurde, ihr bereits gehöre und dass die Verträge lediglich ein friedlicher Weg seien, um die Besiedlung der Nordwest-Territorien auf dem bereits ihr zustehenden Land zu erlauben.

Während die Verträge von den First Nations, denen das Konzept Eigentum über Land zu haben fremd war, als Vereinbarung zwischen Nationen über die gemeinsame Nutzung des Landes verstanden wurde, sah die Britische Krone darin eine Sicherung ihrer Hoheit über das Land eines Volkes, dessen Staatshoheit lediglich in einem "persönlichen und Nutznießerrecht abhängig vom Guten Willen des Souveräns" bestehe. Diese Sichtweise wurde 1887 vom obersten kanadischen Gericht folgendermaßen wiedergegeben: "Zum Zeitpunkt der Entdeckung Amerikas, und lange danach, galt es als akzeptierte

Vortragsangebot Tar Sands

*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurden. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de



Regel, dass heidnische und ungläubige Nationen als immerwährende Feinde betrachtet wurden und dass der christliche Fürst oder das christliche Volk, das das Land zuerst entdeckt und in Besitz nimmt zu seinem absoluten Eigentümer wurde und mit dem Land machen durfte, was er/es wollte."

Zwischen 1668 und 1717 errichtete das Unternehmen sechs Posten rund um die Bucht. Weitere Inlandsposten folgten nach 1774. Indigene wie weiße Jäger und Fallensteller brachten ihre Beute zu den Handelsposten und tauschten sie gegen andere Güter ein. Ab 1686 liefen immer wieder Scharmützel mit französischen Truppen ab, die zeitweise eine Vielzahl der Posten unter ihre Kontrolle brachten. Infolge verlorener Kriege mit der Britischen Krone in Europa trat Frankreich 1713 schließlich alle Ansprüche an das neu entstandene Großbritannien ab.

Die Fallensteller der HBC waren intensiv an der Erforschung und ersten kapitalistischen Erschließungen beteiligt. Meist waren sie diejenigen, die erste Kontakte zu First Nations hatten, und die Posten der Hudson's Bay Company waren in der Folge die dominierende Anlaufstelle für Handel zwischen indigenen Gemeinschaften und Europäer*innen. Für das Unternehmen tätige Erkunder kartierten große Teile Nordamerikas.

Obwohl nicht offiziell von der königlichen Urkunde abgedeckt, übernahm die Hudson's Bay Company auch in dem riesigen Gebiet, das aufgrund seiner relativen Lage zu Rupert's Land als Nordwestliches Territorium bezeichnet wurde, das Handelsmonopol. Erst 1859 wurde ihr die Region von der Krone ausdrücklich zugesprochen. In Einklang mit der Königlichen Proklamation von 1763 war eine Besiedlung durch Nicht-Indigene im großen Stil verboten, solange es keine Landabtretung per Vertrag (siehe "Treaty 8" im nächsten grünen blatt) gab.

Nach knapp zweihundert Jahren Besitzanspruch übertrug HBC 1869 schließlich Rupert's Land für 300,000 Pfund an Großbritannien, woraus dann mehrere kanadische Provinzen geformt wurden. Vielzählige indigene Gemeinschaften, die in diesem Gebiet lebten, bestritten immer wieder HBCs Ansprüche auf das Land und fochten deren Hoheitsgewalt darauf an. Zusammen mit Rupert's Land trat die Hudson's Bay Company auch das Nordwestliche Territorium an die Krone ab. Den endgültigen Übergang der Gebiete auf das eigenständiger werdende Kanada und das Zugeständnis eines eigenen Rechtssystems machte die britische Krone davon abhängig, dass Verträge mit den indigenen Gemeinschaften abgeschlossen würden, was den Abschluss der "Numbered Treaties", auf die später noch eingegangen wird, einleitete.

Nach dem Ersten Weltkrieg stieg die Hudson's Bay Company ins Ölgeschäft ein, womit sich der Kreis zur Tar Sands-Industrie zu schließen beginnt. 1926 war das Unternehmen an der Gründung der Hudson's Bay Oil and Gas Company (HBOG) beteiligt, die 1967 der 6.-größte Ölproduzent in Kanada war. Infolge der sinkenden Ölpreise zog HBC sich 1981 aus dem Ölgeschäft zurück und überließ seinen Anteil an der HBOG dem Konzern Dome Petroleum, der 1988 von Amoco aufgekauft wurde. Dieses Unternehmen wiederum fusionierte 1998 mit British Petroleum (BP), ein Konzern, der massiv in Tar Sands investiert.

Die Inbesitznahme von Land und natürlichen Ressourcen in Nordamerika, die Dominanz über die indigenen Einwohner*innen, aber auch die lange beanspruchte Kontrolle über den Handel in der Region und die letztlich erfolgreiche aggressive Verdrängung von Konkurrenten hat sich für die Hudson's Bay Company ausgezahlt. Heute macht das Unternehmen einen jährlichen Umsatz von 5,223 Mrd. Kanadischen Dollar und hat dabei Gewinne in Höhe von 258,1 Mio. Dollar. Das Gesamtvermögen der HBC wird mit 7,943 Mrd. Dollar beziffert. *(alle Zahlen in Kanadischen Dollar CAD sowie beruhend auf Daten für das Jahr 2014)*

Proklamation von 1763

Infolge des "Siebenjährigen Krieges" schlossen die europäischen Großmächte die "Friedensverträge von Paris", in denen u.a. nahezu alle Kolonialansprüche Frankreichs in Nordamerika an Großbritannien und Spanien abgetreten wurden. Zur Neuorganisation der nordamerikanischen Gebiete unter britischer Vorherrschaft erließ König Karl III die "Königliche Proklamation von 1763". Sie enthielt auch die sogenannte "Proklamationslinie" zwischen den Kolonien und den "Indian Reserves", die vorläufig den indigenen Communitys zugesprochen wurden. Tatsächlich waren die "reservierten" Gebiete westlich der Appalachen weitestgehend unerkundet und fast gar nicht von Europäer*innen besiedelt. Es war durchaus vorgesehen, diese Linie nach und nach weiter nach Westen zu verlagern, wobei das betreffende Gebiet im Verhältnis zu den Kolonien klein war, aber dies sollte in geordneten und gesetzmäßigen Bahnen geschehen. Diese Proklamation dürfte den Ausgangspunkt der sich ändernden Rechtsauffassung zu den ursprünglichen Landrechten der First Nations dargestellt haben.

Nun war es Privatleuten in dem definierten Gebiet nicht mehr erlaubt Land der Indigenen zu kaufen - dieses Recht behielt sich die Britische Krone vor. Dazu sollte es künftig öffentliche Versammlungen von königlichen Abgesandten mit Vertreter*innen der First Nations geben. Die Abgesandten der Krone mussten vor einer Zustimmung der Besiedlung von First Nations-Land durch Siedler auch die Zustimmung des Königs einholen. Die Grenzlinie war als solche problemlos übertretbar, nur Siedeln war dahinter für Nicht-Indigene nicht verboten.

Hintergrund des Erlasses dieser Regeln war wohl das Bedürfnis, die immer wieder gegen die Dominanz der Europäer*innen und gegen das aggressive Vordringen der Siedler und Unternehmen aufbegehrenden First Nations zu befrieden. Da aber häufig gegen diese Schutzregelungen verstoßen wurde,



hinter der Proklamationslinie zehntausende Weiße ungehindert ansiedelten und auch die Arroganz der europäischen Einwanderer*innen insbesondere nach Einführung der Proklamation gegenüber den indigenen Gemeinschaften schlimmer wurde, kam es immer wieder zu Feindseligkeiten. Historisch wird übrigens eingeschätzt, dass die Beschränkung der freigegebenen Siedlungsflächen wesentlicher Anlass für die Loslösung der späteren USA von der Krone und damit für den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg war.

Die Proklamation von 1763 stellt bis heute einen wichtigen juristischen Bezugspunkt für die Ansprüche indigener Menschen auf das Land, auf dem sie und ihre Vorfahren gelebt haben, dar. Sie stellte wohl den ersten entscheidenden Präzedenzfall für die Anerkennung spezieller Rechte der indigenen Bevölkerung auf das von ihnen bewohnte Land dar.

Numbered Treaties

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schloss die kanadische Regierung eine Reihe nummerierter Verträge mit Repräsentanten von First Nations ab, die auf weitere Besiedlungen und Ressourcenabbau abzielten und dem kanadischen Staat weite Gebiete zusprachen, wofür den indigenen Gemeinschaften individuell ausgehandelte Versprechen gemacht wurden. Diese Verträge sind bis heute gültig und wurden u.a. im Canadian Aboriginal law verankert. Da die Rechte der First Nations in den Verträgen teils recht unkonkret bleiben, müssen Indigene diese oft vor Gericht beweisen und für ihre Erfüllung kämpfen.

Derartige Verträge wurden immer dann initiiert, wenn bedeutende wirtschaftliche Interessen den kanadischen Staat zu Verhandlungen mit den indigenen Gemeinschaften drängten. Dann wurden Zugeständnisse wie soziale Sicherung oder Versorgung mit Werkzeugen angeboten, um im Gegenzug die volle Verfügungsgewalt über deren Lebensraum zu erhalten. Oft fand die Vertragsentwicklung dann übereilt statt und nahm wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der First Nations. Keine zwei der "Nummerierten Verträge" glichen einander; die Vertragsbedingungen wurden immer neu ausgehandelt, so dass eine Vergleichbarkeit schwer gegeben war. Durch die Verträge erlangte Kanada die Kontrolle über die meisten Aspekte der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich Bildung, Verwertung von Bodenschätzen, Landnutzung und Erlass von Gesetzen in verschiedensten sozialen Feldern.

Anders als frühere Verträge mit First Nations, die sowohl indigene als auch britische Traditionen berücksichtigten, waren die "Nummerierten Verträge" in reiner britischer Diplomatenmanier aufgesetzt worden. Den indigenen Repräsentant*innen wurden Übersetzer*innen zugeordnet, die übersetzen sollten, was in den Diskussionen gesagt wurde. Schon hierbei sind entscheidende Unterschiede in schriftlichen Dokumenten der Regierungsvertreter dieser Zeit und den mündlichen Überlieferungen, die von den Repräsentanten der First Nations in den Verhandlungen vorgenommen wurden, zu finden. Die Misskommunikation zwischen den so unterschiedlichen Verhandlungspartnern ist u.a. in Tagebucheinträgen der Unterhändler und Beschuldigungen von Vertretern der indigenen Seite, wesentliche Inhalte nicht genannt zu haben, belegt. Einzelne detaillierte handschriftliche Notizen indigener Beteiligter weisen ebenfalls auf erhebliche Unterschiede im Verständnis des Diskussionsgegenstandes auf. Daran Schuld können neben den abweichenden kulturellen und juristischen Gewohnheiten auch die Sprachbarrieren sein, da bezweifelt werden muss, dass die juristischen englischen Formulierungen immer in verständlicher Form übersetzt wurden.

Karte der "nummerierten Verträge" in Kanada.

Grafik: Wikipedia - CC Attribution-Share Alike 3.0 Unported Lizenz

Ein anderer Aspekt war der gezielte Einsatz von Vokabeln, die bei den First Nations gewisse Assoziationen auslösen sollten, aber in der britischen Amtssprache eine dezidierte Bedeutung haben. Die Titulierung der First Nations als "Kinder" und die Britische Krone als "Mother Queen" suggerierte ein Fürsorgeverhältnis und den Schutz der Interessen der indigenen Ureinwohner*innen Nordamerikas unter den Fittichen des Britischen Empires. Mit Phrasen wie "You will always be cared for, all the time, as long as the sun walks" wurden die Vertragspartner angesprochen und zur Zustimmung zu den "Treaties" bewegt. Der Glaube an den guten Willen und die Ehrlichkeit der britischen Abgesandten wurde in mancher Vertragsverhandlung durch Heilige Pfeifenrituale bekräftigt.

Anmerkung:

1 - Schon frühe französische Expeditionen nach Amerika erhoben dort Landansprüche: 1534 war es Jacques Cartier, der das Gebiet um die Mündung des Sankt-Lorenz-Stroms als erstes für Frankreich in Besitz nahm.

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe. Oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiterlesen. Mehr Fußnoten und Quellenangaben gibt es ebenfalls online.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*

https://tar-sands.info



Das Ende der kapitalistischen Maschinerie

sebastian Fabian Scheidler[1] legt mit seinem Buch „Das Ende der Megamaschine – Geschichte einer scheiternden Zivilisation" eine m. E. sehr lesenswerte und nachvollziehbare Abrechnung mit dem Kapitalismus vor. Falls die Menschheit und die Natur eine lebenswerte Zukunft haben wollen, muss dieser überwunden werden. Die Gründe dafür sind bekanntlich unzählbar.

Schaut man den Kapitalismus, insbesondere seine „aus allen Poren schmutz- und bluttriefende", (wie Marx es formulierte) Durchsetzungsgeschichte an, dann kann die Geschichte der Moderne unmöglich als eine positive Fortschrittsgeschichte abfeiert werden, wie es nach wie vor von seinen Apologeten betrieben wird.

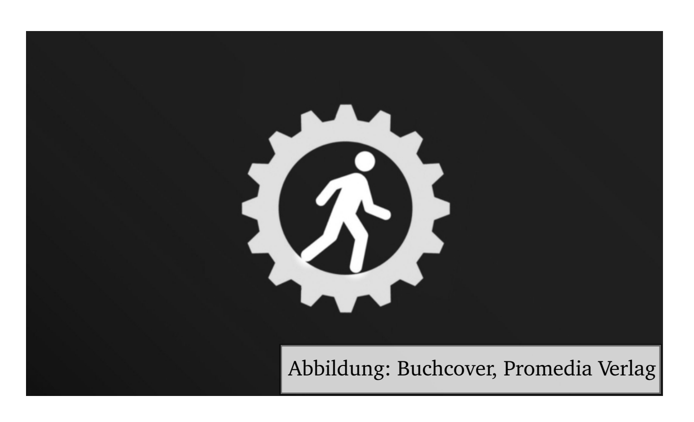
Scheidler trägt zur Geschichte des Kapitalismus und seinen verheerenden Auswirkungen vielfältiges Material zusammen. Sicherlich kann darüber gestritten werden, ab wann etwa tatsächlich von Kapitalismus zu reden ist und welche vormodernen Herrschaftspraktiken (Herrschaft sowohl über den Menschen als auch über die Natur) modifiziert in den Kapitalismus übernommen worden sind. Insofern ist es nicht verkehrt, mit dem geschichtlichen Material lange Zeit vor dem eigentlichen Kapitalismus anzusetzen. Allerdings wird dabei riskiert, die Besonderheit des Kapitalismus zu verwischen bzw. nicht deutlich genug herauszuarbeiten.

Sehr erfreulich an diesem Buch ist, dass Scheidler sich die vielen Facetten der Konstitutionsgeschichte der Moderne anschaut wie den Kolonialismus und die Rolle des Christentums bei diesem; die Entstehung der modernen (mechanischen/mathematischen) Wissenschaften und damit die moderne Form der Naturbeherrschung; die Rolle der Feuerwaffen und des Militärs; die Disziplinargeschichte, „die innere Kolonialisierung", die darin bestand, das Menschenmaterial den Zwängen der entstehenden und flächendeckend sich durchsetzenden Lohnarbeit zu unterwerfen und endlich die Industrialisierung mitsamt den bürgerlichen Revolutionen.

Die aus diesen Revolutionen hervorgegangenen bürgerlichen Demokratien, deren Versprechungen in der Regel nichts mit der sozialen Realität zu hatten, sondern sich sehr gut mit Rassismus und Klassenherrschaft[2] arrangieren konnten, hatten immer – und zwar bis heute – die Unterwerfung unter das Kapitalverhältnis als Voraussetzung. Folgerichtig wurde jeder soziale Widerstand gegen den Kapitalismus bekämpft (und war er noch so oberflächlich). Mit letzterem im Blick skizziert Scheidler die Geschichte des Kapitalismus vom 16. Jahrhundert an, behandelt den Imperialismus, den Faschismus, die Entkolonialisierung – bis zu der Krise des Keynesianismus in den 70er Jahren – der Geburt des Neoliberalismus, der Automatisierung, den seitdem nicht aufhörenden Verwerfungen und Verwüstungen und der zunehmend deutlich werdenden ökologischen Krise. Viele Themen werden zwar eher knapp gehalten, aber Scheidlers Schilderung motiviert einen sich mit diesen Themen dann ausgiebiger zu beschäftigen – dazu kann man sich als Erstes seines Literaturverzeichnisses bemächtigen.

Historisch werden zwar interessante Fakten zusammengetragen, aber vom Standpunkt einer Ideologiekritik hat das Buch trotzdem deutliche Schwächen. Obgleich er Kolonialismus und die damit verbundene Unterwerfungsgeschichte thematisiert, findet sich zum Rassismus und seiner „wissenschaftlichen" Rechtfertigung praktisch nichts; Scheidler legt seinen Schwerpunkt sozusagen auf die äußere Gewaltgeschichte des Kapitalismus[3]. Des Weiteren findet sich zur Entstehung des modernen Geschlechterverhältnisses so gut wie nichts, obwohl er die Hexenverfolgung – sich beziehend auf Sylvia Federici´s „Caliban und die Hexe" thematisiert. Ähnlich ist seine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Immerhin begeht er nicht die Dummheit, die Sowjetunion als Alternative zum Kapitalismus und seiner Form der Naturbeherrschung anzusehen, was manche Linke und der bürgerliche Mainstream sowieso bis heute nicht begreifen können oder wollen (oft als eine Abwehrhaltung verstehbar, sich nicht kritisch mit dem Kapitalismus auseinandersetzen zu müssen).

Es verwundert aber schon sehr, wenn er sich den Faschismus anschaut und dabei die Spezifik des deutschen Faschismus, d.h. des Nationalsozialismus, kaum erwähnt. Praktisch kein Wort zum Holocaust! Die Feststellung, dass die Nationalsozialisten fordistische Produzenten von Toten waren, würde nahelegen, sich mit der Antisemitismustheorie von Moishe Postone[3] auseinanderzusetzen, da dieser es fast identisch formuliert; aber das tut Scheidler bedauerlicherweise nicht. Es ist daher schon sehr verharmlosend und unüberlegt, den Antisemitismus als „Ablenkungsmaschinerie" zu bezeichnen[4]; denn das würde implizieren, dass der antisemitische Wahn nicht wirklich ernst gemeint war oder nur Mittel zum Zweck, was aber nach Daniel Goldhagen („Hitlers willige Vollstrecker") oder Robert Wistrich beispielsweise auf keinen Fall haltbar ist. Ihm ist aber zuzustimmen, wenn er den Nationalsozialismus nicht als Rückfall ins Irrationale, sondern als ein Phänomen der Moderne (wie Enzo Traverso) selbst begreift[5]. Des Weiteren erwähnt er, wenn auch nur in einem Nebensatz, dass der Nationalsozialis-


Abbildung: Buchcover, Promedia Verlag

mus durchaus „antisystemisch“ war, also sich selbst als in der Revolte stehend und gewissermaßen als antikapitalistisch verstand. Was daraus aber folgt oder folgen sollte, gerade für die Praxis, führt Scheidler leider nicht aus.[6]

Was die „Praxis“ angeht, zu der sich Scheidler stellenweise äußert wird er sehr unkritisch. Die Revolte um 1968 herum beispielsweise hatte zwar zweifellos viele positive Aspekte (auch wenn weite Teile der Linken nach einigen Jahren in autoritäre K-Sekten und in den Antizionismus abdrifteten[7]), aber es irritiert doch sehr wenn er es anscheinend für unproblematisch ansieht, dass die damalige Ökologiebewegung sich teilweise auf die alte Lebensreformbewegung bezog. Diese war nämlich stark von völkischem Gedankengut und Antisemitismus durchzogen, was dem Scheidler offenbar entging (bis heute gibt es braune Ökologen[8] oder Ökologiebewegte, die manifest menschenfeindlich sind, wie „Earth First“ beispielsweise).

Vergleichbar unkritisch ist auch das letzte Kapitel, das sich explizit mit Praxisvorschlägen beschäftigt. Sicherlich gibt es überall auf der Welt nachvollziehbaren Widerstand gegen die Zumutungen des Kapitals, sei es gegen neostalinistische Großprojekte wie Riesenstaudämme, gegen Großkonzerne wie Monsanto, Agrarkapitalismus und Landgrabbing, Krieg und Rüstung, was auch immer. Ich finde es aber etwas übereilt, davon zu reden, dass sich dort tatsächlich zahlreiche Alternativen zum Kapitalismus formieren, sei es in Form der Commons oder Besetzungsbewegungen. Es ist sicher richtig, dass sich aus Einzelaspekten davon durchaus etwas entwickeln könnte, dass über den Kapitalismus tatsächlich hinausweist. Aber auch das Gegenteil ist möglich: Denkbar ist die Option, die sich umschreiben lässt mit „Fortsetzung der Konkurrenz mit anderen Mitteln“! (Robert Kurz).

Scheidler verweist zwar auf die Gefahr von Populisten, liefert aber meines Erachtens nach selbst Anschlussmöglichkeit an diese: So verweist Scheidler unkritisch auf das Weltsozialforum, welches mittlerweile aufgrund seiner inhaltlichen Beliebigkeit offenbar für jeden Dreck offen ist, selbst für Antisemiten und Islamisten[9]!

Sicherlich ist es weiterhin wichtig, dafür zu kämpfen, dass die Produktion, das soziale Leben usw. entkoppelt werden von der Verwertungsbewegung des Kapitals. Eine Alternative zum Kapitalismus ist aber nicht nur auf der Ebene des Lokalen zu suchen oder das Lokale als prädestiniert für Alternativen anzusehen, denn das kann auch den Staatszerfall, Banden- und Ethnoherrschaft forcieren. Aus dem Kreislauf der Weltwirtschaft werden ohnehin immer mehr Weltregionen aufgrund ihrer Überflüssigkeit ausgekoppelt – was diese Regionen keinesfalls vom Kapitalismus befreit; eine Ausdrucks– und Verlaufsform davon kann die Etablierung von Lokalwährungen sein, die alles andere als über den Kapitalismus hinausweisend sind[10]. Diese kommen bei Scheidler aber erstaunlich gut weg, angeblich könne es so was wie ein „gemeinwohlorientiertes Geldsystem“ geben, wie es bereits in der Einleitung heißt. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Menschen in der Krise in ihrer Überflüssigkeit solidarisch sind, aber eine „solidarische Ökonomie“ ist bisher alles andere als antikapitalistisch. Geradezu begeistert stellt Scheidler fest, dass die solidarische Ökonomie in Brasilien mittlerweile einen Milliardenumsatz macht (hier ist also die Plusmacherei plötzlich in Ordnung?!). Ja und „arbeiten ohne Chef“ ist ohnehin äußerst emanzipatorisch! Denn auf nichts Anderes läuft die neoliberale Ideologie mit ihren Idealen der flachen Hierarchien, des unternehmerischen Selbst und des Arbeiters als Unternehmer seiner Arbeitskraft hinaus (alles Umschreibungen für das Arbeiten ohne Chef).

Abschließend lässt sich sagen, dass Scheidler außer Autoren wie Mike Davis oder Immanuel Wallerstein (so lesenswert diese auch sind) auch noch das Werk von Karl Marx und Robert Kurz[11] ausführlich hätte rezipieren sollen, dann wären ihm solche unkritischen Exzesse womöglich erspart geblieben! Ein dem „Ende der Megamaschine“ thematisch verwandtes Buch, allerdings ohne dessen teils gravierenden Defizite, ist das kürzlich (Herbst 2016) von Tomasz Konicz verfasste namens „Kapitalkollaps – Die finale Krise der Weltwirtschaft“. Im Unterschied zu Scheidlers werden sehr ausführlich die Ursachen der Krise (die sich nicht auf eine ökologische reduzieren lässt) und die Funktionsweise der kapitalistischen Verwertungsdynamik referiert und den ideologischen Reaktionen der dem Kapitalismus unterworfenen Subjekte wird viel Raum gewidmet. Dementsprechend legt Konicz sein historisches Hauptaugenmerk nicht auf die Geschichte des „Weltsystems“ (Wallerstein) seit seiner Entstehung, sondern auf das Ende des Keynesianismus und der Krise des Kapitalismus (dessen Ausdruck der Siegeszug des Neoliberalismus und der Untergang der Sowjetunion im Übrigen war). Nichtsdestotrotz ist das Buch von Scheidler meines Erachtens nach sehr lesenswert, wenn man sich einen geschichtlicher Überblick über den Kapitalismus verschaffen will.

Fabian Scheidler: Das Ende der Megamaschine – Geschichte einer scheiternden Zivilisation, Promedia Verlag, Wien 2015, 272 S.

1 Scheidler betreibt auch ein Nachrichtenmagazin namens „Kontext – die anderen Nachrichten“, www.kontext-tv.de.

2 Speziell für die USA vgl: Howard Zinn: Eine Geschichte des amerikanischen Volkes, Hamburg 2015.

3 Zur Geschichte des Rassismus vgl. Manfred Kappeler: Rassismus – Über die Genese einer europäischen Bewußtseinsform, Frankfurt 1994.

4 Vgl. dazu diverse Texte von Postone auf www.krisis.org.

5 Vg.. Robert Wistrich: Der antisemitische Wahn – Von Hitler bis zum heiligen Krieg gegen Israel, Ismaining bei München 1987.

6 Vgl: Enzo Traverso: Moderne und Gewalt – Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors, Köln 2003.

7 Vgl. speziell zu den deutschen Linken: Jens Benicke: Von Adorno zu Mao – Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg 2013 [2010] (2.Auflage).

8 Vgl. z.B. Oliver Nüchter: Braune Ökologen: Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns, Heinrich-Böll-Stiftung 2012.

9 Vgl. Richard Aabromeit: Postmodernes Eventreisebüro mit Hindernissen, auf www.exit-online.org.

10 Zur Kritik von Regionalgeld: Peter Bierl: Regionalgeld und Sozialdarwinismus – Oder: Die Attraktivität der einfachen falschen Lösungen, in: Associazione Delle Talpe/ Rosa Luxemburg Initiative Berlin (Hg.): Maulwurfsarbeit III (2015), S.28-38.

11 Ein sehr guter Start dazu kann beispielsweise eine Marx-Rezeption auf der Höhe der Zeit sein! Dazu ist sehr zu empfehlen: Robert Kurz (Hg): Marx lesen! - Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert – Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt 2006

Frauen im Widerstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa

reka Zur Thematik „Frauen im Widerstand am Beginn des 20. Jahrhunderts“ bieten die beiden Publikationen „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933“ von Silke Makowski und „Entfachte Utopie – Emma Goldmann über die Spanische Revolution“ von David Porter, jeweils ein Kapitel, welches das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln interessant beleuchtet.

So ist Ersterem zu entnehmen, dass Frauen schon in der Weimarer Republik eine große Rolle in der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) gespielt haben - beispielsweise in der Unterstützung von politischen Gefangenen und deren Familien mit der Organisation von Geld- und Lebensmittelspenden, da in solchen Fällen ja ein wichtiger „Hauptverdiener für die Familie“ weggefallen ist[1] oder durch das Verbot aller anderen politischen Organisationen nach der Machtübernahme der Nazis und die damit einhergehenden massenhaften Ingewahrsamnahmen und Verurteilungen politisch andersdenkender Menschen, welche durch die gesellschaftlich-patriachale Sichtweise der Gestapo vor allem männlich gelesene Menschen waren. Somit blieben vor allem Frauen zurück, die dann im Untergrund teilweise die Aufgaben ihrer Partner übernahmen, weil sie u.a. bereits mit den Abläufen und Verbindungsleuten vertraut waren.[2]

Des Weiteren haben Frauen durch die traditionelle Verantwortung für die Kinder auch weniger Zeit und Möglichkeiten für politische Tätigkeiten gehabt, weshalb die Masse bis 1933 diese eher in „Hintergrundtätigkeiten“ ausführte.[3]



Als dann durch die Verbote und Verhaftungen die Arbeit in der Illegalität notwendig wurde, übernahmen Frauen also mehr und mehr auch leitende Positionen.

Beispielsweise übernahmen sie wichtige Aufgaben bei der Initiierung und Durchführung von Protesten vor Gefängnissen und KZs u.s.w.[4]

Die gesellschaftlich verankerte, patriachale Sichtweise der NS-Behörden führte regelrecht zu einem „geschlechtsspezifischen NS-Terror“[4], denn bei den Ermittlungen gegen Widerstandsgruppen wurde sich vor allem auf die männlich gelesenen Menschen konzentriert, da „Politik als reine Männerdomaine betrachtet wurde“[5]. Dazu gehörte auch die Annahme Frauen seien nur „loyale Gattin und Mutter“[6] sowie „unpolitisch und nur zu subalternen Aufgaben auf Anweisung fähig“. Dies wiederum führte dazu, dass Frauen besonders gefährliche Aufgaben z.B. als Reichskurierinnen übernahmen[7].

Dies setzte sich auch auf gerichtlicher Ebene fort, wo das Urteil gegen Frauen im Durchschnitt milder ausfiel als bei ihren männlichen Genossen, weil u.a. „ein fehlendes Bewusstsein für politische Dimensionen unterstellt wurde“ oder bei Spendensammlungen von „einem fehlgeleiteten karitativen Engagement“ ausgegangen wurde[7].

Das heißt natürlich nicht, dass es keine Repression gegen Frauen gegeben hätte. So wurden vor allem hochrangige Funktionärinnen der RHD mit langen Gefägnisstrafen, Hinrichtungen etc. bestraft und waren Opfer geschlechtsspezifischer Schikanen wie sexualisierter Gewalt[8]. Besonders perfide war die Erpressung von inhaftierten Müttern mittels ihrer Kinder, die teilweise zwangsweise in Erziehungsanstalten untergebracht wurden oder den Müttern gegen umfangreiche Aussagen gegen andere Angeklagte die Freiheit angeboten wurde und den Kindern somit das Waisenheim erspart wurde[8].

Damalige Arbeit in der Illegalität

Die Aufgaben, welche in der Illegalität vor allen von Frauen durchgeführt wurden, reichten vom klandestinen Sammeln der Spendengelder und RHD-Mitgliedsbeiträgen, über Lebensmittelsammlungen in Geschäften bis zu internationaler Öffentlichkeitsarbeit, der Produktion und Verteilung illegaler Flugblätter und der Beschaffung illegaler Quartiere. Durch die persönliche Betreuung der betroffenen Angehörigen wurde außerdem der Austausch sowie die politische Vernetzung der Betroffenen

gefördert.

Während laut Porter viele Aktivisten der anarchistischen Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts trotz feministischer Rhetorik im Alltag in alte patriachale Verhaltensmuster zurückfielen, besonders im Umgang mit Frauen, denen die Verantwortung des gesamten Haushalts aufgetragen wurde und der daraus folgenden nicht gleichberechtigten Teilnahme beider Partner an Protesten, lebte Emma Goldmann ihre Freiheit und ließ sich auch durch Liebesbeziehungen nicht an der politischen Arbeit hindern. Und dies obwohl ihr beispielsweise von Edward Brady nahe gelegt wurde, "sie solle vorübergehend das aktivistische Leben aufgeben, um die Rolle als Hausfrau (und vermutlich auch Mutter) zu übernehmen".[9]

So schrieb sie an Max Nettlau 1935: "hier stehst Du, ein Anarchist, der an die uneingeschränkte Freiheit des Menschen glaubt, und doch glorifizierst Du die Frau als Köchin und Bruthenne großer Familien.".[10]

Eine ebensolche Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis beobachtete Goldmann auch in der anarchistischen Bewegung in Spanien der 30er Jahre.

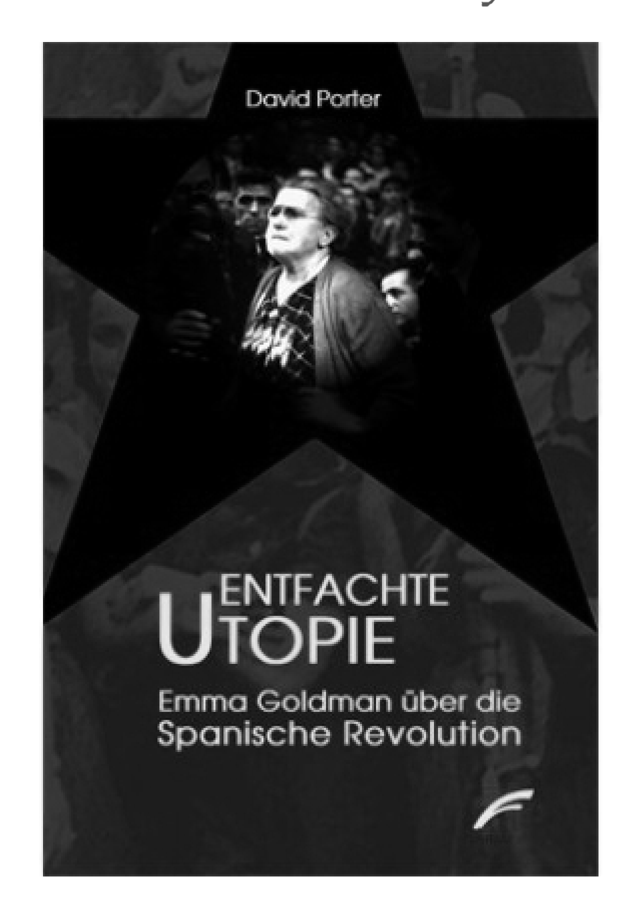
Besonders angetan war Goldmann hingegen von der eigenständigen anarchistischen Frauenorganisation Mujeres Libres, welche sie mittels eigener Artikel unterstützte.

Die Frauen der Mujeres Libres gaben Kindern und Erwachsenen Unterricht, beispielsweise im Autofahren und besuchten Verwundete in den Krankenhäusern, um sie moralisch zu unterstützen[11].

Insgesamt sind beide Bücher empfehlenswert, um sich mit linker Bewegungsgeschichte zu beschäftigen, wobei sich das Buch von Silke Makowski mehr zur speziellen Thematik der Frauen im Widerstand beschäftigt.

Silke Makowski: Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern– Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933, Verlag gegen den Strom, Hans-Litten-Archiv München, 2016

David Porter: Entfachte Utopie – Emma Goldman über die Spanische Revolution, Unrast Verlag, Münster 2016



1 „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933" von Silke Makowski, S. 58

2 Ebenda, S. 54

3 Ebenda, S. 54

4 Ebenda, S. 55, S. 58-59

5 Ebenda, S. 61

6 Ebenda, S. 59

7 Ebenda, S. 61

8 Ebenda, S. 63

9 "Entfachte Utopie – Emma Goldman über die Spanische Revolution" von David Porter, S. 330-331

10 Ebenda, S. 338

11 Ebenda, S.343

Reinhold Schlotz

Von Golgatha nach Auschwitz

fb Mit diesem kleinformatigen Büchlein, das den Untertitel "Die Mitverantwortung des Christentums für den Holocaust" trägt, zeigt Reinhold Schlotz die christlichen Grundlagen und Voraussetzungen auf, die den Faschismus mitsamt der Vernichtung von Millionen Jüd*innen erst möglich machten. Wie Schlotz schreibt, war "die christliche Judenfeindschaft zwar keine hinreichende, aber sehr wohl eine notwendige Voraussetzung" für den Holocaust.

Überwiegend basierend auf Sekundärliteratur wie Karlheinz Deschners gut fundierte kritische Aufarbeitungen zur Geschichte des Christentums sowie Biographien führender Nazigrößen belegt Schlotz die These, dass der rassistische Judenhass der Nationalsozialisten in der fundamentalistischen christlichen Prägung ihrer Protagonisten wurzelte. Während Kritiker*innen wie Deschner noch herausstellten, dass es durchaus progressive Elemente in den ursprünglichen Kernthemen eines Jesus gab, die schrittweise durch machthungrige Kirchenführer auf einen rücksichtslosen Herrschaftsapparat umgemünzt wurden, konzentriert sich diese Abhandlung rein auf die autoritären und hassfördernden Aspekte. Es wird belegt, wie bereits seit dem 2. Jahrhundert Hass und Vernichtung gegen Andersgläubige und insbesondere Jüd*innen geschürt wurden, und dass unter den am höchsten verehrten Kirchenvertretern des Christentums die schlimmsten Hetzer waren. Gezeigt wird auch, dass diese Hetze sich nicht auf reine Rhetorik beschränkte, sondern wiederholt von führenden Geistlichen auch aktiv praktiziert und Massaker ausgeführt wurden. Elitäre Terrortruppen in der Geschichte des Christentums waren solche heute als harmlos betrachtete Orden wie die Jesuiten, Dominikaner und die Franziskaner. Die Dominikaner beispielsweise inszenierten ab 1240 maßgeblich große Bücherverbrennungen, die neben Massen des jüdischen heiligen Buches Talmud diverse andere unersetzliche jüdische Literatur umfassten. Herausragende Persönlichkeiten dieses Ordens bereiteten den Boden für die Knechtung und Enteignung von Jüd*innen. Dominikaner stellten den ersten Großinquisitor Spaniens, der zehntausende Jüd*innen verbrennen und hunderttausende misshandeln ließ. Tausende Jüd*innen wurden auch unter Inquisitoren des Ordens der Franziskaner umgebracht. Franziskaner verlangten, den Juden die Kinder zu rauben und zwangszubehandeln. Der streng hierarchisch organisierte und auf absoluten Gehorsam abgestellte Jesuitenorden bildete das Vorbild nationalsozialistischer Organisationen, insbesondere der SS. Er führte den "Arierparagraphen" zur "Reinhaltung des Blutes" ein und behielt diesen bis 1946.

Die Aufarbeitung christlicher Geschichte verdeutlicht auch, wie widersinnig die recht früh beginnende Verschwörungstheorie von der angeblichen Macht und verhängnisvollen Einflüsse eines Weltjudentums auf die Menschheit war (und ist). Derartige Vorwürfe könnten eher noch den herrschenden Christenkirchen gemacht werden, die in ihrer Geschichte meist intolerant gegen andere Religionen auftraten und selbst im Innenverhältnis abweichende christliche Strömungen mit Gewalt bekämpft haben. In der Folge christlicher Herrschaft wurden viele Millionen Menschen gefoltert und ermordet, selbst ohne den Holocaust einzurechnen. An Beispielen weist Schlotz auch darauf hin, dass die christlich geschürte Angst vor anderen Religionen in Wirklichkeit oft auf gegenteilige Prak- tiken stieß. So waren jüdische Menschen in verschiedenen europäischen Regionen immer wieder viele Jahrhunderte der Verfolgung durch christliche Machthaber einschließlich Internierung, Zwangsbehandlungen und Ermordung ausgesetzt. Verschnaufpausen und Phasen des Friedens gab es für Nichtchrist*innen immer dann, wenn die christlichen Kirchen schwach waren oder manchmal auch, wenn andersgläubige Herrscher*innen mit einer toleranteren Religionshaltung Eroberungen gemacht hatten. "Religionsfreiheit" scheint überhaupt von den Christenkirchen vor allem dann eingefordert worden zu sein, wenn sie selbst schwach waren, während diese in ihrer Geschichte immer wieder beseitigt wurde, sobald das Christentum weitreichende Herrschaft erlangt hatte. Ein weiteres Thema dieses Buches ist der Kampf der Kirche gegen die Einführung und Beibehaltung der Menschenrechte.

Weitgehend erfolgreich inszenieren sich katholische und evangelische Kirche als Widerstandskämpfer gegen den Faschismus. Dabei berufen sich diese auf die wenigen Christen im Widerstand, die ihrerseits von ihren Kirchen im Stich gelassen wurden und deren Aktivitäten insbesondere auch im Widerspruch mit der faschismusbejahenden Kirchenpolitik standen. In Verdrehung der historischen Tatsachen wird nicht die Kooperation mit faschistischen Führern in Italien und Deutschland oder auch die Unterstützung bei deren Einsetzung als Ursache der nationalsozialistischen Terrorherrschaft benannt, sondern den "Ungläubigen" die Schuld am Holocaust zugeschrieben - beispielsweise in einer Rede des deutschen Papstes Benedikt XVI im September 2010.

Wertvoll macht dieses Buch die kompakte Benennung der christlichen Führer*innen, die dem Holocaust den Weg ebneten, sowie der faschistischen Protagonisten, die ihre Ideologie einer fundamentalistischen christlichen Erziehung entnahmen. Dabei werden Tagebucheinträge, Reden und Publikationen dieser Personen herangezogen. In knapper Form werden wesentliche Kirchenpolitiken dokumentiert und damit gezeigt, dass es sich nicht um passives Geschehenlassen handelte, sondern Kirchenführer aktiv die Vernichtung der Jüd*innen mitgestalteten und vorantrieben. Welch verhängnisvolle Grundlage Martin Luthers Hetze gegen Andersgläubige und Minderheiten für die ideologische Herleitung des nationalsozialistischen Weltbildes hatte, haben wir in der vorherigen Ausgabe des grünen blatts dargestellt. Dass NS-Führer sich nicht nur auf dessen Anleitungen zur Auslöschung des Judentums bezogen, sondern ihre Leitmotive auch diversen anderen christlichen Heiligen und ihren Hasspredigten entnahmen, wird hier ebenso verdeutlicht.

Reinhold Schlotz: "Von Golgatha nach Auschwitz. Die Mitverantwortung des Christentums für den Holocaust"
Alibri Verlag, Aschaffenburg, 2016
ISBN 978-3-86569-242-9
125 Seiten, Taschenbuch

Anton Grabner-Haider/Franz Wuketis

Religion als Zeitbombe?

fb Passend zu dem Zeitgeist von Paranoia vor sich in die Luft sprengender islamistischer Selbstmordattentäter behandelt dieses kleine Buch aus dem religionskritischen Alibri-Verlag den destruktiven Gehalt der Religionen. Hierbei wird ein knapper, aber vielfältiger Einblick in historische und gegenwärtige Glaubensrichtungen, vor allem aus dem eurasischen und nordafrikanischen Raum gegeben. Dabei werden die geschichtlichen Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Religionen gezeigt, ebenso wie das teilweise schon vorhandene humanitäre Denken, das bereits vor der Machtergreifung der monotheistischen Religionen durchaus vorhanden war. Interessant sind die vielen Bezüge zu Symbolen, Begriffen und Traditionen, auf die wir auch in der gegenwärtigen Gesellschaft stoßen und die sich als durch von verschiedensten religiösen Vorstellungen der Vergangenheit verwoben erweisen.

Etwas lästig erscheint die wiederholt vorgetragene Betonung zu würdigender Aspekte religiöser Überzeugungen. Sicherlich ist das Anliegen, nicht einseitig und ausschließlich religionsablehnend zu erscheinen. Aber es hätte auch genügt, nur ein-, zweimal darauf zu verweisen, dass Religionen nicht immer nur Schlechtes bewirkt haben, auch wenn sie in der Regel zur Etablierung, Festigung und Erweitung von Herrschaft benutzt wurden. Stattdessen entsteht der Eindruck, die Autoren wollten beschwören, dass Religion an sich eine wichtige Entwicklung der Menschheitsgeschichte sei. Es wird aber auch erkennbar, dass positive Werte, die einzelne Glaubensrichtungen für sich beanspruchen, schon lange in menschlichen Gesellschaften bekannt waren und die Beschränkung ihrer Herkunft und Verbreitung auf religiöse Lehren und Gebote verkürzt wäre. Allerdings waren verschiedene Religionen erfolgreich bei der flächendeckenden Machtübernahme breiter Gesellschaften und deren Prägung mit ihrer Sichtweise auf Mensch und Welt.

Wenig überzeugend kommt der Teil daher, in dem versucht wird Religionen als evolutionäre Phänomene hinzustellen, die quasi notwendig gewesen wären, um sich als Menschheit entwickeln zu können. Gewiss waren dominante Glaubensrichtungen erfolgreich dabei sich gegen den Rest durchzusetzen; das zeigt aber doch nur, dass dies möglich ist, aber keinesfalls, dass solche Entwicklungen notwendig für die Entwicklung des Menschen wären. Insbesondere der Versuch Religion als biologisches Phänomen zu interpretieren, wird nicht überzeugend argumentiert. Hier scheint es zu einer Vermischung soziologischer Beobachtungen mit naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu kommen. Aus beobachteten Phänomenen werden Ableitungen auf naturmäßige Prozesse gemacht, die zumindest durch die in diesem Buch vorgetragenen Argumente nicht belegt werden. Dass viele Menschen dankbar in die Religion und überirdische Erklärungsversuche flüchten, wenn sie mit Nöten konfrontiert sind oder ihre Umwelt nicht verstehen können, ist nachvollziehbar, ist es doch oft einfacher eine göttliche Begründung zu finden, als beispielsweise das Ende der eigenen Existenz oder der geliebter Menschen hinzunehmen. Womöglich ist dies ein Hinweis darauf, dass unsere Gesellschaft noch geistigen Entwicklungsbedarf hat, dass eine "Aufklärung" der Menschheit, auch wenn sie bereits ein historischer Begriff ist, noch nicht erreicht ist.

Jede der behandelten Glaubensrichtungen wird in diesem Buch auf verschiedene religiöse Charakteristika abgeklopft - u.a. die Wirkung als "Sedativum", "Plazebo", "Lebenselixier", "sozialer Kit" und als "Zeitbombe". Hierbei wird betont, dass das zerstörerische Potenzial bereits in allen Religionen angelegt ist. Je stärker der Alleindefinitionsanspruch einer Religion ist, desto mehr Gewalt und Opferbereitschaft werden zur Durchsetzung der eigenen Überzeugungen propagiert. Hierbei schimmert bei der Analyse des Islams, die ganz zum Schluss kommt, eine einseitig erscheinende Angst vor diesem durch, die sicherlich auch aktuelle Diskurse widerspiegelt. Sicherlich ist die Angst davor, Opfer eines Anschlags zu werden, nachvollziehbar - schlecht begründet erscheint aber die Akzentuierung des gegenwärtigen Islams als eine Gefahr für die Welt auf der einen Seite und die angebliche Rückbesinnung der herrschenden christlichen Auffassungen zum friedlichen Kern der Lehre eines Jesus. Insbesondere die letztere Deutung ist gefährlich, da hier die Dynamiken, die das gewalttätige Christentum in seiner zweitausendjährigen Geschichte immer wieder an den Tag gelegt hat, unterschätzt werden. Eine historische Betrachtung der Christenkirchenhistorie legt nahe, dass sich das Christentum derzeit nur in einer - durch die von ihm ermöglichten Weltkriege selbstverschuldeten - Machtsenke befindet. In solchen Phasen wurden auch früher schon positive Kerne der Jesuslehre vorgekehrt, nur um bei Rückerlangung umfassender Macht wieder Gewalt gegen Andersglaubende zu richten. Es gab seit der Geburt des Christentums immer wieder solche Episoden in der Geschichte. Christliche Unterdrücker waren nach allzu schweren Exzessen gegen ihre Feinde für einige Jahrzehnte genötigt, toleranter zu agieren und sich für Religionsoffenheit einzusetzen. Sobald dann wieder die Mehrheit erlangt war, war es mit Religionsfreiheit und Toleranz bei den christlichen Herrschern oft wieder vorbei.

Zusammengefasst: Wer einen Überblick über die Religionen unserer Geschichte und ihre gesellschaftlichen Charakteristika sucht, kann in diesem Büchlein Nützliches finden. Manche Schlussfolgerungen und Bewertungen seitens der Autoren können allerdings nicht überzeugen.

Anton Grabner-Haider/Franz Wuketis: "Religion als Zeitbombe? Biologische und kulturgeschichtliche Analysen"
Alibri Verlag, Aschaffenburg, 2016
ISBN 978-3-86569-244-3
126 Seiten, Taschenbuch

Rezensionen:

Das geheime Leben der Bäume

rd Der Titel ist ein wenig irreführend, denn die Bäume versuchen gar nicht etwas geheim zu halten. Die meisten Menschen haben bisher ziemlich wenig Interesse an der Kommunikation von anderen Lebewesen gezeigt, Ausnahmen waren die Haustiere und teilweise die Nutztiere. Und natürlich Menschen, die das interessiert.

Peter Wohlleben, der Förster aus der Eifel, hatte das Glück, einen Arbeitgeber zu finden, der einen Naturwald möchte. Aus dieser Position heraus war er offen genug um vom Wald zu lernen. Zusätzlich bildete er sich durch Studien an Unis, weiterführende Bücher und Veröffentlichungen bzw. Reisen. Anhand von 36 Kapiteln versucht er uns Menschen näher zu bringen, wie Bäume fühlen, untereinander kommunizieren, eine Sozialgemeinschaft bilden die sich gegenseitig hilft, wie Familienkinder genährt werden und dass Bäume auch lernen können. Er beschreibt sehr gut, was für die Wälder wichtig ist und dass sie ein Teil der Lösung des Klimaproblems sind. Wenn wir sie endlich mal in Ruhe lassen, werden wir in der Zukunft wieder Wälder erhalten. Gängige Lehrmeinungen aus den konventionellen Forstwissenschaften bezeichnet er noch sehr schmeichelhaft als „mindestens irreführend". Den Sprung zum Gartenbau will dieses Buch nicht leisten, auch wenn er dort zu „mehr Wildheit" aufruft. Aber wenn wir die Erkenntnisse über Bäume auf den Garten umsetzen, so bedeutet das in der praktischen Umsetzung Permakultur.

Ein rundum gut gelungenes Buch über Wälder, das an seine anderen Bücher über Bäume nahtlos anschließt.

Peter Wohlleben: "Das geheime Leben der Bäume"

2015; 220 Seiten; 19,90 EUR

ISBN 978-3-453-28067-0



Abbildung: Buchcover, LUDWIG Verlag

Graphic Novel Rezensionen:

"Die zweite Geneneration" und "Das Überleben der Spezies"

reka Die Graphic Novel "Zweite Generation - Was ich meinem Vater nie gesagt habe" von dem international bekannten Künstler Michel Kichka handelt von seiner Kindheit, die er als Sohn eines jüdischen Holocaust-Überlebenden in Belgien verbracht hat und welche die Auswirkungen des Überlebens solcher Erlebnisse auch auf das Familienleben und die folgende Generation beschreibt.

"Ähnlich wie es dem Roman gelegentlich gelingt, die Vergangenheit besser begreiflich zu machen als gelehrte wissenschaftliche Abhandlungen, gelingt dem Comic mit seiner Verzahnung von Zeichnung und Text eine intensive, unmittelbare Empfindung, eine bestürzende Metaphorik des Lachens und der Tränen." so Prof. Bourel, Historiker und Autor der Einleitung.

Wobei es in dem Buch nicht darum geht mit dem Vegangenen zu kämpfen, sondern stattdessen damit zu leben, der jeweiligen Generation angemessen. Der weiche Zeichenstil, die Wortwahl und die Darstellung der Gefühle und Erlebnisse des Kindes Michel sowie dem späteren Jugendlichen "erreichen gemeinsam eine Tiefgündigkeit, die ein schlichtes Dokument nicht vermitteln kann.". So verstrickt er die Handlungsstränge des alltäglichen Lebens mit Szenen der Erzählungen seines Vaters über verschiedene Erlebnisse, die er während der Gefangenschaft in Ausschwitz gehabt hat. So wird beispielsweise durch die Suppe mit der Familie am Küchentisch die Erinnerung an den Todesmarsch wach, wo sich der Vater nach einer solchen Suppe so sehr gesehnt hat.

"Er muss im Lager alle Tränen geweint haben, die sein Körper hergab. Er musste um seine Mutter weinen, um seinen Vater und um seine Schwestern. Die Quelle seiner Tränen ist für immer versiegt. Deshalb hat sein Arzt ihm auch Augentropfen verschrieben."

So wird jedes eigene geborene Kind zu einem "Sieg über die Boches" (Deutschen, Anm. d. Red.) und wie in vielen aschkenasischen Familien nach der Shoah bekamen sie die Namen der Umgekommen.

So tritt das Hauptthema des Buches,

die Vater- und Sohn-Beziehung, neben dem großen, schweren historischen Thema des Holocausts fast in den Hintergrund. Wie prägend das Thema selbst noch für die Kinder der Überlebenden ist, wird unter anderem auch durch den Selbstmord des Bruders verdeutlicht, wobei die dadurch aufgeworfene Frage, ob er nun ebenfalls ein Opfer der Shoa geworden ist, offen bleibt und bei den Leser*innen nachhallt.

So ist der Selbstmord des eigenen Sohnes vermutlich auch ein Auslöser, weshalb der Vater beginnt, in Schulen von seinen Ausschwitzerfahrungen zu berichten und Führungen durch Ausschwitz anzubieten. Wie wichtig solche Arbeit gerade auch in der heutigen Zeit immer noch ist, kann mensch beispielsweise an den verbalen Ausfällen einiger AfD-Politiker*innen wie Höcke entnehmen, der das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet hat.

So ist der Künstler Michel Kichka mit dem Projekt CARTOONING FOR PEACE aktiv, um mittels Kolloquien und Ausstellungen politischer Cartoons auch die politische Gegenwart zu beeinflussen.

Alles in allem ist es ein empfehlenswertes Buch, das es schafft, das Thema Holocaust auch für heutige Generationen wenigstens etwas nachfühlbarer zu machen und den Bezug zur heutigen Zeit herstellt.

Zweite Generation - Was ich meinem Vater nie gesagt habe, Michel Kichka, Egmont Verlag, 2014



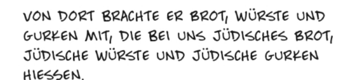










Abbildung: Buchcover, LUDWIG Verlag

Abbildung: Egmont Verlag

Die Graphic Novel "Das Überleben der Spezies: Eine kritische, aber nicht ganz hoffnungslose Betrachtung des Kapitalismus" von Paul Jorion und Gregory Makles liest sich ein bisschen wie eine Sammlung von Karikaturen über den Kapitalismus, obwohl es gleichzeitig das kapitalistische System in seiner Entstehung, Wirkweise und seinen kranken Auswüchsen versucht zu erklären und näher zu bringen. Dies gelingt auch teilweise, wobei eine sympathische Hauptfigur, mit der sich identifiziert werden kann und deren Leben und Handeln als roter Faden durch die Graphic Novel verfolgt werden könnte, fehlt.

Paul Jorion, Wirtschaftsexperte und -kolumnist erklärt mit bitterbösem Humor, wie und weshalb diese Gesellschaftsform die menschliche Spezies ausrotten wird. Hierbei wird sogar vor darwinistischen Erklärungen nicht halt gemacht, denn die Lieblingsbezeichnung des Stereotypen Kapitalisten für den Arbeiter ist "TDS", das bedeutet "Tod den Schwachen".

Des Weiteren ist zu kritisieren, dass die Problematik der Herrschaft und der Hierarchien komplett ausgeklammert wird, sowie viele weitere Themen, die mit dem Kapitalismus einhergehen, wie die Diskriminierung und Unterdrückung durch Rassismus, Sexismus, Homophobie und vieles mehr.

Der Zeichenstil besticht einerseits durch seine skizzenhafte Leichtigkeit und andererseits durch eine relativ große Vielzahl an verschiedenen Arten der Darstellung des Menschen. Die humorvolle Art und Weise trägt den/die Leser*in durch die Graphic Novel und hilft so dem besseren Verständnis der Thematik. Auch die Darstellung des gewissenlosen Bankers mit einer Maske, die mensch von Massenmördern in Horrorfilmen kennt, kann sich einem gewissen Reiz nicht entziehen.

Insgesamt ist es eine eher humorvolle Graphic Novel über das kapitalistische System und kann für Menschen, die sich noch nie theoretisch damit beschäftigt haben, auch informativ sein.

Das Überleben der Spezies - Eine kritische, aber nicht ganz hoffnungslose Betrachtung des Kapitalismus, Paul Jorion & Gregory Makles, Egmont Verlag, 2014

Frohe Weihnachten „überall“

Arne A. Dass im Haus für die Sicherungsverwahrten in Rosdorf (Niedersachsen) von der Anstalt kein Weihnachtsbaum aufgestellt wird, wie in den anderen Häusern der selben Anstalt, ist schon bezeichnend für die Menschen verachtende Grundhaltung in ihrem persönlichem ,,Guantanamo“. Jedoch wollte man den Sicherungsverwahrten dort zum Fest der Liebe auch ein paar schöne Bescherungen machen. Dass wir keine Gefangenen mehr sind und unsere Strafe abgesessen haben, hindert sie nicht daran, den Justizapparat mal hoch zu fahren. So sprangen am 13.12.16 um 04.00 Uhr morgens, natürlich nur im Haus für Sicherungsverwahrte, bei allen die Türen auf und mehrere ,,gut bekleidet und ausstaffierte“, durch lautes Grölen erkennbare Bedienstete in unsere Unterkunft. Von einer Taschenlampe in die Augen geblendet wurden wir stammtischmäßig aus dem Bett komplimentiert. Da die Gelüste wohl aufgrund erheblichen ,,Notstandes“ sehr hoch waren, mussten wir uns sodann komplett entkleiden, sodass jener ,,Notstand“ fürs Erste einmal befriedigt wurde. Anzumerken ist, dass für diese Art des sexuellen Missbrauches andere Personen lange in Haft kommen. Aber so ist das eben, wenn zwei das Gleiche machen, ist es noch lange nicht das Selbe. Zumal, wenn sie bei der Justiz beschäftigt sind. Da spielt es dann aber auch keine Rolle, dass im Gesetz steht: „Eine körperliche Durchsuchung nach Absatz 1, die mit einer Entkleidung verbunden ist, ist nur bei Gefahr im Verzuge oder auf Anordnung der Anstaltsleiterin oder des Anstaltsleiters im Einzelfall zulässig.“ (Nds. SVVollzG. §81 Abs.2) Ebenso gibt es dazu ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht vom 05.11.20l6. Tja, um einen ,,Einzelfall“ hat es sich nicht gehandelt, da gleich ein ,,Rundumschlag“ gemacht wurde. Gefahr im Verzug? Auch hier wird die Argumentation unserer Peiniger karg ausfallen, denn beim Großteil der Sicherungsverwahrten wurde danach nicht einmal die Zelle durchsucht. Somit bleibt eigentlich eine Schikane aus niedrigen Beweggründen. Belesene Menschen erinnern sich sicherlich, dass dieser Paragraf vom November 1936 stammt. Ein Schelm, der jetzt böses dabei denkt. Aber zum Glück nennen wir inzwischen dieses Gebiet einen ,,Rechtsstaat“. Woher dieses ,,Recht“ kommen soll, dessen bin ich mir immer noch nicht und gerade nach dieser ,,Weihnachtsaktion“ immer weniger sicher. Vor einiger Zeit schrieb mir das Bundesministerium der Justiz, dass Sicherungsverwahrte ihre Strafe abgesessen haben und von daher: ,,anders behandelt werden müssen“. Wie ,,anders“? So wie es zur Entstehungszeit des Paragrafen war? Denn das, was demgegenüber an Verbesserungen im Gesetz steht, wird nicht umgesetzt. So verlangt §2.1 Nds. SVVollzG, dass für Sicherungsverwahrte ,,die Vollstreckung der Unterbringung möglichst bald zur Bewährung ausgesetzt oder für erledigt erklärt werden kann.“ Und §4.2 des selben Gesetzes erläutert: ,,Zu den Betreuungsmaßnahmen nach Absatz 1 zählen insbesondere psychiatrische, psychotherapeutische und sozialtherapeutische Behandlungsmaßnahmen. [Diese] müssen dem Stand der Wissenschaft entsprechen. Soweit standardisierte Behandlungsmaßnahmen nicht ausreichen oder keinen Erfolg versprechen, sind neue Behandlungs- angebote zu entwickeln.“ Und §3.1: ,,Der Vollzug der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung ist freiheitsorientiert und therapiegerichtet auszugestalten.“

Aber somit herzlichen Dank an meine Peiniger, dass sie in der Weihnachtszeit dafür sorgen, dass wir keine Langeweile und etwas ,,Spaß" haben. Wobei der Spaß sicherlich mehr auf der anderen Seite zu verbuchen war.

Warmzeit. Klima, Mensch und Erde

Paris hin oder her, das Weltklima ist in einem desolaten Zustand. Dass beim Weltklimagipfel eher medienwirksam Luftschlösser gebaut wurden, anstatt ein realitätsorientiertes Bemühen um Einhaltung der ausgegebenen wenn-möglich-1,5-Grad Grenze auch tatsächlich einzuleiten, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass diese Grenze schon jetzt (wie auch bereits zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses) fast erreicht ist. Die globale Durchschnittstemperatur lag 2016 – je nach Messung und Berechnung – 1,1 bis 1,3 Grad über dem vorindustriellen Nieveau. So geht der Trend, falls die bisher festgelegten CO_2 Einsparungsziele erreicht werden, zu einer Erwärmung zwischen 2,6 und 4,9 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts. Wobei einzelne Tipping-Points, die positive Rückkopplung und somit schnellere und stärkere Erwärmung verursachen, früher erreicht werden könnten als gedacht. So schmilzt das arktische Meereis in den letzten Jahren in einer Geschwindigkeit, die auch die pessimistischsten Prognosen noch übertrifft.



Der vorliegende „Klimaatlas“ liefert eine umfassende Übersichtsaufnahme über den aktuellen Stand des Klimawandels, die Prognosen seines Voranschreitens, die Auswirkungen auf den Planeten und diskutierte wie tatsächliche Gegenmaßnamen und Anpassungen. In 28 Artikeln, gespickt mit anschaulichen Grafiken liefert das Heft, wie von den Atlanten der Globalisierung gewohnt, fundiert kompaktes Hintergrundwissen zum Thema und versucht – recht erfolgreich – alle Aspekte zu erfassen. Das sind nicht nur Hardfacts zum Auftauen von Permafrostböden oder dem Fracking-Boom, sondern auch Betrachtungen über die sich schon jetzt aus dem Klimawandel ergebenden sozialen Verwerfungen bis hin zu dessen Teilursächlichkeit für den syrischen Bürgerkrieg.

Edition Le Monde diplomatique
ISBN:978-3-937683-62-1

Rezension: "Anarchismus Hoch 3"

Interessante Interviews mit Anarchist*innen?

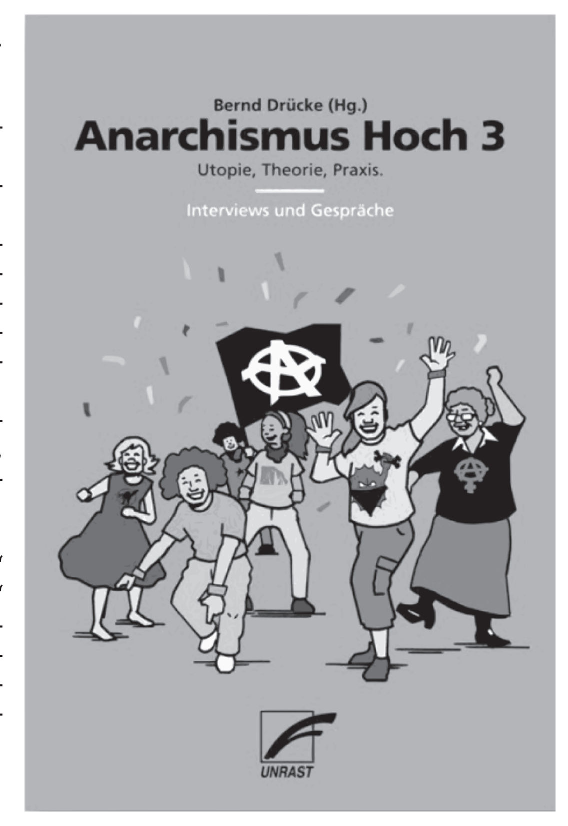
Irene Das Buch „Anarchimus Hoch 3 – Utopie. Theorie. Praxis" enthält zahlreiche bunt gemischte Interviews mit unterschiedlichen Persönlichkeiten, die sich größtenteils als anarchistisch verstehen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Organisation in Kollektiven.

So werden beispielsweise in drei Interviews zu den Verlagen Unrast, Edition Nautilus und Assoziation A unterschiedliche Ansätze in der Verlagsarbeit präsentiert von Finanzierungsmodellen bis zur Buchauswahl, verbunden mit der Frage nach den jeweiligen Lieblingsbüchern. Weitere interviewte Kollektive sind das Druckereikollektiv „fairdruckt" (jetzt „onbones") und der vegane (Versand-)Handel „roots of compassion". Vorgestellt werden auch Buchautoren wie Andreas Kempker und Jochen Knoblauch, die Regisseure von „Projekt A" mit der Entstehungsgeschichte des Films sowie der anarchistische Buchladen „black pigeon" aus Dortmund, der neben einem Buchladen auch einen Anlaufpunkt im Stadtteil bietet. Auch mit den Interviews einer Kommunardin und Aktiven in der Freien Arbeiter*innen Union (FAU) werden Möglichkeiten für ein kollektiveres Arbeiten und Zusammenleben sichtbar. Ansätze für Interventionen in gesellschaftliche Kämpfe werden durch einen Graswurzel-Aktivisten mit Kartoffelschleudern gegen Genfelder und Besetzungen des Gefechtsübungszentrums Heer in der Altmark (GÜZ) und durch Hausbesetzerinnen im Kampf für ein soziales Zentrum dargestellt.

Spannend sind besonders die Interviews zur Situation von Anarchist*innen und sozialen Bewegungen in der Ukraine, Russland, Indonesien, der Türkei und in Griechenland, die einen kleinen Einblick in Probleme und Organisationsmöglichkeiten dort ermöglichen.

Leider bleiben die Interviews oft oberflächlich und an interessanten Punkten wird nicht nachgehakt, So werden zum Beispiel Projekte gegen die HEW-Lesetage erwähnt oder über libertäre Ansätze in der Occupy-Bewegung gesprochen, aber nicht nachgehakt worin die Projekte bestehen oder welche Ansätze von Occupy libertär sind. Es wird die Spaltung der Linken in der Ukraine thematisiert, aber nicht wie damit umgegangen wird.

Außerdem bringt der Interviewer die eigene Position stark ein, was sich nicht nur an der Auswahl der Personen (die v.a. aus dem ihm nahestehenden Teil anarchistischer Bewegung stammen), sondern auch an den Interviews selbst zeigt. Es wird für meinen Eindruck eher versucht Meinungsvielfalt klein zu reden anstatt sie auszuhalten und darzustellen. Das ist vor allem bei den kurzen Debatten um Gewalt(freiheit) zu merken, aber auch wenn bemängelt wird, dass die anarchosyndikalistische Gewerkschaft FAU ihre Zeitung „Direkten Aktion" (DA) als Printausgabe einstellt oder gefragt wird, warum „die DA, die Graswurzelrevolution, die Găi Dào, die Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen, libertäre Verlage und Projekte" als „real existierender Anarchismus" nicht in dem „Film Projekt A" vorkommen - als ob es bei Anarchismus alleinig um die Herstellung von Büchern und Zeitungen ginge und die porträtierten Personen nicht dazu gehören würden. Aber auch Menschen, die in Griechenland ein Feuerwehrauto anzünden (wie im Film zu sehen) können sich durchaus als Anarchist*innen verstehen und ich würde ihnen das nicht absprechen, bloß weil ich eine Aktion nicht nachvollziehen kann. Dabei ist gerade auch an diesem Buch zu merken, dass die Wahrnehmung was als anarchistisch gilt, sehr subjektiv ist, denn es werden durchaus auch Projekte und Personen interviewt, die sich nicht unbedingt als anarchistisch verstehen, was aber in den Interviews nicht immer klar wird. Teilweise habe ich das Gefühl, dass Personen und Projekte als anarchistisch vereinnahmt werden, obwohl sie sich die Selbstbezeichnung gar nicht geben wollen – wozu der Titel und Anspruch des Buches nicht passt. Dem zu Grunde liegt vermutlich aber auch generell die Schwierigkeit, dass zwar manche Gruppen sich als explizit anarchistisch bezeichnen, anderen inhaltlich dem Anarchismus nahe Stehenden sich aber nicht labeln lassen wollen – vermutlich auch das ein Grund warum es wenige gute Bücher



über aktuellen Anarchismus im deutschsprachigen Raum gibt. Die Interviews bieten insgesamt einen kurzen, oberflächlichen Einblick in verschiedene Projekte, die der Interviewer interessant fand und manchmal auch in unterschiedliche Wege, wie Menschen zu einer anarchistischen Haltung gefunden haben und diese leben – wer danach sucht, wird hier fündig.

Sybille-Christin Jacob / Detlef Drewes

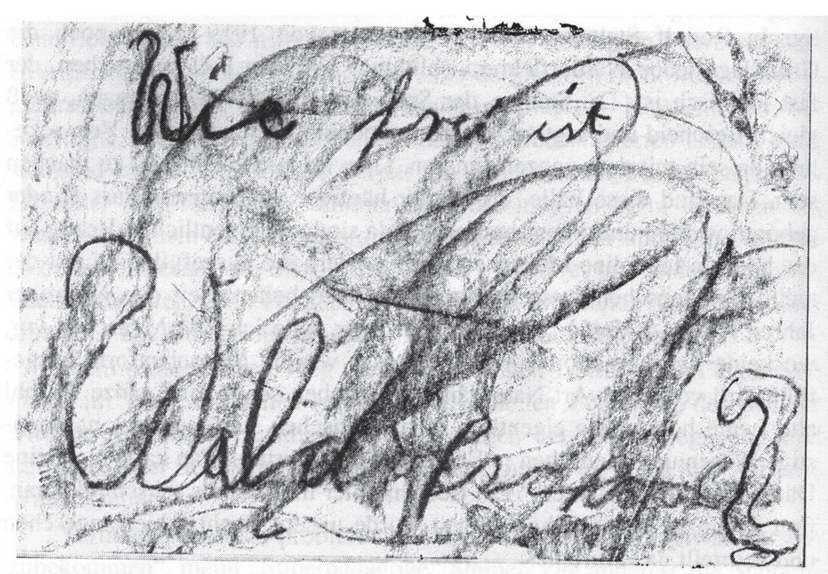
Aus der Waldorfschule geplaudert

fb Dies ist nicht die erste Besprechung eines waldorfkritischen Buches im grünen blatt. Aber es scheint, dass jedes davon andere Blickwinkel auf das Thema wirft und neue erschreckende Informationen zutage bringt. In der vorliegenden Veröffentlichung aus dem Alibri-Verlag kommt mit Sybille-Christin Jacob die Mutter dreier Waldorf-Schulkinder zu Wort. Sie und ihr Partner waren als nicht-anthroposophische Eltern an der Errichtung einer neuen Waldorf-Schule in ihrer Stadt beteiligt und erhielten somit Einblicke spezieller Art. Besonders wertvoll wird das Buch durch die Wiedergabe und Erörterung der Wahrnehmung von Waldorf-Eltern dazu, wie es geschehen kann, dass sich für aufgeklärt und intelligent haltende Menschen über eine lange Zeit die vielen Hinweise darauf, dass dort etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, übersehen oder relativieren können und erst ziemlich spät den Absprung schaffen - nachdem die Kinder längere Zeit Symptome beklagt und sogar den Schulwechsel gefordert hatten. Neben solchen sehr konkreten Erfahrungen von Jacob fließen in das Buch weitere Analysen und Hintergrundinformationen ein, an denen Koautor Detlef Drewes mitgewirkt hat.

Angesichts dessen, dass auch heute noch Eltern, teils aus linken, alternativen Kreisen, ihre Kinder auf diese Schule schicken, ist eine Analyse der Beweggründe solcher Menschen wichtig. Damit kann das Buch "Aus der Waldorfschule geplaudert. Warum die Steiner-Pädagogik keine Alternative ist" einen wertvollen Beitrag leisten, um nicht noch mehr Autoritätsgläubigkeit, Esoterik und Okkultismus entstehen zu lassen. Diese drei Themen waren wichtige Bestandteile von Rudolf Steiners Wirken, also des Begründers der Waldorfpädagogik und der religiös-esoterischen Anthroposophie. Er selbst bezeichnete seine Ideologie immer wieder als okkult und esoterisch; aus seiner Sicht positiv besetzte Begrifflichkeiten. Und auch die Forderung, dass die Kinder zu absoluter Unterordnung unter Autoritäten zu erziehen seien, betonte er wiederholt.

Warum sich Waldorf-Eltern trotz aufkommender Widersprüche lange von dieser Schule einlullen lassen, versucht Detlef Drewes zu erklären: "Eine derart von anderen Einflüssen isolierte Familiengemeinschaft ist am Ende total auf das System hin ausgerichtet. Zunächst aus zeitlichen Gründen, weil man vor lauter Aktivitäten für die Schule (man sagt natürlich für das Kind) zu nichts anderem mehr kommt. Aber dass diese Bindung vielleicht Strategie sein könnte, deren Ziel das Nicht-mehr-Infragestellen des Systems ist, wird nur denen klar, die sich einen letzten Freiraum erhalten. Derart ausgegrenzt und abgeschottet sind alle Tore offen für einen blinden Gehorsam, den man noch gerne auf sich nimmt, weil man ja das Gefühl pflegen kann, etwas Anderes (soll heißen: etwas Besseres) zu sein. Dass sich, wenn man von den druckvoll durchgesetzten Leitlinien abweicht, nur noch schlechtes Gewissen breitmacht, weil man seine Persönlichkeit plötzlich im Geheimen ausleben muss, wird zwar von vielen so erlebt, aber nur von wenigen zugegeben. Kein Wunder: Man müsste ja offenbaren, dass man sich für diese, selbst gewählte Elite offenbar noch nicht qualifiziert hat. Auf diese Weise erhält und reguliert sich das System selbst und zwar auf die denkbar perfideste Weise: Es nutzt nämlich das offenbar bei vielen Eltern vorhandene Bedürfnis nach gesellschaftlicher Sonderstellung, um sie erst hineinzuziehen und dann dafür zu sorgen, dass man nicht mehr herausfällt, weil man sich eingestehen müsste, für eine solche Elite ungeeignet zu sein."

Wenn mensch sich den Unfug, der den Schüler*innen von der Waldorfschule als "Erkenntnisse" eingeimpft wird, vor Augen hält, erscheint es unglaublich, dass solche Schulen in der Öffentlichkeit immer noch als fortschrittlich, positiv oder irgendwie im Sinne der Kinder betrachtet werden. Die Autor*innen erläutern eindrücklich wie verschiedene Aspekte von Steiner-Glauben im Schulalltag eingebaut werden. Dabei wird deutlich, dass oft die Begrifflichkeiten an gängige wissenschaftliche Dinge anlehnen, aber da sie anthroposophisch gedeutet werden etwas völlig anderes, mystisches, überirdisches meinen. Es geht dabei zum Beispiel um die Magie von Zahlen, Vermengung historischer Ereignisse mit Legenden, die aber als solche nicht gekennzeichnet werden, die Verarbeitung grausamer Details in Märchen und anderen Erzählungen, um schließlich junge Menschen zu formen, die nicht mehr nachfragen, sondern einfach glauben, was ihnen



„Wie frei ist Waldofschool?“ – Wenn ein zehnjähriges Mädchen eine solche Frage stellt, ist sie damit eigentlich auch schon beantwortet.

durch Autoritäten vermittelt wird und sich bedingungslos unterordnen. Steiner geht dabei soweit zu behaupten, dass Denken schädlich sei und über den Großteil der Schulzeit zu vermeiden wäre. Er behauptet andernfalls würden sich organische Krankheiten entwickeln oder das Kind in seiner nächsten Inkarnation großes Leiden erfahren.

Dies ist ein weiterer Aspekt der Waldorfpädagogik: Karma und Reinkarnationen gehören zum Menschenbild, auf dem diese Lehre aufbaut. Praktisch bedeutet das, dass ein Unglück nicht etwa den Umständen geschuldet ist, sondern von den Fehlern, die die Betroffene in einem früheren Leben begangen haben müsse, hergeleitet wird. Die Karmalehre bewirkt, dass es kaum einen Grund gibt sich gegen die herrschenden Verhältnisse zu wehren, denn einerseits ist sowieso alles vom Karma vorgegeben, andererseits sind individuelle Leiden selbst verschuldet. Im Buch wird ein Beispiel aus dem Waldorf-Alltag beschrieben: Da wurde ein Waldorfgebäude ausgebaut und die Baustellenfahrzeuge über einen Behelfsweg über das Kindergartengelände direkt am Sandkasten vorbeigeführt - es gab keinen Zaun und keine besonderen Vorsichtsmaßnahmen. Auf das besorgte Drängen der Mutter hin wurde erklärt, dass jedes Kind einen Schutzengel habe und schon nichts passieren würde. Von den Autor*innen wird hier ergänzt, dass im Falle eines Unfalles dann argumentiert werden könnte, es habe am Karma des Kindes gelegen und nicht an der mangelnden Baustellensicherung durch die Waldorfschule.

Dramatisch geschildert werden auch die Methoden, mit denen die Kinder von klein auf für die Anthroposophie konditioniert werden. Das beginnt mit ständig wiederholten Sprüchen, die so steinersch-verwurschtelt klingen, dass ihre Bedeutung kaum zu verstehen ist, insbesondere nicht für die jungen Menschen, die damit konfrontiert werden. Es geht weiter mit ausgesuchten Märchen, die ein krasses Schwarz-Weiß-Bild der Welt zeichnen, blutrünstig sind und dann auch noch in diversen Formen wiederholt und verinnerlicht werden sollen. Dabei wird gezielt die Unterscheidung von Wirklichkeit und Märchenwelt verwischt, so dass den Kindern schwer fallen muss zu erkennen, welche Teile der Geschichten Phantasie sind und was der Realität entspricht. Die Grausamkeit der Geschichten wird durch Steiner gerechtfertigt, indem er behauptet erst durch diese Konfrontation seien die Kinder in der Lage "gut" und "böse" zu unterscheiden. Interessant am vorliegenden Buch ist ein Exkurs über Märchen in der Waldorfschule, wo erörtert wird, wie gezielt ein rassistisches anthroposophisches Weltbild gezeichnet werden soll.

Da Denken, besonders eigenständisches kritisches Denken, von der Waldorfpädagogik als sehr schädlich betrachtet wird, werden die Kinder in dieser Schule damit bis zur siebten Klasse nicht belastet. Erstmal ist der Unterricht von Legenden und Märchenerzählungen, magischen Zahlen und geometrischer Magie gefüllt. Hier soll nachgesprochen, abgezeichnet, abgeschrieben, aber nichts selbst entwickelt werden. Wenn dann ab der 9. Klasse der Fachunterricht beginnt, ist die Grundlage auch für offenere anthroposophische Indoktrination gelegt. Wenn nun die esoterische Denkweise mit fachlichen Themen vermengt wird, fällt das nicht so sehr auf, weil die Schüler*innen sich erinnern können, schonmal davon gehört zu haben.

Das Ziel der anthroposophischen Waldorf-Pädagogik ist die Schaffung obrigkeitshöriger, an Geister und Engel glaubender, die herrschenden Verhältnisse nicht infragestellender Menschen. Steiner zufolge soll damit eine Menschheit geformt werden, die bereit für die Inkarnation bedeutender Seelen, wie der von Jesus, ist; sogar mystische Gottheiten erwartete der Guru dieser Erziehungseinrichtung in die anthroposophische Gemeinde hineinzuinkarnieren...

Zuletzt befasst sich das Buch mit der Nähe von Rudolf Steiners Menschen- und Weltbild mit der Naziideologie. Zunächst wird betont, dass zwar Hinweise darauf bestehen, dass Hitler in einigen Formulierungen in den 1920er Jahren aus Steiners Publikationen Rat bezog, aber dass eine derartige Intention auf Steiners Seite nicht erkennbar sei. Vielmehr seien die Denkweisen der beiden recht ähnlich gewesen und fatalerweise habe die NS-Ideologie sich der autoritären Logik der Anthroposoph*innen einfach bedient. Das deutet allerdings schon darauf hin, dass die Schule der Anthroposophie für eine demokratische Gesellschaft gefährlich ist. Das von Anthroposoph*innen gern bediente Argument, für sie und ihre Distanz zum Faschismus spräche ja allein, dass ihre Einrichtungen im Nazireich verboten wurden, weisen die Autor*innen zurück. Hier handele es sich nicht um eine inhaltliche Ablehnung durch die Nazis, sondern um die Ausschaltung einer Konkurrenz, die mit ihrem eigenen Führerkult ideologisch zu nahe war.

Sybille-Christin Jacob / Detlef Drewes: "Aus der Waldorfschule geplaudert. Warum die Steiner-Pädagogik keine Alternative ist"
Alibri Verlag, Aschaffenburg, 2004
ISBN 3-932710-84-3
267 Seiten, Taschenbuch

Pflaster für die Kranken im kranken System?

Jes. Viele Menschen in Deutschland halten es für selbstverständlich das sie, wenn sie zum Arzt gehen, erst einmal eine Krankenkassenkarte vorzeigen müssen. Dass es in den meisten Ländern der Welt kein solches System gibt, wissen sie nicht. Auch nicht, dass in vielen Ländern die meisten Ärzte direkt beim Staat angestellt sind, was Krankenkassen überflüssig macht, in anderen Ländern hingegen fast jeder direkt beim Arzt bezahlen muss.

Jedes Gesundheitssystem hat seine Vor- und Nachteile, aber wenn man mit Menschen in Deutschland spricht sind die meisten begeistert von diesem System. Nicht so aber die Menschen, die von den Medinetzen, Medibüros, medizinischen Flüchtlingshilfen oder Sozialkrankenhäusern behandelt werden. Mindestens 36 solcher Gruppen haben sich unabhängig von einander seit 1994 gegründet, um eine Lücke im System zu verringern, die früher nicht mal existierte.

Die Geschichte dieser selbst verschuldeten Wunde

Bis 1993 waren nämlich alle Menschen, die keine Krankenversicherung hatten im Notfall über die Sozialämter versichert. Unabhängig davon ob und welchen Aufenthaltstitel sie besaßen. Doch mit der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes gab es Menschen, die plötzlich nur noch Anspruch auf Schmerzbehandlung, sowie unmittelbar lebensnotwendige Behandlungen hatten. Konkret lief es darauf hinaus, dass bei chronischen Krankheiten gewartet werden musste bis sie lebensbedrochlich wurden, bei Karies die Zähne gleich gezogen wurden, und die einzigen Medikamente, die viele Asylsuchende bekamen, Schmerzmittel waren.

Wie bei vielen Repressionsinstrumenten wurde der Kreis der aus dem System Ausgeschlossenen beständig größer. Durch die Schengenverträge wurde es zwar für viele Menschen möglich ohne Visa nach Deutschland einzureisen, aber gleichzeitig wurde nichts unternommen, um diesen Menschen eine Sicherheit im Gesundheitssystem zu geben. Gerade Menschen aus Osteuropa arbeiten oder leben in Deutschland ohne den hier üblichen Gesundheitsschutz. Seit den Hartz Gesetzen und der verpflichtenden Krankenversicherung für Menschen die hier offiziell leben, können auch sie aus dem Gesundheitssystem weitgehend herausfallen. Obwohl theoretisch die letzte Krankenkasse in der ein Mensch war, für diesen noch zuständig ist, ziehen Krankenkassen säumigen Zahlern die „Gesundheitskarten" ein und verhindern damit die medizinische Weiterversorgung.

So geraten z.B. Menschen die eine 100% Kürzung des Jobcenters bekommen haben, auch noch in ein medizinisches Desaster. Selbst wenn Sie wieder anfangen ihre Krankenkassenbeiträge zu zahlen, werden sie erst dann wieder regulär versorgt wenn sie 100% ihrer Schulden bei den Krankenkassen bezahlt haben. Und da die Schulden auch noch viel Zinsen erzeugen (12% im Jahr heute bis 2013 sogar bis 60% im Jahr) kommen manche Menschen Zeit ihres Lebens trotz Arbeit und Zahlungen nicht mehr in das System hinein. Und sogar Menschen, die immer normal Krankenversichert waren, haben dadurch Nachteile, da heutzutage eine Behandlung ohne das vorher die „Gesundheitskarte" eingescannt wurde, kaum noch stattfindet. Wer krank ist und sie vergessen hat, wird krank wieder weggeschickt.

Das Pflaster von unten, die Medinetze

Deswegen versuchen die verschiedenen medizinschen Vereine eine Art Nothilfe zu schaffen. Sie arbeiten dabei fast ausschließlich ehrenamtlich, mit Ärzten, die in Not geratene ehrenamtlich behandeln, und bezahlen die notwendigen Medikamente durch Spenden. Dabei machen Sie aber auch klar das sie ihr „Ehrenamt" nicht als „Ehre" sehen. So lud das Medibüro Berlin 2016 die verschiedenen Vereine zum Vernetzungstreffen unter den Motto „Es ist uns keine Ehre" ein.

Die Kritik, die dabei offen diskutiert wurde, ist das der Staat oder die Gesellschaft nur durch diese Ehrenamtler nicht damit konfrontiert werden, dass es viele Menschen ohne medizinische Versorgung gibt, die ohne diese Vereine krank oder sogar sterben würden. Aber ein Ehrenamt das lebensnotwendig ist, ist nicht mehr freiwillig und damit eigentlich auch kein Ehrenamt. Und trotz aller Mühen der Medinetze sterben Menschen in Deutschland an fehlender medizinischer Versorgung. Fast jedes Medinetz kann gleich mehrere Fälle nennen, in denen Menschen an behandelbaren Krankheiten wie Tuberkulose oder auch Lungenentzündung gestorben sind, weil sie nicht rechtzeitig behandelt wurden.

Während die meisten Medinetze ihre PatientInnen nur an Ärzte und Krankenhäuser vermitteln, mit denen sie kooperieren, haben einige medizinische Hilfen wie in Hamburg oder Berlin sogar eigene Praxen. Dort werden jeden Tag zig Menschen behandelt. Insgesamt behandelten die Medinetze schon zigtausend Menschen in ganz Deutschland.

Durch neue Gesetze, wie die verschärften Asylgesetze, die Benennung sicherer Herkunftsländer, aber auch mehr Migration innerhalb Europas, bei gleichzeitigem Ausschluss der EU-Inländer aus dem Sozialsystemen, wachsen die Behandlungszahlen der Medinetze ständig. Da absehbar ist, dass auch dieses ehrenamtliche System langfristig kollabieren wird, kämpfen die Medinetze auch für politische Änderungen. Einige fordern ein neues Gesundheitssystem oder versuchen es sogar selbst ohne den Staat mit den Betroffenen umzusetzen. Am weitesten fortgeschritten ist die Diskussion aber um sogenannte anonyme Krankenscheine.

Das Pflaster des Staates heißt anonymer Krankenschein

Die Idee des anonymen Krankenscheins ist, dass die Gesellschaft wieder ihre Verantwortung für die Kranken übernimmt. Dafür werden anonyme Krankenscheine ausge-

stellt die von Menschen genutzt werden können, die keinen regulären Zugang zum Gesundheitssystem haben. Nachdem erste halbherzige Versuche in Norddeutschland gescheitert sind, weil kaum ein Betroffener ein Anrecht auf einen solchen Schein hatte, hat sich die Situation in einen wenigen Städten schon verändert. So habe Hannover und Göttingen zum Beispiel erste Pilotprojekte gestartet, und auch andere Kommunen haben beschlossen ihrer Verantwortung nicht mehr zu entfliehen, sondern selbst aktiv zu werden.

Das größte Pilotprojekt startet aber gerade in Thüringen. Dort hat die Landesregierung beschlossen zusammen mit den extra dafür gegründeten Verein „anonymer Krankenschein Thüringen e.V:“ einen anonymen Krankenschein zu starten, der jedem Menschen der sich im Freistaat befindet offen steht. Berufen wird sich dabei auf den Artikel 25 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der eigentlich jedem Menschen einen Zugang zu medizinischer Versorgung garantiert. Nach Einschätzungen des MediNetzeJena e.V. wird aber auch dieser anonyme Krankenschein nicht alle Lücken in System schließen, insbesondere da nur reduzierte Leistungen für Menschen, die diesen anonymen Krankenschein nutzen wollen, möglich sind. Der neue anonyme Krankenschein schafft es aber vermutlich das ehrenamtliche System in Thüringen nicht kollabieren zu lassen. Und wird dabei wieder von Ehrenamtlichen errichtet.

Eine Heilung ist nicht in Sicht

Eine wirkliche „Heilung“ des absichtlich in Schieflage gebrachten Gesundheitssystems ist nicht in Sicht. Dabei wäre es so einfach das Gesundheitssystem wieder für alle zu öffnen. Stattdessen verschärft die Politik auf Bundesebene ständig die Probleme der Menschen. Und Parteien wie die AFD wollen sogar die ehrenamtlichen Strukturen kriminalisieren. Auf diese Weise werden wir es noch erleben, dass Menschen wie in anderen Ländern auf der Straße sterben oder Krankheiten, die in Deutschland lange erfolgreich bekämpft wurden, wieder auf die Tagesordnung kommen.

Richtig lösen würde das Problem aber ein gesellschaftlicher Wandel, der aus einem kapitalistischen Gesundheitssystem ein System macht, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt. In diesem Sinne sind die wenigen Medinetze, die schon eigene Systeme errichten, vielleicht schon weiter als die Gesellschaft. Aber ob diese Systeme innerhalb der kapitalistischen Logik funktionieren bleibt abzuwarten.

Solange dies noch nicht der Fall ist, freuen sich die Medinetze, Medibüros und Sozialkrankenhäuser auf jede Hilfe die sie bekommen können. Denn obwohl es politisch falsch sein kann, durch ehrenamtliches Engagement ein System zu retten, ist es menschlich leider noch lebensnotwendig.

Der Reiseveranstalter

Jes. Ich hatte schon viele Jobs in meinen Leben. So war ich schon Fensterputzer in einem Bergwerk, Spitzensportler auf der Zugspitze und Minenräumer für Kugelschreiberminen. Besonders lange war ich jedoch Reiseveranstalter. Angefangen habe ich schon viele Jahre vor eurer Zeit. Einer meiner ersten Kunden wollte eine Überfahrt über einen Fluss. Er war nicht alleine und so bot ich ihm ein Sonderspezialpreis für Großgruppen an. Obwohl wir uns auf einen guten Preis einigen konnten wurde meine ungenaue Buchhaltung mein Verhängnis. Er hatte so viele Mitreisende das die Personenanzahl durch Geburten und Sterbefälle ständigen Fluktuationen ausgesetzt war.

Nachdem ich erst zwei Tage am Rechnen war verlor Moses die Ungeduld und bestellte die Wasserteilmethode bei einem Konkurrenzunternehmen. So war mein erster Kunde ein Reinfall. Damit so etwas nie wieder passierte fing ich an Pauschalreisen anzubieten. Meine erste Preisgestaltung war leider so hoch das der Kunde sich entschied lieber über das Wasser zu laufen als meine Luxusjacht zu benutzen. Aber das war einer meiner letzten Fehlschläge.

Meinen ersten Großauftrag brachte ich ein paar Jahre später an den Mann. Ein gewisser Herr Khan wollte unbedingt nach Europa. Ich konnte ihn ein traumhaftes Angebot unterbreiten was er und seine Leute auch gleich an nahmen. Ich gebe zu, ich hatte die Visabestimmungen schon damals nicht im Blick und wie heute war Europa eine Festung und man kam schwer hinein. Aber zum Glück war er ein Selfmademan und löste das Problem einfach selbst. Nur mein Reisebüro in Rom hat es leider nicht überlebt. Trotz des Großauftrages hatte ich daher keine Gewinne zu verzeichnen.

Ich spezialisierte mich daher auf die Pauschalreisen innerhalb Europas oder wenn hinaus, ohne Rückfahrtkarte. Meine beliebtesten Angebote waren das absolute Billigpaket „Gang nach Canossa“, das Gruppenangebot „Kreuzzug“ und zu guter Letzt die Seereise „Amerika“. Ein absoluter Renner war das. Alleine in Irland verkaufte ich Millionen von Tickets. Dabei ist es eigentlich durch einen Irrtum entstanden. Ein gewisser Herr Kolumbus wollte eine billige Reise nach Indien. Da er aber nicht genug Geld hatte um sich meine Tour „Rund um Afrika“ zu leisten nahm ich einfach meine Weltkarte und Rollte sie ein. Schon war auf der Karte Europa direkt neben Asien und das auf beiden Seiten. Ich war mir zwar nicht sicher ob es klappen würde aber ich schickte Kolumbus einfach nach Westen und siehe da, schon entdeckte er Amerika. Man ich bin immer noch froh das er den Irrtum nie reklamiert hat. Denn noch immer buchen Menschen dieses Zeitlose Angebot. Und auch wenn ich höre das auch Amerika jetzt eine Festung werden soll, hab ich noch immer die Nummer von Khans Nachfahren. Ich bin sicher das ich da was deich-

seln kann und mein neues Büro liegt ja zum Glück nicht in Washington D.C.

Wenn Sie sich jetzt fragen warum sie noch nie von meinen Angebot gehört haben, dann sollten Sie wissen das ich nur noch an sehr exklusive Personenkreise verkaufe. Insbesondere wenn sie schon mal gearbeitet haben, werden Sie von mir kein Angebot mehr bekommen. Das liegt an einen meiner letzten historisch prominenten Kunden. Es war zu einer Zeit als auch schon andere Leute auf die Idee gekommen waren mir Konkurrenz zu machen. Ich war daher gezwungen auch etwas schwierigere Aufträge anzunehmen. Ein netter und vor allem Reicher Mann Namens Engels buchte eine Reise zu irgend so einen internationalen Kongress. Ich sollte mich nicht nur um die Reise kümmern sondern auch um alles Gepäck. Trotzdem organisierte ich alles perfekt durch und so war er wie versprochen bei der „2. Internationalen“ angekommen. Er war im Backstagebereich und fragte mich ob wir alles dabei hätten und ich ging noch mal alles durch: „Ihre Kleider, die Kleider ihres Freundes, das Kapital, Band eins und zwei, zweihundertmillionen mal die Internationale, ein Skript von „Eine Revolution im Oktober“, fünfhunderttausend Anmeldebögen für die Kommunistische Partei, ein Revolutionäres Hemd, zwei Ersatzbärte grau, eine Lesebrille und einmal Argumente für eine sozialistische Revolution. Ich denke wir haben alles.“ Engels schaute sich erst freudig, dann aber immer nervöser um bis er schließlich fragte „Und wo ist Karl ?“ Seitdem trau ich mich nicht mehr irgendwelche Reisen in der Öffentlichkeit zu verkaufen, solange es noch einen Kommunisten auf der Welt gibt. Denn die wollen immer noch Marx zurück und ich weiß einfach nicht mehr wo ich ihn vergessen habe.

Spendenkampagne: Ein Gedenkort für Burak Bektaş!

PM Familie Bektaş kämpft seit Buraks gewaltsamen Tod im April 2012 für die Aufklärung des Mordes und ein angemessenes Gedenken. Die Mutter wünscht sich einen sichtbaren Gedenkort für ihren ermordeten Sohn. Diesen Wunsch werden wir mit eurer Hilfe in die Tat umsetzen. Entstehen soll ein Gedenk- und Lernort in der Nähe des Tatorts, der an Burak Bektaş erinnert sowie daran, dass der Mord nicht aufgeklärt ist. Damit verweist er auf die vielen weiteren unaufgeklärten Morde an Migrant*innen und den Rassismus, den sie in unserer Gesellschaft erleben. Unterstützt uns mit einer Spende! Als erstes Etappenziel benötigen wir bis Jahresende 15.000 Euro als Anschubfinanzierung, um mit der Umsetzung beginnen zu können.

Spendenaufruf

Burak Bektaş war ein junger Mann wie viele andere.

Er wurde am 5. April 2012 in Berlin-Neukölln von einem Unbekannten ermordet, zwei weitere Jugendliche wurden dabei lebensgefährlich verletzt. Der Tathergang lässt uns aufhorchen: Nur wenige Monate nach der Selbstenttarnung des NSU schießt ein weißer Mann wortlos auf eine Gruppe als migrantisch wahrgenommener Jugendlicher. Es gab keine persönliche Beziehung zwischen Opfern und Täter. Es gab keinen Wortwechsel, keinen Streit, keine Auseinandersetzung. Die Überlebenden fühlen sich an eine "Hinrichtung auf offener Straße" erinnert. Ein rassistisches Motiv drängt sich auf. Handelt es sich bei diesem Mord um eine NSU-Nachahmungstat? Die Parallelen im Tathergang sprechen dafür. Die Polizei hat bis heute keine Ermittlungsergebnisse erzielt.

Der geplante Gedenkort steht für all den Schmerz, die Trauer und die Wut, welche Buraks Angehörige seit dem Mord begleiten. Der Gedenkort soll ein Ort des lebendigen Erinnerns und der Begegnung sein sowie öffentlich darauf hinweisen, dass die Tat bis heute nicht aufgeklärt ist. Damit verweist er über den Einzelfall hinaus auf die vielen weiteren unaufgeklärten Morde an MigrantInnen und konfrontiert (die BesucherInnen) mit den rassistischen Verhältnissen in unserer Gesellschaft. Zur Auseinandersetzung mit diesen soll er deshalb in Kooperation mit Schulen und Jugendclubs ein Ort des Lernens im Stadtteil sein. Denn der Kampf um Aufklärung und Gedenken gehört für uns zusammen. Der Bezirk Neukölln begrüßt unser Vorhaben. Im Oktober 2016 haben wir für den geplanten Gedenkort den Hans-Frankenthal-Preis der Stiftung Auschwitz-Komitee erhalten. Um den Angehörigen die gestalterische und politische Unabhängigkeit zu sichern, wird der Gedenkort ausschließlich über Spenden finanziert. Deshalb sind wir auf jede finanzielle Beteiligung angewiesen.

Unterstützt unsere Arbeit mit einer Spende!

Spendet unter dem Stichwort "Gedenkort Burak" auf das folgende Konto:

Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE46100205000003039600
BIC BFSWDE33BER
Verwendungszweck: Gedenkort Burak

Alle Spenden sind steuerlich absetzbar. Mehr Informationen:

http://burak.blogsport.de

VIVE LE SABOTAGE

Die Welt der G20 sabotieren!

In Hamburg treffen sich am 7. und 8. Juli die Staats-und Regierungschef*innen jener 19 Nationalstaaten und der EU, die die globalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse seit Jahrzehnten dominieren. Wie die G8/G7 ist der G20 eine Verständigungs- und Repräsentationsplattform der Eliten, in deren Rahmen – abgeschirmt von 20.000 hoch gerüsteten Sicherheitskräften – viel Heuchlerisches zu Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Wahrung der Menschenrechte gesagt und das Gegenteil davon praktiziert wird.

Seit den massiven Gipfelprotesten in Heiligendamm 2007 hat sich das weltweite Krisenregime dramatisch zugespitzt und es ist geradezu grotesk, dass sich die dafür Hauptverantwortlichen nun erneut als kompetente Krisenmanager*innen inszenieren wollen:

Die G20 stehen stellvertretend für eine kapitalistische Agenda der verschärften Konkurrenz und Profitmaximierung, des umwelt- und ressourcenvernichtenden Wachstumswahns und menschen-unwürdiger Ausbeutungsverhältnisse überall auf der Welt. Ihre Politik forciert und zementiert die globalen und lokalen sozialen Ungleichheiten. Die G20 sind kein einheitlicher Machtblock, ihre Akteur*innen konkurrieren mit- und gegeneinander, führen nach Außen (Stellvertreter*innen)-Kriege wie in Syrien oder der Ukraine und profitieren vom Waffenexport in sämtliche Krisenherde dieser Welt. Zugleich perfektionieren sie im Inneren den lückenlosen Überwachungsstaat und die polizeiliche Aufrüstung. Um die Inseln des Wohlstands errichten sie Zäune und Mauern und verteidigen sie mit militärischen Mitteln, wobei der Tod Zehntausender, die vor den Verwüstungen ihrer Länder flüchten, achselzuckend zur Kenntnis genommen wird. Diejenigen, die beim G20 Gipfel zusammenkommen, stehen für genau diese Welt!

Kreativ-militante Gipfelmobilisierungen in Seattle, Genua u.a. haben es schon einmal vermocht, dem Spektakel der Herrschenden einen Strich durch die Rechnung zu machen. Im Jahr 2017 nehmen sie sich erneut die großstädtische Bühne Hamburgs, um dort den temporären Ausnahmezustand auszurufen. Hamburg mit seinem Hafen inszeniert sich gerne als weltoffene Metropole, steht jedoch vor allem für den freien (Container-)Warenverkehr, während zeitgleich Tausende im Mittelmeer ertrinken.

Diese Bühne werden wir ihnen streitig machen!

Autonom-anarchistische AntiG20-Vernetzung Berlin

G20 - 7./8. Juli 2017 in Hamburg

attac Die G20 (Abkürzung für Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) ist ein seit 1999 bestehender informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union. Sie soll als Forum für die Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems dienen.

WIR sind für ein ganz anderes Klima und es wird große und entschlossene Proteste in Hamburg gegen die Politik der G20 geben, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz ausgerichtet ist und globale Konzerne, große Vermögensbesitzer und Finanzmärkte begünstigt. Die globalen Folgen dieser Politik sind steigende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung.

Die Welt ist aus den Fugen. Wer sie ändern will, braucht andere Grundeinstellungen für eine neue Politik. In den letzten Jahren haben sich vielfältige Bewegungen für eine solidarische Gesellschaft entwickelt: Gegen "Freihandelsabkommen", bei "Wir haben es satt", in der Friedens-, der Willkommensbewegung, gegen Pegida, AfD und andere Nazis, bei "Recht auf Stadt" oder für Klimagerechtigkeit und gegen Atomkraft weltweit.

Gemeinsam wollen wir zum G20-Gipfel den solidarisch-emanzipatorischen Pol der Gesellschaft sichtbar machen. Dem zynischen "Weiter so" der G20 wollen wir unsere Entwürfe für eine sozial gerechte, friedliche und ökologisch zukunftsfähige Welt entgegenstellen. Es wird ein Dreiklang von Gegengipfel, Aktionen zivilen Ungehorsams und einer Großdemonstration am 8. Juli!

Überlegungen zu einem Festival in 10 Städten an 10 Wochenenden zur Mobilisierung auf den G20 nehmen Gestalt an: München, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Hamburg, Wendland, Hannover, Leipzig, Rostock, Berlin. Wer viel Bass mag und findet, dass Spaß auch Widerstand machen kann, gerne mitorganisieren möchte, melde sich bei makebassgreatagain@gmail.com

Weitere Infos:
http://www.attac.de/kampagnen/g20-in-hamburg/

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

8. März überall:
Internationaler Frauenkampftag
frauenkampftag2014.wordpress.com/

17.-18. März in Baden-Baden:
G20-Finanzministertreffen
g20hamburg.org/de/content/g20-finanzministertreffen-baden-baden

31. März - 2. April in Göttingen:
Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung
contratom.de/fruehjahrskonferenz-2017/

März/April in Hamburg:
Aktionskonferenz für Proteste gegen G20-Gipfel
g20hamburg.org/de/aktionskonferenzen

25. April in Linz:
Nuclear Energy Conference 2017
nec2017.eu

28. April in Köln:
Hauptversammlung des BAYER-Konzerns

9.-11. Juni in Göttingen:
GRÜNES BLATT Perspektiventreffen

25. Juni über Tihange - Lüttich - Maastricht - Aachen
Menschenkette gegen die AKW Tihange & Doel
chain-reaction-tihange.eu

7.-8. Juli in Hamburg:
Let's smash G20-Gipfel!
g20hamburg.org

17.-23. Juli in Döbeln:
Internationales Anti-Atom-Sommercamp
nuclear-heritage.net/index.php/Anti-nuclear_summer_camp_2017

24.-29. August im Rheinischen Braunkohlerevier:
Ende Gelände – Kohle Stoppen. Klima Schützen.
https://www.ende-gelaende.org

ISSN 1612-2186